

Jürgen Wagner

# Aufmarsch im Indo-Pazifik

Der Westen und der Neue Kalte Krieg mit China  
in der indopazifischen Region

Europäische Studien zur Außen- und Friedenspolitik  
herausgegeben von Özlem Alev Demirel MdEP Nr. 3 / 2022



# Impressum

**Autor:**

Jürgen Wagner

**Gestaltung:**

Kurtuluş Mermer  
thegravity.de

**Druck:**

Basis-Druck GmbH, Duisburg  
Auflage: 150 Exemplare, Oktober 2021  
Klimaneutraler Druck

**Bestellungen:**

Die Studie steht auf den angegebenen Webseiten zum Download bereit. Als gedruckte Broschüre kann sie zudem per E-Mail unter [bestellungen@oezlem-demirel.de](mailto:bestellungen@oezlem-demirel.de) angefordert werden.

**Herausgegeben von:**

Özlem Alev Demirel  
Europäisches Parlament  
ASP 02G351  
Rue Wiertz 60  
1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 45589

E-Mail: [oezlem.demirel@europarl.europa.eu](mailto:oezlem.demirel@europarl.europa.eu)

[www.oezlem-alev-demirel.de](http://www.oezlem-alev-demirel.de)

[www.left.eu](http://www.left.eu)



# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>4</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>6</b>
<b>1. Vom Kalten Krieg zur Neuen Großmachtkonkurrenz</b> .....	<b>10</b>
1.1 Vom Hinterbänkler zum Herausforderer.....	11
1.2 Der Indo-Pazifik: Epizentrum der neuen Großmachtkonflikte .....	13
1.3 Die 9-Strich-Linie: Umkämpfte Inseln .....	15
<b>2. Die USA auf Kollisionskurs</b> .....	<b>19</b>
2.1 Bush bis Bush: US-Strategie der Vorherrschaft .....	19
2.2 Obama: Pivot gegen China.....	20
2.3 Trump: Verschärfung der Großmachtkonkurrenz .....	21
2.4 Biden: China-Obsession .....	22
<b>3. Rüstung gegen China: Kampf um die erste Inselkette</b> .....	<b>24</b>
3.1 Rüstung für Großmachtkriege .....	24
3.2 Erste Inselkette: US-Strangulierungsstrategie .....	25
3.3 Aufrüstung im Indo-Pazifik.....	26
<b>4. Die alten Kolonialmächte: Großbritannien und Frankreich</b> .....	<b>32</b>
4.1 Großbritannien: Auf den Spuren des Empire .....	32
4.2 Frankreich: EU-Brückenkopf im Indo-Pazifik.....	34
<b>5. Deutschland: Aufbruch zum Indo-Pazifik</b> .....	<b>37</b>
5.1 Weltmachtanspruch und Großmachtkonkurrenz .....	38
5.2 Leitlinien: Der Indo-Pazifik im (militärischen) Visier .....	40
5.3 Flagge zeigen! Die „Bayern“ auf großer Fahrt .....	41
<b>6. EU-Strategie: Im Boot der Großmachtkonkurrenz</b> .....	<b>46</b>
6.1 Partner – Konkurrent – Systemrivale? .....	46
6.2 EU-Strategie für den Indo-Pazifik .....	47
6.3 Von Ostafrika bis zum Westpazifik: Koordinierte Maritime Dauerpräsenz.....	49
6.4 NATO: Auch dabei?.....	52
6.5 EU vs. AUKUS?.....	53
<b>7. Doppelmoral: Von der Heuchelei zur Eskalation?</b> .....	<b>58</b>
7.1 Chagos-Inseln: Die Sache mit den Regeln.....	58
7.2 Eskalationspotenzial: Mit FONOPs auf Kollisionskurs.....	60
7.3. Rüstungsspirale & Spiel mit dem Feuer .....	63
<b>Fazit: Europas Gretchenfrage</b> .....	<b>66</b>

## Vorwort



Als US-Präsident Joseph R. Biden in seiner Rede zum Abzug der US-Truppen aus Afghanistan Ende August 2021 auch die „Ära großer Militäroperationen“ für beendet erklärte, stellte er gleichzeitig klar, dies ermögliche es nun, sich „besser“ auf den eigentlichen Rivalen konzentrieren zu können: China als großer ökonomischer Konkurrent. Tatsächlich ist das Konkurrenzverhältnis zu China inzwischen zum alles bestimmenden Faktor der amerikanischen Außen- und Militärpolitik geworden.

Nicht anders sind auch die aktuell rege laufenden Verhandlungen mit Russland zwischen den Biden- und Putin-Administrationen einzuordnen.

Inzwischen ist China als aufstrebende ökonomische Macht in aller Welt präsent und großer Konkurrent im Streit um Absatzmärkte und Ressourcen. In dem Maße, wie das chinesische Kapital auf den Weltmärkten wächst und investiert, vergrößern sich sein Einfluss und die Angst der »alten« ökonomischen Weltmächte, zu wenig vom Kuchen abzubekommen. Es ist eine handfeste imperialistische Auseinandersetzung, die nun mit militärischen Kapazitäten, Abschreckung und Aufrüstung untermauert wird. Das birgt große Gefahren, denn aus Handelskriegen werden schnell heiße Kriege. Eine entscheidende Rolle für die weitere Expansion des chinesischen Kapitals nimmt die sogenannte Neue Seidenstraße ein.

Deshalb werden die Auseinandersetzungen in der indopazifischen Region besonders hart ausgetragen. Dort wurde eine Rüstungsspirale in Gang gesetzt, die jederzeit außer Kontrolle zu geraten droht. Folgerichtig wird immer eindringlicher vor der Gefahr eines Krieges zwischen den USA und China gewarnt: „Ich bin mir sicher, dass wir innerhalb der nächsten fünf Jahre in eine kriegerische Auseinandersetzung mit China geraten“, äußerte sich etwa Ben Hodges, der bis 2017 den Posten des NATO-Oberkommandierenden in Europa innehatte.

„Ich hoffe, ich liege falsch, aber ich bin der Auffassung, dass es innerhalb der nächsten fünf Jahre eine kriegerische

Auseinandersetzung geben wird — Raketen, U-Boote, Kampfflugzeuge, weniger etwas mit Landstreitkräften. [...] Es ist einfach unvermeidbar.“

Angesichts solcher Prognosen könnten manche hoffen, dass es sich die Europäische Union zur Aufgabe machen würde, das Konfliktruder herumzureißen, indem sie sich für Diplomatie und Abrüstung stark macht – sowohl im Indo-Pazifik selbst als auch darüber hinaus. Doch die EU setzt auf das genaue Gegenteil: Aufrüstung heißt augenscheinlich auch hier die Devise, um bei der Neuverteilung von Macht und Einfluss in der Welt nicht zu kurz zu kommen. Auch wenn dieser Kurs überraschen mag, so liegt er doch in der Natur des Systems begründet, notfalls auch militärische Konflikte zur Sicherung und Verteidigung der jeweiligen Kapitalinteressen zu riskieren.

Denn tatsächlich geht es in der globalen Aufrüstungsspirale und bei Kriegen um nichts weniger als die Interessen des Kapitals, die geopolitisch untermauert werden.

Auch wenn die inneren Widersprüche der führenden EU-Staaten und der USA heute im globalen Wettbewerb um Absatzmärkte und politische Einflussphären größer sind als zuvor, besteht hier Einigkeit in der transatlantischen Partnerschaft, die schnellere Expansion des chinesischen Kapitals zurückzudrängen.

So stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union am 15. September 2021 nüchtern fest, die Welt trete „in eine neue Ära verstärkter Konkurrenz ein“, man befinde sich in einer „Ära regionaler Rivalitäten und großer Mächte, die ihr Verhältnis zueinander neu austarieren.“ Um hier bestehen zu können, brauche es eine „Europäische Verteidigungsunion“, so von der Leyens Forderung. Dazu gehören aus ih-

rer Sicht nicht nur europäische Interventionskräfte, sondern vor allem auch der „politische Wille“, sie auch einzusetzen. Ferner will sie ein europäisches „Lage- und Analysezentrum“ sowie „gemeinsame Europäische Plattformen, von Kampfflugzeugen bis hin zu Drohnen und im Cyber-Bereich.“ aufbauen. Dies alles soll der Europäischen Union dabei helfen, in der „Ära verstärkter Konkurrenz“ militärisch ihre Pfründe zu sichern – auch im Indo-Pazifik.

Denn tatsächlich ist die EU hierbei nicht lediglich Zuschauerin in einer Ära der verstärkten Konkurrenz, sondern auch Akteurin und Rivalin, die weltweit eigene Kapitalinteressen forcieren und sichern möchte. Deshalb bezeichnete von der Leyen auch die nur einen Tag darauf verabschiedete Indo-Pazifik-Strategie der EU, in der unter anderem eine größere Militärpräsenz in der Region gefordert wird, auch als „Meilenstein“.

Die Europäische Union strebe eine strategische Autonomie an, ist derzeit überall zu vernehmen. Hierunter wird die Fähigkeit verstanden, in den wichtigsten außen- und militärpolitischen Bereichen, eigenständig ohne Abhängigkeiten von den USA, (oder gar von Russland oder China) handlungsfähig zu sein.

Dabei ist in den EU-Strategieabteilungen die zum Teil divergierende und zum Teil sich ergänzende Meinung präsent, als ökonomische Weltmacht eigene Ansprüche deutlich zu machen und zwar gegenüber allen Konkurrenten. China soll dabei – auch militärisch – die Stirn geboten werden, wodurch einerseits der Einfluss im Bündnis mit den USA gestärkt werden soll und andererseits den USA deutlich gemacht werden soll, dass sie auch auf die EU angewiesen sind. Die Strategie ist klar: Die EU solle alles unternehmen, um die USA in der Auseinandersetzung mit China zu unterstützen, dabei aber strategisch autonom werden und selbstbewusst darauf drängen, dass der Verbündete die EU als „gleichwertigen Partner annehmen“ soll und ihr „ein wirkliches Mitspracherecht“ einräumt.

Mit solchen Mitspracherechten war es tatsächlich nicht weit her, als Washington Mitte September 2021 ohne vorherige Konsultationen überraschend ein Abkommen mit Großbritannien und Australien (AUKUS) ankündigte und dabei herzlich wenig Rücksicht auf französische oder europäische Interessen in der Region nahm.

Es folgten die typischen Reaktionen, nämlich Forderung nach einer noch größeren militärischen

Rolle der EU, um künftig vor derartigen Überraschungen gefeit zu sein. Durchaus also auch mit dem Interesse, die eigenen machtpolitischen Ambitionen dadurch zu fördern, beteiligt sich die Europäische Union deshalb an der Militarisierung der indopazifischen Region. Den Anfang hierfür machten Schlussfolgerungen des Rates im April 2021, denen wie erwähnt die EU-Indo-Pazifik-Strategie im September 2021 folgte. Der darin anvisierte Ausbau der europäischen Militärpräsenz und der hochgefährlichen Manöver in der Region droht dabei jede Aussicht auf diplomatische Initiativen im Keim zu ersticken. Triebfedern dieser Entwicklung sind einmal mehr Frankreich und Deutschland, die sich – zusammen mit den Niederlanden – innerhalb der EU für eine Kursverschärfung gegenüber China im Besonderen und dem Indo-Pazifik im Allgemeinen eingesetzt haben. Das Resultat ist eine immer bedrohlicher werdende Rüstungsspirale, die jederzeit außer Kontrolle zu geraten droht.

Ende September 2021 warnte UN-Generalsekretär António Guterres: "Wir müssen um jeden Preis einen Kalten Krieg verhindern, der anders wäre als der vergangene und wahrscheinlich gefährlicher und schwieriger zu handhaben." Er forderte die USA und China auf, ihre "völlig gestörten Beziehung" neu zu sortieren. Eine schön klingende Bitte, die unter den gegebenen Verhältnissen eher wie ein frommer Wunsch erscheint. Denn unumstritten bleibt, dass die verstärkte Auseinandersetzung um Absatzmärkte und Ressourcen die Basis dieser militärischen Eskalation bleibt. Schlimmeres verhindern könnte nur der massive Druck einer starken Friedensbewegung, die die Ursachen in dieser Ära verstärkter Konkurrenz in Frage stellt.

Ich freue mich hier eine Studie zu präsentieren, welche die militärische und geopolitische Aufstellung der EU im indopazifischen Raum in den Fokus nimmt. Tatsächlich fokussiert diese Studie auf den politischen und militärischen Aspekt in dieser Auseinandersetzung und schneidet die ökonomischen Grundlagen hierbei nur kurz an. Doch wer wissen will, wie schnell der geopolitische und militärische Zug hier bereits im Rollen ist, wird in dieser Studie viele Daten und Fakten finden, die notwendig sind, um Anknüpfungspunkte für eine starke Gegenwehr aufzubauen.

Özlem Alev Demirel

## Einleitung

Wenn ein ehemaliger Top-General zur Feder greift und sich an einem Roman versucht, stehen die Zeichen auf Sturm. Das war schon der Fall, als Richard Shirreff, der zwischen 2011 und 2014 als stellvertretender Oberkommandeur in Europa einen der höchsten NATO-Posten innehatte, 2016 seinen Roman mit dem bezeichnenden Titel „2017: War with Russia“ veröffentlichte. Darin wird – angeblich auf Basis realistischer NATO-Planspiele – über einen natürlich von Moskau verschuldeten Beinahe-Krieg geschrieben, ein Szenario, das zwar nicht zwingend, aber doch „sehr wahrscheinlich“ zu einem Atomkrieg hätte eskalieren können. Nur die konsequente weitere Aufrüstung der NATO-Ostflanke könne dies verhindern, so die Botschaft, des allein schon aufgrund des militaristischen Grundtons besorgniserregenden Machwerks.<sup>1</sup>

Zu diesem Roman steuerte seinerzeit James Stavridis das Vorwort bei, der zwischen 2009 und 2013 als NATO-Oberkommandierender in Europa Shirreffs direkter Vorgesetzter war.<sup>2</sup> Augenscheinlich literarisch davon inspiriert, veröffentlichte Stavridis zusammen mit dem ehemaligen Marine-Corps-Soldaten Elliot Ackerman im Frühjahr 2021 einen ganz ähnlichen Roman – nur mit einem anderen Gegner: „2034: A Novel of the Next World War“. Im Klappentext heißt es dazu, es handele sich um einen „gruslig authentischen geopolitischen Thriller“, in dem es um eine „bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den USA und China im Südchinesischen Meer“ gehe, und „von dem davon ausgehenden Pfad in Richtung eines albtraumhaften globalen Flächenbrandes.“<sup>3</sup> Von seinen noch aktiven

KollegInnen hätten sie viel Lob erhalten, so die Autoren – allerdings sei auch ein Aspekt vielfach kritisiert worden: „Bislang lautet eine der häufigsten Reaktionen, die wir bekommen: sehr gutes Buch, aber falsches Datum“, so Stavridis. „Es geht nicht um 2034“, sagen mir hochrangige Militärs, ‘sondern eher um 2024 oder 2026. Du warnst vor einem Krieg, den du in knapp 15 Jahren kommen siehst, aber wir glauben, dass er früher kommt.’“<sup>4</sup>

Die Botschaft des Buches ist eindeutig und wird auch verstanden, es verleihe „jüngsten an die USA adressierten Appellen Glaubwürdigkeit, ihre militärischen Fähigkeiten im Indo-Pazifik ausbauen zu müssen“, so der Tenor.<sup>5</sup> Allerdings haben die USA schon vor etwa zehn Jahren damit begonnen, immer systematischer gegen China aufzurüsten. Doch alles, was damit bislang erreicht wurde, ist eine wachsende Kriegsgefahr, die im sogenannten Indo-Pazifik am größten ist, wie in dieser Broschüre dargelegt werden soll. Dennoch ist derzeit nahezu überall zu vernehmen, der Westen – also auch die Europäische Union und nicht zuletzt Deutschland – müsse sich für eine neue Großmacht Konkurrenz mit China rüsten. Schon in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin betonte die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ sei das „herausstechende Merkmal“ der heutigen Zeit. Deutschland und Europa seien „Teil dieses Konkurrenzkampfs“, so von der Leyen weiter, um dann unmissverständlich klarzustellen, man sei dabei nicht „nicht neutral“, sondern stehe hier fest an der Seite der „amerikanischen Freunde.“ Wohltuend verpackt

und begründet wurde diese Kampfansage dann auch noch mit dem Verweis, schließlich stehe man auf der „Seite der Freiheit und der Menschenwürde“ und auf der „Seite der Demokratie und der Herrschaft des Rechts.“<sup>6</sup>

Bedroht ist aus Sicht des Westens nicht weniger als die von ihm errichtete, das neoliberale System und seine Vorherrschaft unterfütternde „Regelbasierte Internationale Ordnung“, die mit Klauen und Zähnen verteidigt werden soll. Auch wenn die diesbezüglichen Auseinandersetzungen gerne als eine „Systemkonkurrenz“, eine Art epischer Kampf zwischen „gut“ (Demokratie) und „böse“ (Autokratie) beschrieben werden, wird der spektakuläre Aufstieg Chinas vor allem deshalb als gefährlich empfunden, weil das Land dem Westen zunehmend Anteile am Kuchen streitig macht. Die hieraus resultierenden und an Schärfe stetig zunehmenden Konflikte manifestieren sich inzwischen zwar auf vielen Ebenen, nirgendwo bergen sie aber so viel Eskalationspotenzial wie in der sogenannten indopazifischen Region (Kapitel 1). Tonangebend bei den Bestrebungen zur militärischen Eindämmung Chinas sind weiter vor allem die USA, die bereits kurz nach dem Ende des ersten Kalten Krieges die Devise ausgegeben hatten, der Aufstieg eines potenziellen Rivalen der US-Führungsposition müsse unter allen Umständen verhindert werden. Da dies seither das zentrale Ziel sämtlicher darauf folgenden US-Regierungen darstellte, hatte der enorme wirtschaftliche Aufstieg Chinas zwangsläufig zur Folge, dass das Land zunehmend in den Fokus amerikanisch-westlicher Machtstrategien geriet. Schon unter Barack Obama (ab 2008) wurde eine militärische Schwerpunktverlagerung Richtung Ostasien („pivot“) eingeleitet. Sein Nachfolger Donald Trump (ab 2016) verschärfte den Ton noch einmal ganz erheblich – spätestens in seiner Präsidentschaft kann nun auch nachgewiesen werden, dass die USA eine gezielte Strategie verfolgen, um China innerhalb der sogenannten ersten Inselkette militärisch blockieren und damit ernsthaft schädigen zu können. Es ist dieser Anspruch, der wesentlich zur brisanten Lage im Indo-Pazifik beiträgt. Dennoch zeigt der neue US-Präsident Joseph Biden (seit 2021) keinerlei Anzeichen von dieser Politik Abstand nehmen zu wollen – im Ge-

genteil: In vielerlei Hinsicht entpuppt er sich selbst im Vergleich zu seinem Vorgänger als China-Hardliner, der die Aufrüstung der Region zielstrebig weiter forciert (Kapitel 2 und 3).

Doch auch europäische Länder wie die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich setzen in ihrer Politik im Indo-Pazifik immer stärker auf die militärische Karte (Kapitel 4).<sup>7</sup> Als recht neuer Akteur tritt hier mittlerweile aber auch verstärkt Deutschland in Erscheinung, das im September 2020 erstmals offizielle „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ veröffentlicht hatte, in denen auch eine verstärkte militärische Präsenz in der Region ins Auge gefasst wurde. Dazu gehörte als eine der wichtigsten ersten Maßnahmen die Entsendung

**„Die USA haben schon vor etwa zehn Jahren damit begonnen, immer systematischer gegen China aufzurüsten. Doch alles, was damit bislang erreicht wurde, ist eine wachsende Kriegsgefahr, die im sogenannten Indo-Pazifik am größten ist.“**

der Fregatte „Bayern“, die am 2. August 2021 Kurs in Richtung Indo-Pazifik nahm. Dabei handelt es sich um einen Schritt, dem wohl weniger ein militärischer denn ein symbolischer Mehrwert zugeordnet war, nämlich der, dass Deutschland in der neuen Großmachtkonkurrenz nun tatsächlich ebenfalls bereit ist, militärisch im Indo-Pazifik aktiv zu werden. Die Ende Dezember 2021 erfolgte Ankündigung durch Marineinspekteur Kay-Achim Schönbach, künftig sollten derlei „Abstecher“ regelmäßig erfolgen, sodass sie in Richtung einer Dauerpräsenz gehen, bestätigt diesen Verdacht: „Die Marine will schon ab 2023 einen regelmäßigen Einsatz im Indo-Pazifik absolvieren. Ginge es nach Vizeadmiral Schönbach in einem internationalen Format, gemeinsam mit europäischen und transatlantischen Partnermarinen. Er denkt noch weiter und verwies auf die Fregatten der Klasse F 125, die Einsätze bis zu zwei Jahren ermöglichen.“<sup>8</sup> (Kapitel 5). Die deut-



Foto: U.S. Navy / Public domain, via Wikimedia Commons

Abbildung 1: RIMPAC-Manöver.

sche Hinwendung zum Indo-Pazifik ist auch deshalb von entscheidender Bedeutung, weil es ohne sie wohl unmöglich gewesen wäre, die gesamte Europäische Union gegen China ins Boot zu holen. So wurden im April 2021 vom Rat die „EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum“ und im September 2021 eine Indo-Pazifik-Strategie von der EU-Kommission und dem EU-Außenbeauftragten veröffentlicht, mit denen faktisch die Grundlagen für eine dauerhafte Militärpräsenz in der gesamten Region gelegt wurden. Selbst die eigentlich von ihrem geografischen Fokus hier weit außerhalb ihrer selbsterklärten räumlichen Zuständigkeit agierende NATO hat China und den Indo-Pazifik inzwischen für sich entdeckt. Beim jüngsten NATO-Gipfel im Juni 2021 wurde China offen als „Systemrivale“ und Bedrohung der „Regelbasierten Internationalen Ordnung“ gebrandmarkt, verbunden mit Forderungen, China auch militärisch Paroli zu bieten. Auf der anderen Seite verdeutlichten allerdings die heftigen Auseinandersetzungen um den sogenannten AUKUS-Pakt, dass sich die transatlantischen „Verbündeten“ eben auch als Rivalen um Einfluss in der Region verstehen (Kapitel 6).

Für die zunehmend explosive Situation müssen dringend andere Antworten gefunden werden, als stur auf eine weitere Militarisierung der Region zu

setzen. Dabei geht es hier nicht darum in Abrede zu stellen, dass sich an China beispielsweise in Fragen der Menschenrechte sicher vieles kritisieren lässt<sup>9</sup> – auch wenn man sich wünschen würde, die lautesten Stimmen hier im Westen würden sich dabei gelegentlich auch einmal an die eigene Nase

**„Für die zunehmend explosive Situation müssen dringend andere Antworten gefunden werden, als stur auf eine weitere Militarisierung der Region zu setzen.“**

fassen. Auch soll nicht geleugnet werden, dass die Territorialkonflikte in der Region, die sich vor allem aus extrem weitreichenden Gebietsansprüchen Chinas speisen, nicht durchaus nachvollziehbar eine Reihe von Staaten im Indo-Pazifik beunruhigen können. Vielmehr ist es zentral, dass die Regelba-



sierte Ordnung, die hier militärisch verteidigt werden soll, mindestens zwei erhebliche Schönheitsfehler aufweist. Einmal ist es eine Ordnung, die vom Westen zu seinen Gunsten entworfen wurde und schlicht nicht mehr den realen Machtverhältnissen entspricht – ob dies einem gefällt oder nicht, ist dabei relativ unerheblich. Und zum zweiten hält sich der Westen selbst nicht einmal an diese viel beschworene Ordnung – und zwar immer dann nicht, wenn dadurch seine eigenen Interessen gefährdet werden. Dass mit den Chagos-Inseln und dem Militärstützpunkt Diego Garcia gerade in der indopazifischen Region ein Fall vorliegt, in dem der Westen aktiv oder zumindest billigend eine eklatante Verletzung besagter regelbasierter Ordnung in Kauf nimmt, entlarvt die ganze Scheinheiligkeit der aktuellen Debatte, die zur toxischen Lage beiträgt. Dabei sind es vor allem die zahlreichen Manöver in der Region, an denen sich der Konflikt entzünden und von dort aus schnell ausbreiten könnte, da sich dies alles bereits vor dem Hintergrund eines intensiven westlich-chinesischen Rüstungswettlaufs abspielt (Kapitel 7).

Es braut sich also ein Sturm über dem Indo-Pazifik zusammen, aber anstatt daran zu arbeiten, die Wogen zu glätten, sind Deutschland und die EU mit dafür verantwortlich, dass sich die dortigen Konflikte immer weiter hochschaukeln. Es bleibt abzuwarten, ob Deutschland auch unter der nach den Bundestagswahlen im September 2021 gebildeten Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und Liberalen an seiner konfrontativen Politik festhalten wird. Von einer grundsätzlichen Kursänderung ist allerdings nicht auszugehen, schließlich deuten BeobachterInnen den im Dezember 2021 abgeschlossenen Koalitionsvertrag sogar eher in die Richtung, dass gegenüber China eine noch schärfere Gangart eingelegt werden könnte.<sup>10</sup>

Eine Entscheidung aber, sich nun auch militärisch in die neue Großmacht Konkurrenz zu stürzen, droht jedenfalls auch weit über die Region hinaus fatale Folgen zu haben: „Entscheidend für die Zukunft Europas dürfte sein, ob die Europäische Union sich in erster Linie selbst als eigenständiger geopolitischer Player und Rivale oder vorrangig als Mittler zwischen den großen Kontrahenten versteht. Die Chance der Europäischen Union, in diesem Wettbewerb zu bestehen, ist nicht Konfrontation, sondern die weltweite Kooperation. Das umso mehr als sich die großen Lebensfragen dieser Welt

– zunehmende Differenzierung zwischen arm und reich auf nationaler und internationaler Ebene, Klimastabilisierung, Ressourcenverbrauch, Weltgesundheit und Welternährung sowie Ungleichmäßigkeit in der demografischen Entwicklung – nur durch internationale Kooperation auf Basis der Gleichberechtigung lösen lassen.“<sup>11</sup>

1 Shirreff, Richard: 2017: War with Russia: An Urgent Warning from Senior Military Command, London 2016.

2 „Von allen geopolitischen Gefahren, denen sich die Vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert gegenübersehen, ist der Wiederaufstieg Russlands unter Präsident Putin die gefährlichste. [...] Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte.“ (James Stavridis im Vorwort von Shirreff 2016, S. ix)

3 Ackerman, Elliot/Stavridis, James: 2034: A Novel of the Next World War, New York 2021.

4 »Wir müssen verhindern, dass wir in einen großen Krieg hineinschlittern«, Spiegel Online, 14.04.2021.

5 Wihtol, Robert: From the bookshelf: '2034: A novel of the next world war', The Strategist, 28.05.2021.

6 Leyen, Ursula von der: Rede bei der 55. Münchner Sicherheitskonferenz, 15.02.2019.

7 Die Positionen regionaler Akteure, insbesondere Indiens, aber etwa auch Australiens darzustellen, würde den Rahmen dieser Studie leider sprengen.

8 Mergener, Hans-Uwe: Bundeswehr plant jährliche Präsenz im Indo-Pazifik, Europäische Sicherheit & Technik, 22.12.2021.

9 Zur Frage, ob und wie eine linke Kritik an China angebracht ist und wie diese aussehen könnte, siehe das Streitgespräch zwischen Lang, Jörg/Seifert, Andreas: China und der Westen – wer bedroht wen? Wie sollen wir uns in der Diskussion über die VR China verhalten? in: AUSDRUCK (September 2021), S. 64–69.

10 Maksin, Oliver: Deutschland will gegenüber China konfrontativer auftreten, NZZ, 25.11.2021.

11 Schreiber, Wilfried: Eine gemeinsame Antwort von Russland und China an den Westen, Das Blättchen, Nr. 18/2021.

# 1. Vom Kalten Krieg zur Neuen Großmachtkonkurrenz

In schöner Regelmäßigkeit haben Prognosen über das Ende von Rivalitäten und Kriegen unter den Großmächten Konjunktur, die sich nach einiger Zeit dann ebenso zuverlässig als falsch erweisen. Als prominente Beispiele fungieren etwa so unterschiedliche Leute wie der liberale Imperialismustheoretiker John Hobson, der Marxist Karl Kautsky oder der Schriftsteller und Publizist Norman Agnell. Letzterer sagte etwa noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung das Ende von Großmachtkriegen voraus: „Die Theorie, warum in Europa ein Krieg unwahrscheinlich war, entwickelte damals der britischer Publizist Norman Angell. In der vernetzten Moderne mit internationaler Arbeitsteilung und der ‚ungeheuer gewachsenen Schnelligkeit der Informationsverarbeitung gerade im Aktiengeschäft‘ sei Krieg unnützig. Anders als in der Antike und im Mittelalter sei Eroberung einfach keine lohnende Sache mehr. [...] Die Metropolen seien finanziell so eng verkettet, dass Krieg in Europa ‚kaufmännisch gesehen Selbstmord‘ sei. Und ganz bildhaft: Ein deutscher General, der die Bank von England ausplündern würde, müsste bald bemerken, dass ‚sich damit auch sein eigenes Guthaben bei der Deutschen Bank in blauen Dunst aufgelöst hat.“<sup>1</sup> Zuletzt sprossen derlei Vorhersagen ab Anfang der 1990er erneut aus dem Boden, wieder postulierten VertreterInnen ganz unterschiedlicher Denkrichtungen wie des machtpolitischen Realismus<sup>2</sup>, des Liberalismus<sup>3</sup> oder teils gar des Marxismus<sup>4</sup>, die Zeit der Großmachtkonflikte sei vorüber. Allerdings brachte vor allem der rasante wirtschaft-

liche (und machtpolitische) Aufstieg Chinas (und in Abstrichen Russlands) sich neuerlich dramatisch verschärfende Spannungen mit sich. Ausgehend von der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007, die den sich bereits länger abzeichnenden Abstieg des Westens deutlich vor Augen führte, wurden erneut Einschätzungen populär, die wahlweise eine „Rückkehr der Geopolitik“ (Robert Kagan), eine „globale Großkonkurrenz“ (Nikolaus Busse) oder einen „Weltkrieg um Wohlstand“ (Gabor Steingart) prognostizierten.<sup>5</sup>

Mittlerweile wird überall ganz selbstverständlich von einem „Neuen Kalten Krieg“ und einer harten „Systemkonkurrenz“ zwischen „Autokratien“ und „Demokratien“ gesprochen, bei der es im Kern allerdings um wenig mehr als um die Verteilung des Kuchens geht, der durch den Aufstieg Chinas deutlich kleiner geworden ist. Die hieraus erwachsenden Konflikte werden zwar inzwischen auf zahlreichen Ebenen ausgefochten, nirgendwo sonst werden sie aber so hart, militärisch unterfüttert und mit einem ähnlich großen Eskalationspotential ausgetragen, wie in der indopazifischen Region. Einer der Hauptkonfliktpunkte ist hier die sogenannte 9-Strich-Linie, die China, augenscheinlich um eine Handhabe gegen etwaige US-Blockadestrategien zu haben, vor etwas mehr als zehn Jahren aus der Versenkung geholt hat. Hierdurch erhebt es weitreichende Territorialansprüche im Südchinesischen Meer und vertritt dabei die Ansicht, dass innerhalb dieses Areals keine Kriegsschiffe ohne seine Erlaubnis passieren dürfen. Zwar hat ein Spruch des Internationalen Schiedsgerichtshofs Pekings Sichtweise im

Juli 2016 zurückgewiesen, was von China aber nicht akzeptiert wird. Stattdessen pocht es auch militärisch hier auf seine Rechtsauslegung und befestigt diverse Kleinstinseln und Riffe, wodurch zunehmend Konflikte mit anderen Ländern der Region entstehen, die westlicherseits wiederum als Rechtfertigung für eine weitere Militarisierung des Indo-Pazifiks herangezogen werden.

### 1.1 Vom Hinterbänkler zum Herausforderer

Wenn heute von der „neuen“ Supermacht in Asien die Rede ist, sollte nicht vergessen werden, dass China über unzählige Jahre eines der mächtigsten Länder der Erde gewesen ist. Und es sollte auch nicht vergessen werden, dass es vor allem die Auswirkungen der – militärisch durchgesetzten – westlichen Kolonialpolitik waren, die das Land weit zurückgeworfen hatten: „Bis 1700 hatte Asien einen Anteil von 60 Prozent an der Weltwirtschaft, so die Asian Development Bank. Dann zerschlugen die Europäer in der Hochphase des Imperialismus die dortigen Handelsnetzwerke und richteten sie nach Westen aus. In der Folge sackte der asiatische Beitrag zum globalen Bruttoinlandsprodukt auf 18 Prozent nach dem Zweiten Weltkrieg ab.“<sup>6</sup>

Der Wiederaufstieg Chinas wird meist eng mit der Person Deng Xiaoping verknüpft, der ab 1979 wirtschaftliche Reformprozesse in Gang setzte, die

Tabelle 1

#### Anteil Asiens am Weltsozialprodukt.

1700	1870	1950	1980	2010	2030	2050
60%	38%	18%	19%	28%	40%	52%

Quelle: Hemmings, John: Global Britain in the Indo-Pacific, Henry Jackson Society, 22.05.2018, S. 12

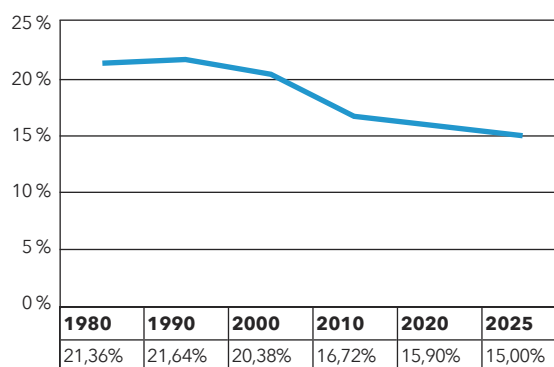
ein enormes Wirtschaftswachstum auslösten. Trotz kapitalistischer Öffnung behielt Peking aber die Zügel in der Hand und war dabei so erfolgreich, dass es inzwischen ernsthaft an der jahrzehntelang unangefochtenen Vorherrschaft der USA und in ihrem Gefolge auch ihrer Verbündeten kratzt.<sup>7</sup> In jüngster Zeit zog China dabei in gleich drei Schlüsselkategorien an den USA vorbei: beim kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP), als größter Handelspartner der EU und auch als das Land mit den meisten Unternehmen in der Fortune-500-Liste.

Während der kaufkraftbereinigte Anteil Chinas am globalen BIP von 2,27% (1980) auf 18,34% (2020) in die Höhe schnellte, schrumpfte der US-Anteil am Kuchen von 21,36% (1980) auf 15,90% (2020). Noch ausgeprägter fiel der Rückgang bei der Europäischen Union aus, die von 25,95% (1980) auf 14,95% (2020) regelrecht abstürzte (siehe Tabelle). Ohne Kaufkraftbereinigung sieht die Sache zwar noch ein wenig anders aus, aber auch hier erreichte China im Jahr 2020 ein BIP von 71% der USA.<sup>8</sup> Und auch hier gehen die meisten Prognosen davon aus, dass China die USA bald hinter sich lassen wird.<sup>9</sup>

Ein ähnliches Bild zeichnet sich beim Welthandel ab, wo der Anteil der USA von 14,3% (1980) auf 10,4% (2020) zurückging, während der Chinas von 0,9%

Tabelle 2

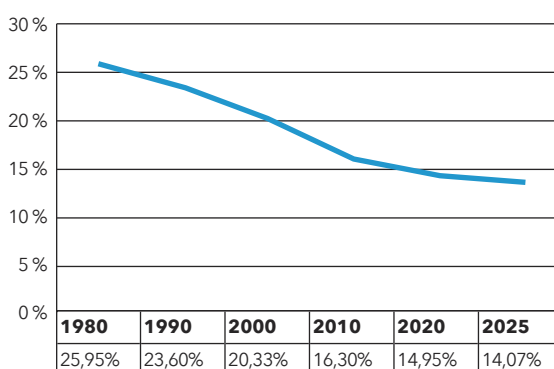
#### USA: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen BIP von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2025.



Quelle: Statista

Tabelle 3

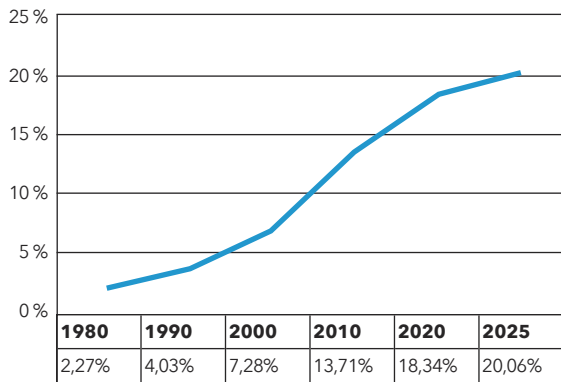
#### EU: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen BIP von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2025.



Quelle: Statista

Tabelle 4

**China: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen BIP von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2025.**



Quelle: Statista

(1980) auf 14,7% (2020) emporschnellte.<sup>10</sup> Was das Handelsvolumen anbelangt, belief sich das von Deutschland mit China 2020 auf €178 Mrd. (Importe €82 Mrd. und Exporte €96 Mrd.), das mit den USA im selben Jahr auf lediglich €155 Mrd. (Importe €51 Mrd. und Exporte €104 Mrd.). Für Frankreich sieht es ganz ähnlich aus, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau: auf €53 Mrd. belief sich das Handelsvolumen mit China im Jahr 2020 (Importe €35 Mrd. und Exporte €17 Mrd.), mit den USA waren es €58 Mrd. (Importe €25 Mrd. und Exporte €33 Mrd.). Das Handelsvolumen der gesamten EU mit China stieg über die Jahre steil an: von €84 Mrd. (2000) über €184 Mrd. (2005) und €350 Mrd. (2010) auf €442 Mrd. (2015).<sup>11</sup> Mittlerweile hat China sogar den bisherigen Primus verdrängt: „Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge hat China im Jahr 2020 erstmals die USA als wichtigster Handelspartner der EU überholt. Das Handelsvolumen der EU mit der Volksrepublik betrug im vergangenen Jahr 585 Milliarden Euro. [...] Die Exporte der EU nach China stiegen um 2,2 Prozent auf 202,5 Milliarden Euro. Die Importe aus der Volksrepublik erhöhten sich um 5,6 Prozent auf 383,5 Milliarden Euro.“<sup>12</sup> Für die USA ist die Europäische Union zwar weiterhin mit einem Handelsvolumen im Jahr 2020 von \$646 Mrd. (Exporte \$231 Mrd. und Importe \$415 Mrd.) der wichtigste Handelspartner.<sup>13</sup> Doch auch hier holt China deutlich auf, wodurch die USA und China im selben Jahr auf ein Handelsvolumen von \$559 Mrd. (Exporte \$124 Mrd. und Importe \$435 Mrd.) kamen.<sup>14</sup>

Naheliegender ist, dass diese Zahlen auch ihren Einfluss auf die Zusammensetzung der in den Fortune 500 aufgelisteten größten Konzerne der Welt haben. Auch hier war 2020 ein Schlüsseljahr, nämlich das, in dem China mit 124 zu 121 Unternehmen erstmals die USA überflügelte.<sup>15</sup>

Wäre nun die These vom nahezu vollständig transnationalisierten Kapital zutreffend, das von einer vaterlandslosen Kapitalistenklasse gesteuert wird, sollten alle die in diesem Kapitel präsentierten Zahlen eigentlich nahelegen, dass die Konflikte zwischen China auf der einen sowie den USA und der EU auf der anderen Seite zurückgehen – das tun sie aber augenscheinlich nicht. Im Gegenteil, die Auseinandersetzungen scheinen immer erbitterter zu werden, je mehr sich China auch in Bereichen mit hoher Wertschöpfung zu einer ernststen Konkurrenz entwickelt. Die Konflikte haben inzwischen eine Schärfe angenommen, dass teils wieder von einem „Neuen Kalten Krieg“ gesprochen wird, der Ähnlichkeiten aber auch Unterschiede zur Blockkonfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg aufweist: „Zutreffend ist, dass die chinesisch-amerikanische Rivalität wie der Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion ein weltweiter, multi-dimensionaler, langfristiger Konflikt zwischen zwei

Tabelle 5

**USA: Exporte und Importe mit China. Angaben in Mio. Dollar.**

Jahr	Exporte	Importe	Handelsbilanz
2020	124,485.4	434,749.0	-310,263.5
2015	115,873.4	483,201.7	-367,328.3
2010	91,911.1	364,952.6	-273,041.6
2005	41,192.0	243,470.1	-202,278.1
2000	16,185.2	100,018.2	-83,833.0
1995	11,753.7	45,543.2	-33,789.5
1990	4,806.4	15,237.4	-10,431.0

Quelle: United States Census Bureau

Supermächten ist, der in hohem Maße ideologisch aufgeladen ist. Doch es gibt auch gewichtige Unterschiede. Verglichen mit China war die Sowjetunion ein wirtschaftlicher Zwerg. [...] Die Rivalität zwischen den USA und China hat nicht nur macht-

und geopolitische, sondern auch wirtschaftliche, technologische, militärische und ideologische Dimensionen.“<sup>16</sup>

## 1.2 Der Indo-Pazifik: Epizentrum der neuen Großmachtkonflikte

Auch wenn die Konflikte zwischen dem Westen und China auf einer ganzen Reihe regionaler (zB Seidenstraßeninitiative) und funktionaler (zB Tech-Geopolitik) Felder ausgetragen werden, das Epizentrum dieser Auseinandersetzungen ist unbestreitbar die inzwischen als Indo-Pazifik bezeichnete Region. Der damalige Kommandeur des US-Indopazifik-Kommandos, John Aquilino, äußerte sich etwa bereits 2018 mit den Worten: „Die Konkurrenz großer Mächte ist als zentrale Gefahr für Sicherheit und Wohlstand zurückgekehrt. Nirgendwo sonst ist der Wetteinsatz dieser Großmacht Konkurrenz größer als hier im Indo-Pazifik. Unsere Aufgabe ist einfach und eindeutig: Wir müssen darauf vorbereitet sein, sofortige und dauerhafte Kampfeinsätze zur See gegen jeden Gegner durchführen – und gewinnen – zu können!“<sup>17</sup>

Obwohl erstmalige Erwähnungen etwas früher datieren<sup>18</sup>, werden die Ursprünge des Indo-Pazifik-Begriffs zumeist auf eine Rede des damaligen japanischen Premiers Shinzo Abe im Jahr 2007 zurückgeführt – zumindest setzte von dort aus eine Popularisierung des Ausdrucks ein, sodass er heute zur „geopolitischen Nomenklatur“ gehört.<sup>19</sup> Vor al-

lem seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump im Januar 2016 erfuh der Indo-Pazifik-Begriff eine massive Aufwertung. Die zentrale Idee dahinter war, dass mit ihm ein grundlegend neuer Ansatz für die Region (und gegenüber China) vermittelt werden sollte. Ihm ist ebenfalls ein dezidiert maritimer Zugang zu den Fragen in diesem Raum und eine deutlich stärkere Akzentuierung von Verbündeten eingeschrieben. Dazu gehört vor allem auch Indien, wodurch der Indische Ozean und der Pazifik miteinander verknüpft und als ein zusammenhängender geopolitischer Raum behandelt werden. Und schließlich erfolgte der Aufstieg des Begriffs explizit im Kontext und in Betonung einer zunehmenden Großmacht Konkurrenz, für den er sinnbildlich steht.<sup>20</sup> Deshalb ist die Begrifflichkeit – zumindest wie sie von den USA verstanden und von den EU-Verbündeten zunehmend geteilt wird – für sich schon ein Politikum, steht sie doch für den Versuch, Chinas machtpolitischen Aufstieg zu verhindern oder wenigstens maximal abzuschwächen: „Die amerikanische Free and Open Indo-Pacific-Strategie (FOIP) zielt direkt auf die Einhegung Chinas.“<sup>21</sup>

Die Bedeutung der Region speist sich dabei gleich aus mehreren Quellen: Einmal ist da der generelle wirtschafts- und machtpolitische Aufstieg Ostasiens (und nicht allein Chinas), der sich auch in Zukunft fortsetzen dürfte: „Inzwischen befinden sich auch 20 von 33 Megastädten weltweit in dieser Region. [...] Der Anteil der Indo-Pazifik-Region am globalen Wirtschaftswachstum liegt bei rund 60

Prozent.“<sup>22</sup> Auch in der französischen Indo-Pazifik-Strategie heißt es, die Region fungiere als „globaler Wirtschaftswachstumsmotor“, die sechs der G20 beherberge und rund 40 Prozent des globalen Wohlstands generiere. Laut IWF werde der Indo-Pazifik im Jahr 2040 für 50 Prozent des globalen BIP und seine Märkte für 40 Prozent des Konsums verantwortlich zeichnen.<sup>23</sup> Darüber hinaus wird bereits heute der Großteil des Welthandels über das Meer abgewickelt und der Containerhandel wird sich nach Schätzungen der OSZE bis 2050 sogar noch einmal ver-

Tabelle 6

### Indo-Pazifik: Handelsströme ausgewählter Länder.

Land	Anteil am Welt-BSP	Handel durch das Südchin. Meer	Anteil Südchin. Meer am gesamten Handel
China	14,80%	\$1470 Mrd.	39,50%
Indien	2,99%	\$189 Mrd.	30,60%
Brasilien	2,37%	\$77,3 Mrd.	23,40%
Japan	6,53%	\$240 Mrd.	19,10%
Großbritannien	3,46%	\$124 Mrd.	11,80%
USA	24,50%	\$208 Mrd.	5,72%

Quelle: Seely, Bob/Rogers, James: Global Britain: A Twenty-First Century Vision, Henry Jackson Society, 11.02.2019, S. 23

dreifachen.<sup>24</sup> Für diesen Handel sind die indopazifischen Seewege von zentraler Bedeutung: „Viele der auch für Deutschland wichtigen Seestraßen verlaufen durch den Indischen Ozean und den Pazifik sowie die sie verbindenden Meerengen wie die Straße von Malakka, die aufgrund ihrer kommerziellen und strategischen Bedeutung auch als ‚Aorta des Indo-Pazifischen Raumes‘ bezeichnet wird.“<sup>25</sup> Zur Bedeutung des Indischen Ozeans verstieg sich Andreas Krause im Jahr 2020 als Marineinspekteur sogar zu folgender Aussage: „Das neue ‚Mare Nostrium‘ der Welt ist der Indische Ozean. 35 Prozent aller Exporte der EU durchqueren diesen Ozean auf ihrem Weg Richtung Ostasien, Tendenz steigend. Insgesamt passieren heute 50 Prozent des weltweiten Containerverkehrs und 70 Prozent des weltweiten Handels mit Öl die Seewege des Indischen Ozeans.“<sup>26</sup>

Es liegt auf die Hand, dass derjenige, der in der Region für die „Freiheit“ – oder, je nach Sichtweise:

die „Kontrolle“ – dieser Schifffahrtswege garantiert, ein geopolitisches Faustpfand beträchtlichen Ausmaßes in der Hand hält. Für China ist dies alles andere als unproblematisch, steht so doch die Drohung im Raum, sich im Konfliktfall jederzeit einer Blockade der für sein exportbasiertes Entwicklungsmodell überlebenswichtigen Handelsrouten ausgesetzt sehen zu können: „Ein Szenario, in dem die mächtige US-Marine und ihre Verbündeten die Handelswege durch südostasiatische Gewässer blockieren und China damit wirtschaftlich strangulieren könnten, ist im strategischen Diskurs Chinas ebenfalls allgegenwärtig.“<sup>27</sup>

Tatsächlich verfolgen die USA und in ihrem Kielwasser auch ihre Verbündeten eine Strategie, die darauf abzielt, China innerhalb der sogenannten ersten Inselkette – damit ist der Riegel gemeint, den Japan, Taiwan, die Philippinen und Indonesien bilden<sup>28</sup> – einzuschnüren und gegebenenfalls blockieren zu können (siehe Kapitel 3.2). China wieder-

## Indo-Pazifik: Meilensteine

2007	Japans Premier Shinzo Abe bezeichnet den Indischen und Pazifischen Ozean als einen gemeinsamen Raum.
2011	Hillary Clinton verwendet den Begriff „Indo-Pacific“, die USA leiten ihren „Schwenk“ („pivot“) nach Asien ein. In offiziellen US-Papieren wird der Begriff aber noch nicht verwendet.
2012	In einem australischen White Paper taucht erstmals der „Indo-Pacific“ auf.
2015	Auch ein indisches Strategiepapier übernimmt den Begriff.
2016	Abe erklärt seinen „Free an Open Indo-Pacific“ zu einem Kernstück der japanischen Politik.
2017	Im November spricht US-Präsident Donald Trump erstmals vom „Free and Open Indo-Pacific“ (FOIP).
2017	Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom Dezember widmet dem Indo-Pazifik einen eigenen Abschnitt. Ab da taucht der Begriff regelmäßig in US-Strategiepapieren auf.
2019	Frankreich veröffentlicht im Mai das Strategiepapier „France and Security in the Indo-Pacific“.
2019	Das Pentagon veröffentlicht im Juni den „Indo-Pacific Strategy Report“.
2020	In Deutschland erscheinen im September die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“.
2021	Das Papier „U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific“ gelangt im Januar an die Öffentlichkeit, das Aufschluss über die US-Militärstrategie in der Region gibt.
2021	Großbritannien veröffentlicht im März den Bericht „Global Britain in a Competitive Age“, in dem der Indo-Pazifik und die Konkurrenz mit China eine zentrale Rolle spielen.
2021	Die EU beschließt am 16. April mit den Schlussfolgerungen des Rates eine „EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum“.
2021	Die deutsche Fregatte „Bayern“ legt im August in Richtung Indo-Pazifik ab.
2021	Die EU-Indo-Pazifik-Strategie erscheint im September in Form einer Gemeinsamen Mitteilung von Kommission und Außenbeauftragtem.

Quelle: Heiduk/Wacker 2020, S. 12 und eigene Hinzufügungen.

rum geht hiergegen ebenfalls recht massiv vor, indem es Anspruch auf eine Reihe von Inseln erhebt, um damit etwaige US-Blockadeabsichten von vorneherein zu konterkarieren. Dadurch gerät China aber fast zwangsläufig mit vielen Anrainern in Konflikt, wodurch eine explosive Situation entsteht, von der eine ständige Eskalationsgefahr ausgeht.

### 1.3 Die 9-Strich-Linie: Umkämpfte Inseln

In der Indo-Pazifik-Region existieren gleich eine ganze Reihe im Konflikt miteinander stehende Territorialansprüche, die zur Brisanz der Lage erheblich beitragen. Im Südchinesischen Meer geht es dabei vor allem um die Spratley-Inseln, die Paracel-Inseln und das Scarborough-Riff, auf die neben China in unterschiedlichen Konstellationen auch Brunei, Malaysia, die Philippinen, Taiwan und Vietnam Anspruch erheben. In diesem Zusammenhang tauchte dann die hochumstrittene 9-Strich-Linie auf, mit der China seither unter Berufung auf historische Rechte über durch Striche zu einer Linie verbundene Klein- und Kleinstinseln umfassende Territorialansprüche erhebt: „China beansprucht fast das gesamte Südchinesische Meer und alle Inseln darin für sich. Dazu zog Peking 1947 schlicht Striche auf eine Karte, die später leicht modifiziert wurden. 2009 schickte Peking eine Verbalnote samt Karte an den damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Die Karte illustriert durch eine ‚Neun Striche-Linie‘ Gebiets-Ansprüche, die am weitesten Punkt 2.000 Kilometer vom chinesischen Festland entfernt sind und dort bis auf 45 Kilometer an die Küsten von Malaysia und Brunei heranreichen.“<sup>29</sup>

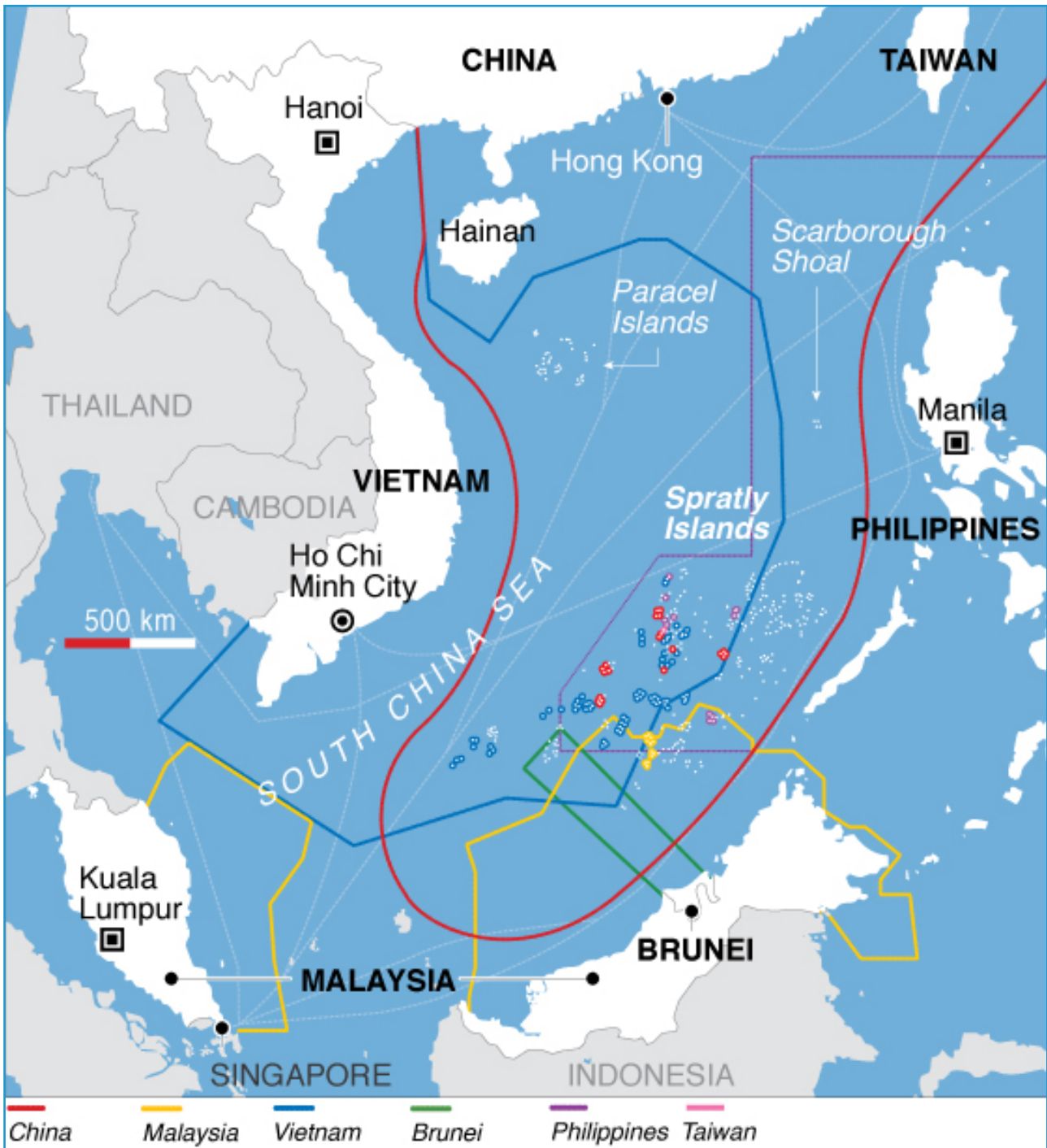
Wohl seit 2012<sup>30</sup> hat China zudem – wie aber im Übrigen auch einige andere Staaten der Region<sup>31</sup> – damit begonnen, seinen Ansprüchen auch insofern Nachdruck zu verleihen, indem es mindestens sieben und bis zu zehn der dortigen Riffe zu künstlichen Inseln aufgeschüttet und auf ihnen Dual-Use-Infrastruktur (für zivile und militärische Zwecke) errichtet hat.<sup>32</sup> Diesem Ausbau kam aus chinesischer Sicht große Bedeutung zu: „Rechtlich gesehen gewährt die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen (UNCLOS) für ein Riff, das bei Flut unter Wasser liegt, gar keinen territorialen Anspruch. Ragt ein Felsen aus dem Wasser heraus, ergibt sich ein 12-Seemeilen-Anspruch (entspricht 22 Kilometern) auf territoriale Gewässer. Eine be-

wohnte Insel kann zudem eine bis zu 200 Seemeilen breite ‚exklusive Wirtschaftszone‘ für sich beanspruchen. Damit war für China klar, was zu tun war: Die Felsen und Riffe zu bewohnten Inseln ausbauen und sie mit militärischer Gewalt schützen.“<sup>33</sup> Seither kommt es immer wieder auch zu kleinen bis mittleren Scharmützeln, so etwa bereits im April 2012 zwischen philippinischen und chinesischen Schiffen beim Scarborough-Riff.<sup>34</sup> Es besteht durchaus die Gefahr, dass derlei Auseinandersetzungen künftig zunehmen: „Die chinesische Küstenwache ist seit Februar 2021 durch ein neues Gesetz zu offensiveren Operationen ermächtigt. Seitdem kommt es immer häufiger zu Zwischenfällen mit japanischen, vietnamesischen und philippinischen Schiffen.“<sup>35</sup>

Eine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) um die „Inseln“ der 9-Strich-Linie hat für China eine ganze Reihe erheblicher Vorteile. So gehen damit lukrative Fischereirechte einher, vor allem aber das Recht auf die Ausbeutung der dort vermuteten erheblichen Ölvorkommen. Diese belaufen sich nach chinesischen Schätzungen auf bis zu 130 Mrd. Fass und sind damit potenziell die zweitgrößten hinter Saudi Arabien, wodurch auch die bislang und sicher noch auf Jahre existierende Abhängigkeit vom Nadelöhr für die Energieversorgung des Landes, die Straße von Malakka, reduziert werden könnte.<sup>36</sup>

Zu einer geopolitischen Frage ersten Ranges wurde die ganze Angelegenheit aber vor allem deshalb, weil China zudem reklamierte, innerhalb seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone von 200 Seemeilen dürften ausländische Truppen nur mit seiner ausdrücklichen Erlaubnis passieren.<sup>37</sup> Interessanterweise scheint China mit seiner Auslegung alles andere als alleine dazustehen: „Während die USA sehr liberale Interpretationen hinsichtlich der Navigationsrechte ausländischer Kriegsschiffe befürworten, vertritt China sehr restriktive Positionen. Die meisten westlichen Industriestaaten haben sich traditionell der Rechtsauffassung der USA angeschlossen, während die Sichtweise vieler asiatischer Entwicklungsländer – so etwa auch Indiens – der chinesischen näherkommt.“<sup>38</sup>

Würde sich die chinesische Sichtweise durchsetzen, würde dies die Vereinigten Staaten nicht nur im Südchinesischen Meer vor erhebliche Probleme stellen, wie eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses betont: „Sollte die chinesische Position in dieser Angele-



Quelle: Voice of America, Public domain, via Wikimedia Commons

Abbildung 2: Chinas 9-Strich-Linie.

genheit, dass Küstenstaaten in ihren AWZs das Recht haben, die Aktivitäten ausländischer Militärtruppen zu regulieren, größere internationale Akzeptanz im Völkerrecht gewinnen, könnte dies maritime Operationen der USA nicht nur im Südchinesischen Meer, sondern weltweit erheblich betreffen, wodurch wiederum die Fähigkeiten der Vereinigten Staaten, ihr Militär zur Verteidigung ihrer verschiedenen Interessen in Übersee einzusetzen, erheblich betroffen wäre. Große Teile der Welt-

meere könnten als AWZs beansprucht werden, einschließlich hoch priorisierter Operationsgebiete der Marine im Westpazifik, im Persischen Golf und im Mittelmeer.<sup>439</sup>

Tatsächlich deutet einiges darauf hin, dass Chinas Agieren vor allem durch das Bestreben motiviert ist, den USA die Fähigkeit zu nehmen, die erste Inselkette als Riegel benutzen und so seine Häfen blockieren zu können: „Es gibt Streitigkeiten um die Inseln im Chinesischen Meer; das ist bedauer-



lich, räumt ein ehemaliger chinesischer Diplomat in Europa ein, wobei er sich allerdings auf die offizielle These von den ‚historischen Rechten Chinas‘ beruft. ‚Wir brauchen Ankerpunkte im Chinesischen Meer, um uns zu schützen – nicht um unsere Nachbarn anzugreifen,‘ argumentiert der Ex-Diplomat und verweist darauf, dass ein Kommandeur der US-Marine 2014 (laut einem Report des US Navy Institute) erklärt hat, die chinesischen Häfen und Handelswege seien ‚sehr exponiert und leicht zu blockieren.‘<sup>40</sup> In diesem Zusammenhang sehen die USA in den befestigten Inseln „unsinkbare Flugzeugträger“, die geeignet sind, die militärische Balance in der Region im Konfliktfall deutlich zugunsten Chinas zu verschieben.<sup>41</sup>

Jedenfalls unterwarfen die Philippinen am 22. Januar 2013 die maritimen Streitigkeiten einem Schiedsverfahren, das prüfen sollte, inwieweit die 9-Strich-Linie im Einklang mit dem von China ratifizierten Seerechtsübereinkommen (SRÜ/UNCLOS) steht. Rund drei Jahre später musste Peking einen empfindlichen Dämpfer hinnehmen: „Das 2016 abgeschlossene, von den Philippinen initiierte Schiedsverfahren zur Südchinesischen See hat dazu geführt, dass weitgehend alle maritimen Ansprüche Chinas als rechtlich unwirksam erklärt worden sind. Auch die Aufschüttung künstlicher Inseln durch China wurde als widerrechtlich bezeichnet. China hat verbal sehr scharf darauf reagiert und die Zuständigkeit und Unabhängigkeit des Schiedsgerichtes bezweifelt.“<sup>42</sup>

Auch wenn dies als klarer Sieg für die USA und die sogenannte Regelbasierte Ordnung gewertet wurde, hat die ganze Angelegenheit gleich mehrere Schönheitsfehler. Es fängt damit an, dass der Schiedsspruch selbst zwar eindeutig ausgefallen ist, aber durchaus auch westliche Völkerrechtler wie etwa Stefan Talmon der chinesischen Sichtweise dennoch einiges abgewinnen können: „Natürlich kann ich als Jurist die Begründung des Schiedsgerichts nachvollziehen, aber wie so oft in der Juristerei gibt es mehrere vertretbare Ansichten. Ich sehe zum Beispiel die sehr restriktive Auslegung des Inselbegriffs kritisch.“<sup>43</sup> Wichtiger noch ist, dass mit dem Schiedsspruch nur die Frage der 9-Strich-Linie adressiert wurde, nicht aber die, inwieweit ausländische Truppen innerhalb einer AWZ reguliert werden können. Dies wäre selbst bei einer Beilegung der Streitigkeiten um die 9-Strich-Linie von Belang, da sich eine Reihe von Vorfällen zwischen

chinesischen und amerikanischen Schiffen innerhalb von Gebieten ereigneten, die zweifelsfrei zu Pekings AWZ gehören.<sup>44</sup> Und schließlich hat es einen ziemlich faden Beigeschmack, wenn sich ausgerechnet die USA in der Angelegenheit auf das Seerechtsübereinkommen als Teil einer vermeintlich Regelbasierten Ordnung berufen, es selbst aber bis heute nicht ratifiziert haben, um sich eine möglichst große Befreiheit in Fällen zu erhalten, in denen das Abkommen die eigene Interessendurchsetzung beeinträchtigt: „Aus der Sicht Pekings erscheinen die USA gegenüber China voreingenommen und sie mischen sich in einer Region ein, die weit von ihren geostrategischen Kerninteressen entfernt liegt, indem sie behaupten ein Dokument zu schützen, dem sie selber aber nicht formal zustimmen wollen.“<sup>45</sup>

Dieses doppelbödige und instrumentelle Verhältnis zum internationalen Recht fördert nicht eben das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der westlichen Staaten, die im Streit um das Chagos-Archipel zusätzlich erschüttert wird. Dennoch werden die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer von den USA als eine der zentralen Rechtfertigungen für die Militarisierung der Region sowie für halsbrecherische Manöver herangezogen, von denen ein erhebliches Eskalationspotenzial ausgeht (siehe Kapitel 7).

1 Reinecke, Stefan: Zeit, sich zu erinnern, taz, 27.06.2014.

2 Besonders Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte, München 1992.

3 Siehe zB prominent Ikenberry, John: Liberal Leviathan: The Origins, Crisis, and Transformation of the American World Order, Princeton 2011.

4 Hardt, Michael/Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main 2002.

5 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009; Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand, München 2008.

6 Müller, Björn: Neue Machtambitionen im Indo-Pazifik, Europäische Sicherheit & Technik, 03.03.2019.

7 Tatsächlich ging der US-Anteil bereits deutlich früher zurück, allerdings zunächst zugunsten von Ländern wie Japan und Deutschland.

8 Xuetong, Yan: Becoming Strong. The New Chinese Foreign Policy, in: Foreign Affairs, Juli/August 2021. Am deutlichsten sind die Unterschiede noch beim Pro-Kopf-BIP. Der Internationale Währungsfonds weist hier für China im Jahr 2020 lediglich \$10.484 aus, für die USA hingegen \$63.416 (Deutschland: \$45.733).

9 Rürup, Bert: Auf ein Ende der Zwangsarbeit in China kann der Westen lange warten! Der Tagesspiegel, 08.01.2021.

- 10 China exklusive Hongkong, Daten nach: <https://unctadstat.unctad.org/wds/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=101>
- 11 Alle Daten nach Eurostat: <https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>
- 12 China erstmals größter Handelspartner der EU, Botschaft der VR China in Deutschland, 18.02.2021.
- 13 Trade in Goods with the EU: <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c0003.html>
- 14 Trade in Goods with China: <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c5700.html#2021>
- 15 Murray, Alan/Meyer, David: The Fortune Global 500 is now more Chinese than American, fortune.com, 10.08.2020.
- 16 Walkenhorst, Peter: Ein neuer kalter Krieg? IP Special, Nr. 3/2021, S. 8-12, S. 9. Inwieweit der Autor hier die Sowjetunion nicht ein wenig unterschätzt, von der zeitweise davon ausgegangen wurde, sie werde die USA beim BIP in absehbarer Zeit überflügeln, sei hier einmal dahingestellt.
- 17 Admiral John C. Aquilino, U.S. Pacific Fleet Change of Command Ceremony, Pearl Harbor, 17.05.2018. Siehe auch Rudolf, Peter: Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, SWP-Studie, Oktober 2019, S. 6: "Im Südchinesischen Meer kollidiert der amerikanische Anspruch auf freien Zugang zu den Weltmeeren mit dem chinesischen Bestreben, eine Sicherheitszone zu errichten und die amerikanische Interventionsfähigkeit zu konterkarieren."
- 18 Am frühesten prägte den Begriff wohl der indische Analyst Gurpreet Khurana. Siehe Scobell, Andrew: Constructing a U.S.-China Rivalry in the Indo-Pacific and Beyond, in: Journal of Contemporary China, Nr. 127/2021, S. 1-16, S. 14 Fußnote 86.
- 19 Competition and Cooperation, Munich Security Report, Juni 2021, S. 70.
- 20 Scobell 2021, S. 15.
- 21 Lieberherr, Boas: Geostrategischer Sturm über dem Indischen Ozean, CSS-Analyse, 05.05.2021, S. 3. Siehe auch Heiduk, Felix/Wacker, Gudrun: Vom Asien-Pazifik zum Indo-Pazifik, SWP-Studie, Mai 2020, S. 29: „Der FOIP der Regierung Trump richtet sich dezidiert gegen den wachsenden Einfluss Chinas in der Region und zielt auf dessen Eindämmung ab.“
- 22 Umbach, Frank: Die neue Indo-Pazifik-Strategie Deutschlands und die militärische Aufrüstung Chinas, Europäische Sicherheit & Technik, 02.11.2020.
- 23 Siehe Ministry for Europe and Foreign Affairs: France's Strategy in the Indopacific, Paris 2021, S. 11.
- 24 Laçi, Tania: Charting a course through stormy waters. The EU as a maritime security actor, European Parliamentary Research Service, Februar 2021, S. 2.
- 25 Corf, Oliver: Der Indo-Pazifik: Eine Region im Fokus der globalen Sicherheitspolitik, Europäische Sicherheit & Technik, Februar 2021, S. 88-89, S. 88.
- 26 Jährliche Weisung Marine der Marine, 30.01.2020.
- 27 Wirth, Christian/Schatz, Valentin: "Lawfare" im Südchinesischen Meer, GIGA Focus Asien, 08/2020, S. 4.
- 28 So eine der häufigsten Definitionen der ersten Inselkette. Siehe dazu Guilfoyle, Douglas: The rule of law and maritime security: understanding lawfare in the South China Sea, in: International Affairs, Nr. 5/2019, S. 999-1017, S. 1010 Fußnote 90.
- 29 Marti, Anna/Kleine-Brockhoff, Moritz: Fregatte „Bayern“ – Deutscher Schmusekurs im Südchinesischen Meer, freiheit.org, 14.05.2021.
- 30 Der genaue Zeitpunkt, wann mit der „Befestigung“ der Riffe und Kleinstinseln begonnen wurde, ist umstritten. Das CRS nennt 2013 (O'Rourke, Ronald: U.S.-China Strategic Competition in South and East China Seas: Background and Issues for Congress, CRS, 18.03.2021, S. 11 [zit. als O'Rourke 2021c]), Wirth/Schatz 2020, S. 2 sprechen dagegen etwa von 2014.
- 31 Folgende Staaten haben ebenfalls – aber wohl nicht in dem Ausmaß wie China – Riffe befestigt: Malaysia, die Philippinen, Taiwan und Vietnam: <https://amti.csis.org/island-tracker/>
- 32 Auch die Anzahl der befestigten Riffe bzw. Kleinstinseln ist umstritten. Bulard, Martin: Kommt eine pazifische Nato? Le Monde diplomatique, 10.06.2021 spricht von sieben, andere Quellen von zehn Standorten (Stavridis, James: If the US went to war with China, who would win? nikkei.asia.com, 30.05.2021).
- 33 Hirschmann, Kai: Konfliktinseln im Südchinesischen Meer, consulting-plus.de, o.J.
- 34 Wikipedia: Südchinesisches Meer.
- 35 Bulard 2021.
- 36 „Neben der zentralen strategischen Verkehrslage wird vermutet, dass das Südchinesische Meer etwa eine Milliarden Fass an bewiesenen Erdölreserven (U.S. Energy Information Administration) birgt. Nach chinesischen Angaben sollen dort sogar bis zu 130 Milliarden Fass Erdöl gefördert werden können. Dies würde das Südchinesischen Meer nach Saudi Arabien zur zweitgrößten Erdölregion weltweit machen. Neben den vermuteten Erdölreserven sind außerdem etwa 60 bis 70 % der geschätzten Kohlewasserstoffe im Südchinesischen Meer in Form von Erdgas vorhanden.“ (Hirschmann o.J.)
- 37 Guilfoyle 2021.
- 38 Wirth/Schütz 2020, S. 4.
- 39 O'Rourke 2021c, S. 5.
- 40 Bulard 2021.
- 41 Stavridis 2021. Siehe zur US-Sicht auf Chinas Militärstrategie in der Region O'Rourke 2021c, S. 2.
- 42 Mohr, Johannes: Der Schiedsspruch zum Südchinesischen Meer und die Reaktionen Beijings, in: Sirius, Nr. 2/2017.
- 43 "Der Schiedsspruch ist kontraproduktiv", Deutsche Welle, 13.07.2016.
- 44 O'Rourke 2021c, S. 8.
- 45 Scobell 2021, S. 14. Siehe auch Wirth/Schatz 2020, S. 5: „Zugleich befinden sich die USA in einer merkwürdigen Position, wenn sie sich auf das SRÜ berufen. Der Senat weigert sich seit dem Jahr 1982, das SRÜ zu ratifizieren“.

## 2. Die USA auf Kollisionskurs

Mit dem Sieg der Kommunistischen Partei 1949 galt China für die USA lange gleich hinter der Sowjetunion als Hauptfeind Nummer zwei. Es bedurfte eines Hardliners und erklärten Antikommunisten als US-Präsidenten, um einen Kurswechsel einzuleiten („nur Nixon konnte nach China gehen“). Seit Anfang der 1970er wurde China dadurch zum Verbündeten gegen die Sowjetunion, ein Verhältnis, das bis zum Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er Jahre mehr oder weniger stabil blieb. In dieser Zeit wurden dann auch frühzeitig die Grundlagen für sämtliche darauf folgenden US-Regierungen geschaffen, indem die Devise ausgegeben wurde, es gelte nun die soeben erklommene Position als unangefochtene Vormacht im internationalen System unter allen Umständen gegen mögliche Rivalen zu verteidigen. Zwar hatte Washington dabei zuerst eher Russland im Blick, spätestens seit 2008 geriet aber zunehmend auch China ins Visier. Von da ab zeichnete sich die US-Politik unter den drei Präsidenten Obama, Trump und Biden durch eine bemerkenswerte Kontinuität aus, auch wenn sie sich über die Jahre immer weiter verschärft hat.<sup>1</sup>

### 2.1 Bush bis Bush: US-Strategie der Vorherrschaft

Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges wurden in den USA intensive Überlegungen angestellt, wie auf die neue Situation zu reagieren sei. Vor diesem Hintergrund gab der damalige US-Verteidigungsminister Dick Cheney ein Papier in Auftrag,

das die Ausarbeitung einer künftigen US-Globalstrategie zum Inhalt haben sollte. Unter Aufsicht seines Unterstaatssekretärs für Verteidigung, Paul Wolfowitz, wurde das Dokument dann von Lewis Libby und Zalmay Khalilzad verfasst, alles Personen, die in der späteren Bush-Administration ab 2001 noch einmal führende Rollen im „Krieg gegen den Terror“ spielen sollten.<sup>2</sup>

Das Ergebnis dieser Bemühungen war die „Defence Planning Guidance“ (auch: „No-Rivals-Plan“). Dabei handelt es sich um ein Dokument, das 1992 das Licht der Öffentlichkeit erblickte und das den von nun an handlungsleitenden US-Vormachtsanspruch erstmals ungeschminkt formulieren sollte: „Unser erstes Ziel ist, den (Wieder-)Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhüten, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung der Größenordnung darstellt, wie früher die Sowjetunion. [...] Dies erfordert es, dass wir versuchen müssen zu verhüten, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Zu diesen Regionen gehören Westeuropa, Ostasien, die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion und Südwestasien. [...] Das zweite Ziel besteht darin, die Ursachen regionaler Konflikte und Instabilität in einer Weise anzugehen, die einen wachsenden Respekt vor dem Völkerrecht, eine Begrenzung internationaler Gewalt und die Ausweitung demokratischer Regierungsformen und offener wirtschaftlicher Systeme fördert.“<sup>3</sup>

Diese Strategie der Vorherrschaft sollte fortan sowohl die Politik der demokratischen Clinton-Administration (1993-2001)<sup>4</sup> und selbstredend dann auch die Regierung von George W. Bush (2001-2009) prägen, auch wenn zunächst, wie erwähnt, Russland als der gefährlichere Rivale eingestuft wurde. Unter George W. Bush waren dieselben Personen wieder tonangebend, die schon Anfang der 1990er die US-Vorherrschaft zum alles bestimmenden Ziel der US-Politik erklärt hatten. Spätestens ab da wurde in diesem Zusammenhang dann auch China in offiziellen Dokumenten stärker „gewürdigt“. So hieß es etwa in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ aus dem Jahr 2002: „Wir sind aufmerksam gegenüber möglicherweise erneuten alten Mustern der Großmachtkonkurrenz. [...] Indem es fortgeschrittene militärische Kapazitäten anstrebt, die seine Nachbarn in der asiatisch-pazifischen Region gefährden können, folgt China einem veralteten Pfad, der, letztlich, sein eigenes Streben nach nationaler Größe beeinträchtigen wird.“<sup>5</sup>

## 2.2 Obama: Pivot gegen China

Richtig in den Fokus der US-Politik rückte China allerdings erst unter der Regierung Barack Obamas und unter dem Eindruck zunehmender Großmacht-rivalitäten sowie des westlichen Machtabstiegs infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Noch vor seiner Wahl warnte Obama 2007 in einem Grundlagenartikel: „Die Bedrohungen dieses Jahrhunderts [...] gehen von mit Terroristen verbündeten Schurkenstaaten und von aufstrebenden Mächten aus, die sowohl Amerika als auch die internationalen Grundlagen der liberalen Demokratie herausfordern könnten.“<sup>6</sup> Noch deutlicher wurde Anne-Marie Slaughter, die in der Obama-Administration einige Jahre als Direktorin der wichtigen Politikplanungsabteilung im Außenministerium Hillary Clintons fungierte: „Die Vorherrschaft der liberalen Demokratien ist erforderlich, um eine Rückkehr zu Sicherheitskonflikten zwischen den Großmächten zu verhindern, zwischen den Vereinigten Staaten und unseren Verbündeten auf der einen Seite und einer Autokratie oder einem Zusammenschluss von Autokratien auf der anderen – eine Art der Auseinandersetzung, die zu zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg führte.“<sup>7</sup>

Auch damals hatte zunächst noch Russland Priorität, doch dies sollte sich spätestens mit einem viel

beachteten Artikel der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton in der „Foreign Policy“ im November 2011 ändern. Darin rief sie „Amerikas pazifisches Jahrhundert“ („America’s Pacific Century“<sup>8</sup>) aus und nahm damit die ein Jahr später von Obama als Chefsache eingeleitete militärische Schwerpunktverlagerung („pivot“) Richtung China vorweg. In seiner Gesamtheit wurde der Strategiewandel schließlich im Januar 2012 in dem Dokument „Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense“ veröffentlicht. US-Präsident Barack Obama war ungewöhnlich stark in die Abfassung des Papiers involviert, was sich schließlich auch darin äußerte, dass er extra bei ihrer Präsentation im Pentagon anwesend war.<sup>9</sup> Im Kern nahm „Sustaining U.S. Global Leadership“ eine doppelte Verschiebung mit weitreichenden Implikationen vor: Einmal wurden unter dem Eindruck der desaströs verlaufenden Kriege im Irak und in Afghanistan kritischere Töne gegenüber großangelegten Besatzungseinsätzen angeschlagen und stattdessen auf eine Stärkung der Spezialkräfte gesetzt.<sup>10</sup> Und zweitens wurde der geographische Schwerpunkt deutlich nach Ostasien verschoben, um damit insbesondere dem Aufstieg Chinas als wichtigstem künftigen Rivalen Rechnung zu tragen.<sup>11</sup>

Schon im Dezember 2011 hatte der damalige Navy-Admiral Jonathan Greenart verkündet, die USA würden ab 2013 vier neue Kriegsschiffe in Singapur stationieren, die für Operationen in Küstennähe geeignet seien.<sup>12</sup> Danach ging es Schlag auf Schlag: „Auf der Insel Guam entsteht der größte US-Militärstützpunkt im West-Pazifik (Kosten: rd. zwölf Milliarden US-Dollar). In Darwin/Australien sollte die US-Präsenz von bis dato 200 SoldatInnen auf 2.500 erhöht und B-52 Langstreckenbomber stationiert werden. Indiens Einbindung als ‚strategischer Partner‘ und Amerikas Militärpräsenz in Zentralasien vervollständigen den präventiven ‚Feuerring‘ um China. Gemeinsame Flottenmanöver von USA, Japan und Südkorea vor der Haustür Chinas werden von Beijing als Provokation scharf verurteilt. Steuern China und USA auf einen militärischen Konflikt zu?“<sup>13</sup> Insgesamt sollte vor allem die maritime Schwerpunktsetzung deutlich verschoben werden: „Während die US-Marine derzeit etwa hälftig im Pazifik und im Atlantik stationiert sei, solle sich das Verhältnis bis zum Jahr 2020 auf etwa 60 zu 40 Prozent ändern.“<sup>14</sup>

Auch wenn KritikerInnen anmerkten, die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen hätte (zu)

lange auf sich warten lassen<sup>15</sup>, so markierte der „pivot“ doch zweifellos eine deutliche militärische Akzentuierung des bisher eher moderaten Konkurrenzverhältnisses. Und auch wenn den China-Passagen zentraler Strategiedokumente der nachfolgenden Trump-Regierung deutlich mehr Beachtung geschenkt wurde, sollte dennoch nicht vergessen werden, dass ähnlich Formulierungen bereits in der Endphase der Regierungszeit Barack Obamas zu finden waren. So warnte schon die „Nationale Militärstrategie“ im Juni 2015 vor sich verschärfenden Großmachtkonflikten<sup>16</sup>, allerdings trifft es durchaus zu, dass der Ton unter Donald Trump noch einmal deutlich rauer wurde.

### 2.3 Trump: Verschärfung der Großmachtkonkurrenz

Das erste zentrale Dokument der Trump-Regierung war im Dezember 2017 die Nationale Sicherheitsstrategie: „China und Russland fordern Amerikas Macht, seinen Einfluss und seine Interessen heraus und versuchen Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu untergraben. [...] Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass die militärische Überlegenheit der USA weiterbesteht.“<sup>17</sup> In der „Nationalen Verteidigungsstrategie“ im Januar 2018 hieß es dann: „Der langfristige strategische Konkurrenzkampf mit

China und Russland ist die wichtigste Priorität für das Verteidigungsministerium. [China wird] mit seinem militärischen Modernisierungsprogramm fortfahren, das darauf abzielt, kurzfristig die regionale Vorherrschaft und die Verdrängung der Vereinigten Staaten im Indo-Pazifik zu erreichen, um langfristig die globale Vorherrschaft zu erringen.“<sup>18</sup>

Verschiedentlich wurde angesichts solcher Sätze darauf hingewiesen, wie präsent offensichtlich die Anfang der 1990er formulierte Priorität noch ist, die US-Vorherrschaft gegenüber Rivalen abzusichern, indem ihre unmittelbaren Nachbarregionen kontrolliert werden<sup>19</sup> – im Falle Chinas, der Indo-Pazifik. Dementsprechend hieß es dann im „Indo-Pacific Strategy Report“ des Pentagon im Juni 2019 in einem Satz, der sich anhört, als wäre er direkt von der Defence Planning Guidance Anfang der 1990er inspiriert worden: „Während China seinen wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg fortsetzt, strebt es kurzfristig eine regionale Hegemonie im Indo-Pazifik und schlussendlich auf lange Sicht die globale Vorherrschaft an.“<sup>20</sup>

Unter Donald Trump wurde dann auch auf einer Reihe von Ebenen die Konfrontation gesucht: Handelskrieg (Zölle), Tech-Geopolitik (Huawei) usw. Die Situation war zwischenzeitlich so heikel, dass der US-Generalstabschef ernsthaft besorgt gewesen sein soll, Donald Trump könne am Ende seiner Regie-



Quelle: INDOPACOM / Public Domain

Abbildung 3: Die US-Definition des Indo-Pazifik.

rungszeit einen Krieg mit China vom Zaun brechen: „Die Spitzen des Militärs in den USA und China befürchteten wegen Donald Trump einen Krieg – und sprachen sich darüber zwei Mal hinter Trumps Rücken ab. [...] Zwei Mal rief General Mark Milley sein Gegenüber in Peking an, um einen Krieg abzuwenden. Er versicherte sich auch, dass Trump nicht alleine Atomwaffen abfeuern konnte.“<sup>21</sup>

Neben der allgemeinen Verschlechterung der Beziehungen kann sich die Trump-Regierung auch dessen „rühmen“, der indopazifischen Region nicht zuletzt über die offizielle Übernahme der Begrifflichkeit erhöhte Aufmerksamkeit gezollt zu haben: „Seit Ende 2017 ist der Begriff ‚FOIP‘ in offiziellen Dokumenten, zum Beispiel der nationalen Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses, verankert worden und wird seit 2018 als ‚whole of government‘-Ansatz bezeichnet.“<sup>22</sup> Im Januar 2018 wurde konsequenterweise der Verteidigungsstaatssekretär für die asiatisch-pazifische Region in den für indopazifische Sicherheitsbelange umbenannt und am 30. Mai desselben Jahres dann das Pazifikkommando zum Indo-Pazifikkommando (INDOPACOM) umdeklariert. Vor allem aber wurden unter Trump die militärischen Einkreisungs- und Strangulierungsversuche mittels massiver Aufrüstungsinitiativen noch einmal drastisch intensiviert (siehe Kapitel 3).

## 2.4 Biden: China-Obsession

Wer Hoffnung hatte, die Wahl Joseph Bidens würde zu einer deutlichen Deeskalation beitragen, wurde mit Blick auf China schnell eines Besseren belehrt. Gleich bei seinem ersten großen außenpolitischen Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2021 warnte er: „Wir müssen uns auf eine langandauernde strategische Auseinandersetzung mit China vorbereiten.“<sup>23</sup> Schon zuvor schuf er den Posten des „Indo-Pazifik-Koordinators“ im Nationalen Sicherheitsrat, den er mit Kurt Campbell besetzte, dem Architekten von Obamas militärischer Schwerpunktverlagerung Richtung China.<sup>24</sup> Campbell hatte der Trump-Regierung schon im Januar 2021 in einem zusammen mit Rush Doshi veröffentlichten Artikel vorgeworfen, zwar viel geredet zu haben, sie habe aber, keinen „ernsthafte Versuch unternommen, chinesisches Abenteuer abzuschrecken“, wofür unter anderem „Investitionen in konventionelle Langstrecken-Marschflugkörper und ballistische Raketen“ erforderlich seien.<sup>25</sup> Rush

Doshi gilt als China-Direktor im Nationalen Sicherheitsrat als „federführend in Fragen der Chinapolitik“ der Biden-Regierung.<sup>26</sup> Kurz bevor er seinen Regierungsposten antrat, veröffentlichte er noch ein unter anderem seinem Mentor Kurt Campbell gewidmetes Buch „The Long Game: China’s Grand Strategy to Displace American Order“: „Dieses Buch vertritt die Auffassung, dass China seit dem Ende des Kalten Krieges eine Globalstrategie verfolgt, die amerikanische Ordnung erst auf regionaler und jetzt auf globaler Ebene abzulösen.“<sup>27</sup>

Insgesamt ist die Biden-Regierung mit China-Hardlinern gespickt, Ely Ratner zum Beispiel als Verteidigungsstaatssekretär für den Indo-Pazifik ist ebenfalls nicht gerade für seine sanften Töne gegenüber Peking bekannt.<sup>28</sup> Zudem wurden bereits frühzeitig innerhalb des Nationalen Sicherheitsrates personelle Umschichtungen weg vom Mittleren Osten zugunsten des Indo-Pazifiks vorgenommen.<sup>29</sup> Und auch Bidens Verteidigungsminister Lloyd Austin ließ gleich in seinem ersten Memo an die Streitkräfte im März 2021 verlauten: „Das Verteidigungsministerium wird den Fokus auf China als vorrangiger treibender Kraft legen und die entsprechenden operativen Konzepte, Fähigkeiten und Pläne entwickeln, um die Abschreckung zu stärken und unsere Wettbewerbsvorteile zu erhalten.“<sup>30</sup>

Gerade im Amt veröffentlichte die Biden-Administration außerdem eine „Provisorische Nationale Sicherheitsstrategie“, die, wenig überraschend nach den bisherigen Statements, vor allem die Konkurrenz mit China (und Russland) betonte: „Wir sehen uns einer Welt des zunehmenden Nationalismus, der zurückweichenden Demokratie, zunehmender Rivalitäten mit China, Russland und anderen autoritären Staaten und einer technologischen Revolution gegenüber, die jeden Aspekt unseres Lebens beeinflusst. [...] Während wir uns in Stellung bringen, um unsere Gegner abzuschrecken und unsere Interessen in Zusammenarbeit mit unseren Partnern zu verteidigen, wird unsere Präsenz im Indo-Pazifik und in Europa am robustesten sein. [...] Zusammengenommen wird diese Agenda unsere Vorteile ausbauen und es uns erlauben, in der strategischen Auseinandersetzung mit China oder irgendeiner anderen Nation die Oberhand zu behalten.“<sup>31</sup>

Beobachter attestieren der Biden-Regierung geradezu eine „China-Obsession“, jede Frage werde nur noch vor dem Hintergrund behandelt, wie sich dies auf die Konkurrenz zu China auswirken werde, so

die Kritik.<sup>32</sup> Sogar den Abzug aus Afghanistan begründete Biden Ende August 2021 unter anderem mit der Notwendigkeit, sich auf die Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren.<sup>33</sup> Der Neue Kalte Krieg mit China hat sich somit innerhalb von etwa zehn Jahren zum alles dominierenden Faktor der US-Außen- und Militärpolitik entwickelt: „Die global geführte Auseinandersetzung mit China scheint zu einem neuen strukturierenden Prinzip amerikanischer Außenpolitik zu werden. [...] So verbreitet sich in den USA die Sorge, dass Chinas wirtschaftlich erfolgreicher ‚autoritärer Kapitalismus‘ international ausstrahlt und Resonanz in einer Zeit findet, in welcher der Glaube an die Systemüberlegenheit des ‚demokratischen Kapitalismus‘ vielfach Zweifeln ausgesetzt ist.“<sup>34</sup>

1 Scobell 2021, S. 3.

2 Siehe zur Abfassung und den Beteiligten an der Defence Planning Guidance Lemann, Nicholas: *The Next World Order: The Bush Administration may have a brand-new doctrine of power*, *The New Yorker*, 01.04.2002; Richard Perle, Andrew Marshall und Albert Wohlstetter spielten bei der Erstellung auch noch eine wichtige Rolle. Vgl. Mann, James: *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*, New York 2004, S. 209ff.; und Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: *America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004.

3 „Prevent the Reemergence of a New Rival“. *The Making of the Cheney Regional Defense Strategy, 1991-1992*. *Declassified Studies from Cheney Pentagon Show Push for U.S. Military Predominance and a Strategy to "Prevent the Reemergence of a New Rival"*: <http://nsarchive.gwu.edu/nukevault/ebb245/index.htm#doc3>

4 Siehe zur China-Politik unter George Bush senior und Bill Clinton u.a. Layne, Christopher: *Preventing the China-U.S. Cold War from Turning Hot*, in: *The Chinese Journal of International Politics*, 2020, S. 1-44, S. 32f.

5 *The National Security Strategy*, September 2002, S. 26f.

6 Obama, Barack: *Renewing American Leadership*, in: *Foreign Affairs*, Juli/August 2007, S. 2-16.

7 Ikenberry, John/Slaughter, Anne-Marie: *Forging a World of Liberty under Law*, *Final Report of the Princeton Project on National Security*, September 2006, S. 29f.

8 Clinton, Hillary: *America's Pacific Century*, in: *Foreign Policy*, November 2011.

9 Marsh, Kevin: *Managing Relative Decline: A Neoclassical Realist Analysis of the 2012 US Defense Strategic Guidance*, in: *Contemporary Security Policy*, Dezember 2012, S. 487-511.

10 „Nach den Kriegen im Irak und in Afghanistan [...] werden die US-Kräfte auch weiter in der Lage sein, begrenzte Aufstandsbekämpfung- oder andere Stabilisierungsoperationen durchzuführen. [...] Aber die US-Truppen werden nicht mehr die Größe haben, um groß angelegte, lang andauernde Stabilisierungsoperationen durchzuführen.“ (*Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense*, Washington DC, Januar 2012, S. 6. Hervorhebung im Original)

11 Wagner, Jürgen: *Die Rückkehr der Schattenkrieger. Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus*, IMI-Studie 2013/05.

12 Miére, Chrisitan Le: *America's Pivot to East Asia: The Naval Dimension*, in: *Survival*, Juni-Juli 2012, S. 81-94, S. 81f.

13 Art, Wilfried: *Südostasien rüstet auf*, in: *Eurasisches Magazin*, 02.02.2012.

14 Großteil von Marine künftig im Pazifik, *ORF News*, 20.10.2012.

15 Kolmaš, Michal u.a.: *A 'pivot' that never existed: America's Asian strategy under Obama and Trump*, in: *Cambridge Review of International Affairs*, Volume 32, 2019, S. 1-19, S. 9 kritisieren, es habe etwa sechs Jahre gedauert, um wesentliche Aspekte des Pivot umzusetzen.

16 Department of Defense: *The National Military Strategy of the United States of America*, Washington DC, Juni 2015, S. 2.

17 The White House: *National Security Strategy*, Washington DC, Dezember 2017, S. 2.

18 Department of Defense: *National Defense Strategy of the United States of America: Sharpening the American Military's Competitive Edge (Summary)*, Washington DC, Januar 2018, S. 4 und 2.

19 Ein Bericht des Congressional Research Service (CRS) bestätigt, dass das Hauptaugenmerk der US-Politik auch im Jahr 2021 noch darauf liegt, das Auftauchen eines regionalen Hegemons in Eurasien zu verhindern. Siehe O'Rourke, Ronald: *Renewed Great Power Competition: Implications for Defense*, CRS, 03.08.2021, S. 4 (zit. als O'Rourke 2021a).

20 Department of Defense: *Indo-Pacific Strategy Report. Preparedness, Partnerships, and Promoting a Networked Region*, Washington DC, 01.06.2019, S. 8.

21 Fellmann, Fabian: *Ranghöchster US-General befürchtete, dass Trump China angreifen könnte*, *Süddeutsche Zeitung*, 14.09.2021.

22 Heiduk/Wacker 2020, S. 11.

23 Biden, Joseph: *Remarks at the Munich Security Conference*, 19.02.2021.

24 Siehe Campbell, Kurt: *The Pivot: The Future of American Statecraft in Asia*, New York 2016.

25 Campbell, Kurt/Doshi, Rush: *How America Can Shore Up Asian Order: A Strategy for Restoring Balance and Legitimacy*, *Foreign Affairs*, 12.01.2021.

26 Gottschalk, Christian: *Kampf um Herz und Hirn*, *Stuttgarter Nachrichten*, 26.08.2021.

27 Doshi, Rush: *The long game. China's grand strategy to displace American order*, *brookings.edu*, 02.08.2021.

28 Campbell, Kurt/Ratner, Ely: *The China Reckoning. How Beijing Defied American Expectations*, in: *Foreign Affairs*, März/April 2018.

29 Pager, Tyler/Bertrand, Natasha: *White House shifts from Middle East quagmires to a showdown with China*, *Politico*, 28.01.2021.

30 Austin, Lloyd: *Memorandum for all DoD Employees*, 04.03.2021.

31 The White House: *Renewing America's Advantages. Interim National Security Strategic Guidance*, Washington DC, März 2021, S. 6, 15 und 19.

32 Saphiro, Jeremy: *Biden Talks a Big Game on Europe. But His Actions Tell a Different Story*, *Politico*, 06.04.2021.

33 *Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan*, *whitehouse.gov*, 31.08.2021.

34 Rudolf 2019, S. 6 und 15.

## 3. Rüstung gegen China: Kampf um die erste Inselkette

China ist inzwischen auch zum alles dominierenden Faktor für die Rüstungspolitik der USA geworden, sowohl global als auch regional mit Bezug auf den Indo-Pazifik, soll die Vorherrschaft unter allen Umständen erhalten werden. Sowohl anhand von Strategiepapieren als auch konkreten Rüstungsprojekten lässt sich nachweisen, dass die USA eine Art Strangulierungsoption anstreben, nämlich über die Fähigkeit zu verfügen, im Konfliktfall mit der Blockade chinesischer Häfen drohen zu können.

### 3.1 Rüstung für Großmachtkriege

Auch wenn schon früher damit begonnen wurde, nahmen die Rüstungsbemühungen mit Blick auf China unter Donald Trump und nun auch unter Joseph Biden noch einmal deutlich Fahrt auf. Wirft man zunächst einmal einen Blick auf die nackten Zahlen, so stiegen die chinesischen Militärausgaben laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) zwar prozentual deutlich von \$22 Mrd. (2000) um mehr als das zehnfache auf \$252 Mrd. (2020) an, worauf im westlichen Diskurs auch gerne hingewiesen wird. Dass aber die US-Ausgaben im selben Zeitraum absolut – und von hohem Niveau ausgehend – deutlich größere Zuwächse verbuchten, wird oftmals unterschlagen. Konkret blähte sich der US-Militärhaushalt von \$331 Mrd. (2000) auf \$778 Mrd. Dollar (2020) extrem auf – und zwar um \$447 Mrd. Dollar, während es im Falle Chinas „nur“ \$230 Mrd. waren.<sup>1</sup>

Da der offizielle Haushalt immer etwas unter den SIPRI-Angaben liegt, die viele ausgeklammerte Ausgaben mit berücksichtigen, handelte es sich auch beim ersten Haushaltsantrag der Biden-Regierung über \$715 Mrd. um einen neuen Rekordwert (unter Trump wurden zuletzt \$704 Mrd. beantragt). Die Ende Mai 2021 dem Kongress zugeleiteten Forderungen trugen ganz die Handschrift der neuen Großmachtkonkurrenz. Schon im Februar 2020 hatte das Pentagon einen Bericht veröffentlicht, in dem das gesamte Budget nach Ressourcen durchforstet wurde, die für einen Kapazitätsausbau gegenüber China umgeleitet werden könnten.<sup>2</sup> Ein Ergebnis mit Blick auf den ersten Biden-Haushaltsantrag dürfte eine deutliche Umschichtung zugunsten von High-Tech-Kriegsführung sein, der für künftige Auseinandersetzungen eine zentrale Bedeutung zugeschrieben wird.<sup>3</sup> Biden selbst äußerte sich etwa im August 2021 folgendermaßen: „Ich halte es für mehr als wahrscheinlich, dass wir am Ende, wenn wir in einem echten heißen Krieg mit einer Großmacht landen, dass dies die Konsequenz eines Cyberangriffs von großer Tragweite ist.“<sup>4</sup>

Jedenfalls wurden im Haushaltsantrag der Biden-Regierung \$8 Mrd. aus älteren Beschaffungsprogrammen u.a. zugunsten von \$5,5 Mrd. für die Entwicklung neuer Kriegstechnologien freigegeben:<sup>5</sup> „Die Biden-Administration in den USA legt einen Schwerpunkt auf die technologische Modernisierung der Streitkräfte. [...] Bei der technologischen Modernisierung geht es um die Aufstellung der Streitkräfte mit Blick auf einen potenziellen Konflikt mit Russland oder China. Um dies zu fi-



nanzieren, werden Einschnitte bei der aktuellen Kräftestruktur vorgenommen. [...] Tatsächlich steigt der Etatposten Forschung & Entwicklung um fünf Prozent auf 112 Milliarden Dollar oder 15,7 Prozent des Gesamtbudgets. Dies wäre der höchste F&E-Etat in der Geschichte des Pentagons. Schwerpunkte liegen unter anderem auf den Bereichen Künstliche Intelligenz, Mikroelektronik und 5G-Daten- und Kommunikationssystemen.“<sup>6</sup>

Schon seit einigen Jahren wurde ein Großteil der Pentagon-Beschaffungsprogramme nicht zuletzt mit Blick auf die Auseinandersetzungen mit China (und Russland) in Gang gesetzt. Der Wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses nennt hier als Beispiele unter anderem die Aufrüstung des Atomwaffenarsenals (inklusive Raketenabwehrsystemen), den F-35 Joint Strike Fighter und neue Kriegsschiffe (u.a. neue Zerstörer).<sup>7</sup> Besonderes teuer wird die „Modernisierung“ des US-Atomwaffenarsenals, die bereits unter Obama in die Wege geleitet wurde. Es soll zielgenauer und durchschlagskräftiger gemacht werden, wodurch es auch – vermutlich bewusst – zu einer zunehmenden Bedrohung der chinesischen Zweitschlagfähigkeit wird.<sup>8</sup> Die geschätzten Kosten hierfür schossen dabei von \$315 Mrd. (2015) über \$494 Mrd. (2019) auf \$634 Mrd. (2021) regelrecht durch die Decke.<sup>9</sup> Auch unter Biden ist hier keine Kursänderung in Sicht, das Signal, das von ihm ausgeht, sei „volle Kraft voraus“, so der Atomwaffenkritiker Tom Collina: „Das ist nicht die Botschaft, die Biden als Kandidat ausgesendet hat. Jetzt verschreibt sich Biden dem Nuklearplan von Donald Trump und geht in manchen Bereichen noch darüber hinaus.“<sup>10</sup>

Ambitioniert sind auch die maritimen Rüstungspläne der USA, die ebenfalls ganz erheblich durch die Konflikte mit China beeinflusst werden. Hier wurde im Dezember 2016 das Ziel ausgegeben, die Marine von einem damaligen Stand zwischen 270 und 300 Kriegsschiffen auf 355 Einheiten auszubauen. Im Dezember 2020 wurde dann ein neuer Plan vorgelegt, der vom damaligen US-Verteidigungsminister Mark Esper pompös als „Battleforce 2045“ bezeichnet wurde. Am Ziel von 355 Kriegsschiffen im Jahr 2035 wurde festgehalten, darüber hinaus aber noch anvisiert, die Marine bis 2045 auf eine Zahl von 525 bis 688 Einheiten (382-446 bemannt, 143-242 unbemannt) anwachsen zu lassen. Vorgelegt wurde das Ganze bereits nach ihrer Abwahl, sodass sich die Trump-Regierung keine Sor-

gen um die Umsetzung dieses ambitionierten Vorhabens machen musste. Im Juni 2021 kam dann der erste Aufschlag unter der neuen Biden-Regierung, der zwar ein klein wenig zurückruderte, aber weiterhin einen deutlichen Ausbau der Marine auf 398 bis 512 Einheiten (321-372 bemannt, 77-140 unbemannt) anvisiert.<sup>11</sup>

Gerade die geplanten Anschaffungen im Marinenebereich scheinen dabei vom Bestreben geleitet zu sein, im Indo-Pazifik deutlich mehr Kapazitäten als bislang zur Verfügung zu haben. Auch hier dürfte der Wechsel von Trump zu Biden eher für Kontinuität stehen, hatte der neue US-Präsident doch bereits vor und umso mehr auch nach seinem Amtsantritt unterstrichen, dass seine besondere Aufmerksamkeit der indopazifischen Region gelten werde.<sup>12</sup> Aussagen wie diese sind bei ihm mittlerweile an der Tagesordnung: „Die Zukunft jeder unserer Nationen und sogar der Welt hängt von einem freien und offenen Indopazifik ab, der in den kommenden Jahrzehnten bestehen und gedeihen wird.“<sup>13</sup>

### 3.2 Erste Inselkette: US-Strangulierungsstrategie

Zumeist wird recht allgemein darauf abgehoben, den USA gehe es vor allem darum, im Indo-Pazifik die Freiheit der Schifffahrt zu garantieren. Dass Washington aber noch deutlich weitergehendere Ambitionen hat und es tatsächlich, wie von China angenommen, eine Blockadefähigkeit – und damit ein mächtiges Drohpotenzial – anstrebt, belegt das „U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific“. Es wurde vom Nationalen Sicherheitsrat 2018 angefertigt und stellt das zentrale aus der Nationalen Sicherheitsstrategie von Dezember 2017 abgeleitete Dokument für die US-Politik in der Region dar.<sup>14</sup> In dem im Januar 2021 an die Öffentlichkeit gelangten Strategiepapier heißt es: „Die strategischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China werden von Dauer sein. [...] Der Verlust der US-Vorherrschaft im Indo-Pazifik würde auch die Fähigkeit der USA schwächen, ihre Interessen global umsetzen zu können.“ Als vorrangige Aufgabe definiert dieses Dokument auf dieser Basis dann „die Aufrechterhaltung der strategischen Vorherrschaft der USA in der indopazifischen Region und die Förderung einer liberalen Wirtschaftsordnung.“ Dies werde gelingen, indem China eine „dauerhafte Luft- oder Seedominanz innerhalb der ‚ersten Inselkette‘



Quelle: US-Verteidigungsministerium / Public Domain

Abbildung 4: Erste und zweite Inselkette.

verwehrt“ werde und die USA zugleich „alle Bereiche außerhalb der ersten Inselkette beherrschen.“<sup>15</sup>

Beobachter haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass die USA hiermit eine klare und aggressive Botschaft in Richtung Peking senden: „Die gigantische US-Militärmacht scheint damit die letzte verbliebene Machtressource zu sein. [...] Die militärische Einkreisung Chinas soll dem US-Staat den Machthebel einer möglichen Seeblockade verschaffen. Chinas Entwicklungsmodell basiert auf dem Export von Waren. [...] Mit ihrer Fokussierung auf die Seeherrschaft im Westpazifik und im Südchinesischen Meer senden die USA dem eingekreisten China in etwa folgende Botschaft: ‚Wir wissen, euer Entwicklungsmodell ist stark abhängig vom Außenhandel. Wir wissen auch, dass ihr etwa 80 Prozent eures Außenhandels über die Seewege – über das Südchinesische Meer, die Straße von Malaka und den Persischen Golf – abwickelt. Unsere Militärpräsenz kann eure gesamte Entwicklung in einer Weise abschneiden, sowie das napoleonische Frankreich beispielsweise 1800 Großbritannien vom Außenhandel mit Kontinentaleuropa abschnitt. Ihr solltet euch im Klaren darüber sein, was das innenpolitisch für euch bedeutet. [...] Damit droht

euch womöglich ein Zerfall des Staates, wie ihn 1991 bereits die von uns totgerüstete Sowjetunion erlebte. Entsprechend solltet ihr, um das zu verhindern, unsere Forderungen nach Finanzmarktliberalisierung, Bodenprivatisierung und geistige Eigentumsrechte erfüllen.“<sup>16</sup>

Augenscheinlich planen die USA mit ihren Rüstungsanstrengungen, diese Blockadeambitionen auch mit der notwendigen militärischen Schlagkraft zu unterfüttern – und auch hier ist unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden keine Kursänderung in Sicht.

### 3.3 Aufrüstung im Indo-Pazifik

Selbstredend versuchen die USA möglichst viele Staaten der Region mit ins Boot gegen China zu holen – insbesondere Japan, Indien und Australien stechen hier besonders hervor. Die Aufrüstung dieser Länder ist ein fester Bestandteil der US-Strategie, wie sich zuletzt Mitte September 2021 anhand eines Sicherheitsabkommens mit Großbritannien und Australien („AUKUS-Pakt“) gezeigt hat (siehe Kapitel 6.5). Allerdings sind zwar die meisten Anrainer tatsächlich über Chinas Politik äußerst

besorgt, dennoch existiert bei einer Reihe von ihnen auch eine gesunde Skepsis gegenüber dem als zu aggressiv empfundenen Vorgehen der USA.<sup>17</sup> Deshalb sehen sich die USA gezwungen, sich in ihren Bestrebungen zur Eindämmung Chinas bis auf weiteres primär auf die eigenen Kräfte zu verlassen. Dem zuständigen Indopazifik-Kommando sind über 300.000 SoldatInnen unterstellt, die sich auf 46.000 SoldatInnen der Luftwaffe (inklusive 420 Kampfflugzeugen) etwas über 100.000 des Heeres sowie 130.000 der Marine (einschließlich etwa 200 Schiffen) verteilen.<sup>18</sup> Die großen US-Truppenkontingente in der Region befinden sich vor allem auf den Basen in Japan (54.000) und in Südkorea (26.000)<sup>19</sup>, deren jährliche Stationierungskosten sich allein schon auf \$8,5 Mrd. belaufen.<sup>20</sup>

Im Indo-Pazifik selbst beherbergt vor allem die Insel Guam mit 6.000 SoldatInnen ein großes US-Kontingent, weshalb sie vom Indopazifik-Kommando als die „wichtigste Operationsbasis im Westpazifik“ bezeichnet wird, „von der“ und „für die“ die Vereinigten Staaten „kämpfen müssen.“<sup>21</sup> Aus diesem Grund stellt der Ausbau von Guam einen wichtigen Schwerpunkt der „Pazifischen Abschreckungsinitiative“ („Pacific Deterrence Initiative“, PDI) dar. Sie wurde im Zusammenhang mit einem Pentagon-Bericht mit dem Titel „Regain the Advantage“ Anfang 2020 noch unter Präsident Donald Trump aus der Taufe gehoben und sah zunächst für die Haushaltsjahre 2021 bis 2026 zusätzliche \$20 Mrd. für die Aufrüstung der indopazifischen Region vor. Im folgenden Jahr wurden dann vom Indopazifik-Kommando schon \$27 Mrd. für die Jahre 2022 bis 2027 beantragt (\$4,6 Mrd. für 2022).<sup>22</sup>

Der Antrag wurde im Fachblatt „Europäische Sicherheit & Technik“ folgendermaßen bewertet: „Die USA verstärken ihre Präsenz in der Region ohne eine fest formulierte Konzeption. Sie unterlegen die USA [sic] ihre Politik in diesem Interessengebiet mit Dollars. Das Indo-Pazifik Kommando der US-Streitkräfte legte jetzt eine Forderung [vor]. „Ohne eine gültige und überzeugende konventionelle Abschreckung ist China ermutigt, Maßnahmen in der Region und weltweit zu ergreifen, um die Interessen der USA zu schwächen, heißt es in dem zehnteiligen Dokument vom 27. Februar [2021].“<sup>23</sup> Trotz der üppigen Vorstellungen des INDOPACOM beschloss die neu ins Amt gekommene Biden-Regierung gleich einmal, den geforderten PDI-Betrag für das Jahr 2022 in ihrem eigenen Haushaltsantrag noch einmal um \$500 Mio. auf \$5,1 Mrd. aufzustocken.<sup>24</sup>

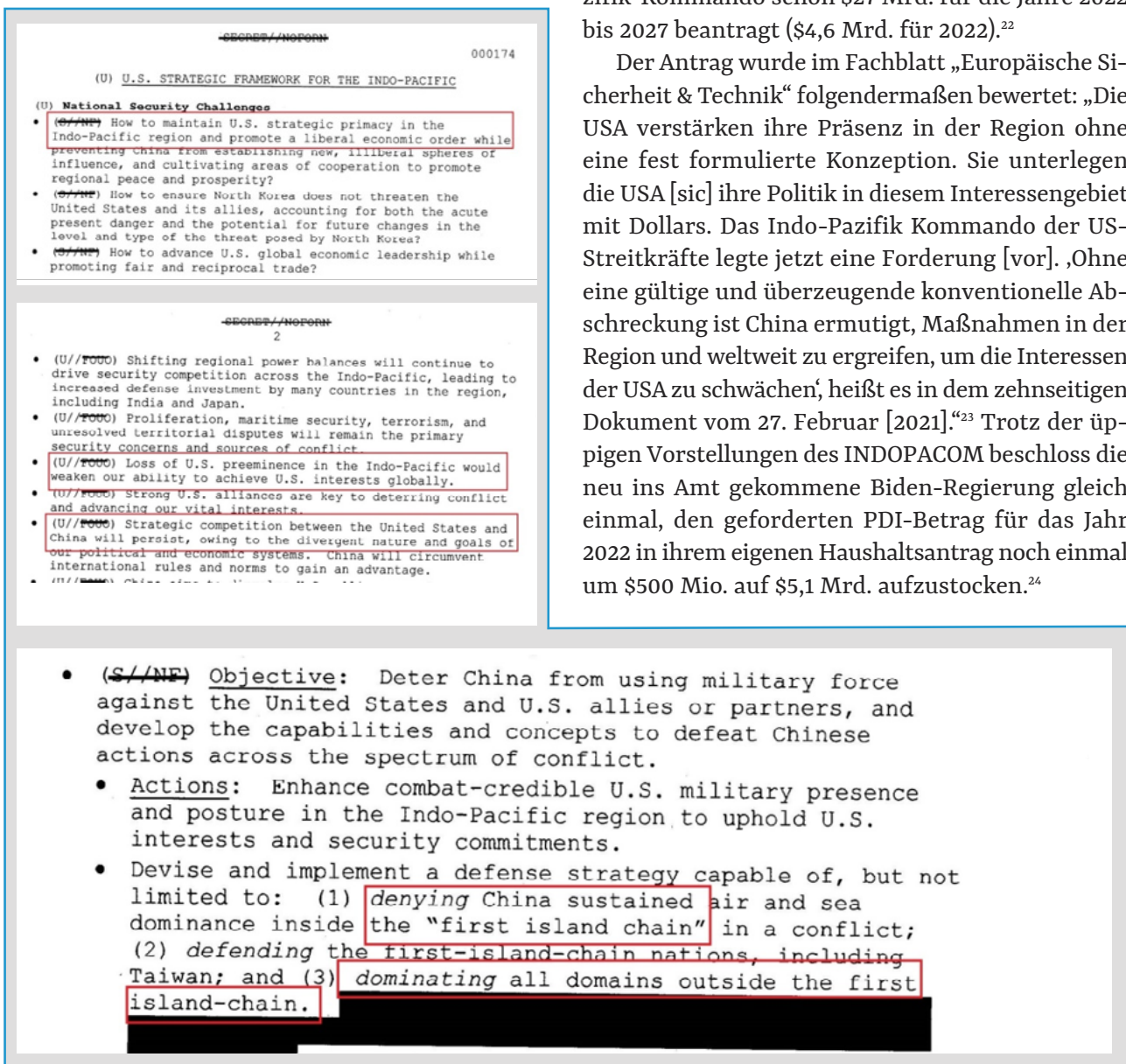
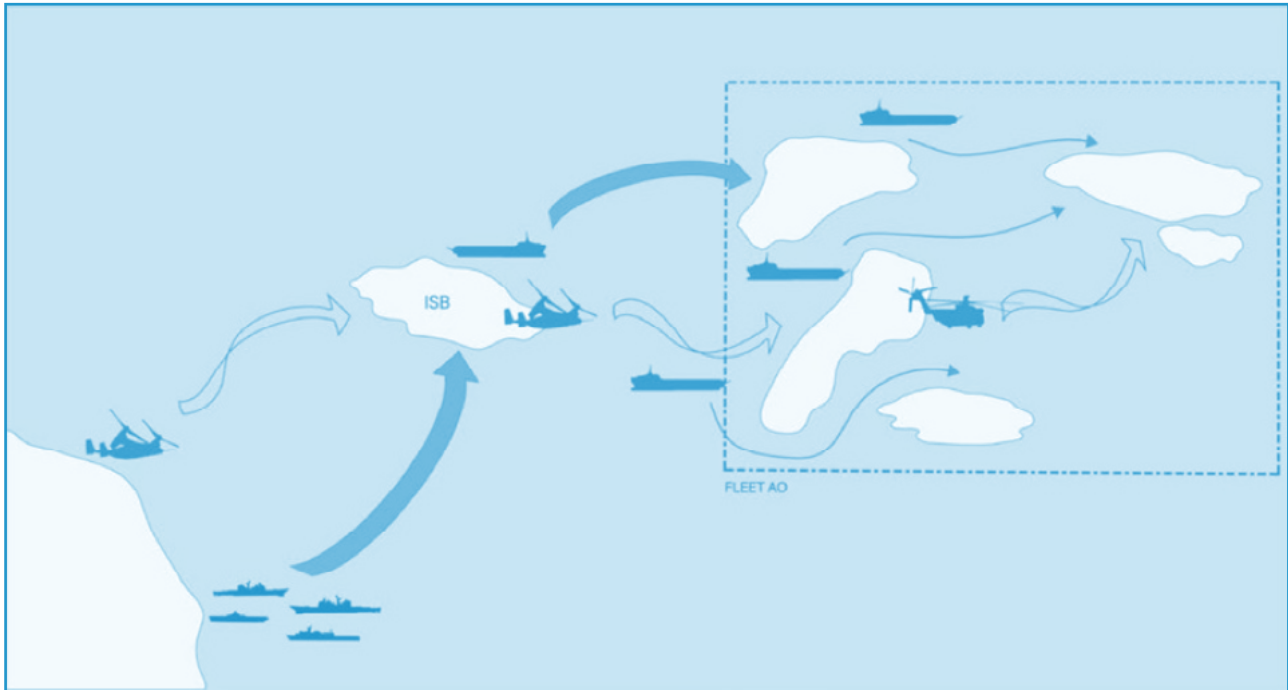


Abbildung 5: Auszüge aus dem „U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific“, das im Januar 2021 an die Öffentlichkeit gelangte.



Quelle: US Marine Corps / Public Domain

Abbildung 6: U.S. Marine Corps Grafik zum EABO-Inselhopping.

Bezahlt werden sollen davon unter anderem ein Luftabwehrsystem auf Guam (\$1,6 Mrd.) und ein Radarsystem auf Palau (\$200 Mio.), das in ein größeres weltraumbasiertes Radarsystem für die Region (\$2,3 Mrd.) integriert werden soll. Gleich \$4,67 Mrd. sind für Machtprojektion, Verteilung und Trainingseinrichtungen in der Region vorgesehen, Gelder, die sowohl in den USA als auch in den verbündeten Inselstaaten Mikronesien, Palau und den Marshallinseln verausgabt werden sollen.<sup>25</sup> Von besonderer Tragweite sind die beantragten \$3,3 Mrd. für landgestützte Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite über 500km. Ihre Anschaffung wäre bis kürzlich noch vom INF-Vertrag verboten gewesen, den die USA aber bekanntlich 2019 aufgekündigt hatten. Dadurch bestätigen sich auch Vermutungen, der Grund hierfür habe weniger in – tatsächlichen oder unterstellten – russischen Vertragsverletzungen gelegen als in dem Interesse, in Ostasien derartige Waffen stationieren zu können.<sup>26</sup> Auch US-Präsident Biden macht keine Anstalten, den Vertrag wiederbeleben zu wollen und so sind nun Milliardenbeträge für neue Kurzstreckenraketen beantragt, weil die USA, in den Worten des Indopazifik-Kommandos, „entlang der ersten Inselkette hochgradig überlebensfähige Netzwerke für Präzisionsschläge benötigen.“<sup>27</sup>

Kurz- und Mittelstreckenraketen spielen sowohl im Indo-Pazifik selbst wie auch in der relativ neuen

US-Einsatzdoktrin der „Mehrebenen-Operationen“ („Multi Domain Operations“, MDOs) eine wesentliche Rolle. Dabei handelt es sich um ein direkt aus der Nationalen Verteidigungsstrategie abgeleitetes im Dezember 2018 mit dem Dokument „The U.S. Army in Multi-Domain Operations 2028“ eingeführtes Konzept, von dem sich die US-Armee verspricht, die militärische Überlegenheit über China (und Russland) zu erlangen bzw. auszubauen. Auch wenn insgesamt viel Aufhebens um die MDOs gemacht wird, im Prinzip läuft das Konzept recht simpel darauf hinaus, dass eine optimale Schlagkraft dann entfaltet werden kann, wenn teilstreitkräfteübergreifend alle Fähigkeiten – Land, Luft, Maritim, Cyber und Weltraum – vernetzt und mit hohem Tempo zum Einsatz gebracht werden können. Dementsprechend sollen auch vernetzte Einheiten – Multi-Domain Task Forces (MDTFs) – aufgestellt werden, von denen insgesamt fünf geplant sind – zwei davon sind für den Indo-Pazifik vorgesehen. Bei der Stiftung Wissenschaft und Politik lässt sich nachlesen, dass Raketensysteme unterschiedlicher Reichweiten in diesen Einheiten eine wichtige Rolle spielen sollen: „Diese Task-Forces werden sich nach den Plänen des Heeres aus mehreren Bataillonen zusammensetzen, darunter einem mit weitreichender Artillerie, Raketen oder Marschflugkörpern.“<sup>28</sup>

Aus einer ersten „Test-MDTF“ lässt sich ersehen, dass hier bis zu drei in Entwicklung befindliche Ra-

ketensysteme integriert werden sollen, die bis 2019 noch vom INF-Vertrag verboten gewesen wären: HIMARS, MRC und LRHW. Für das Raketen-Abschussystem HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) befindet sich aktuell eine Boden-Boden-Rakete (Precision Strike Missile, PrSM) mit einer Reichweite über 500km in Entwicklung, deren vorläufige Einsatzbereitschaft 2025 erreicht werden soll. Bei MRC (Mid Range Capability) bzw. Typhoon handelt es sich um ein Abschussystem, das unterschiedliche Raketen mittlerer Reichweite wie Tomahawk-Marschflugkörper abfeuern kann. In Entwicklung befindet sich hierfür auch die Standard Missile (SM)-6, für die Lockheed Martin bislang 339 Mio. Dollar erhielt, um bis 2023 einen Prototypen mit einer Reichweite zwischen 500km und 1.500km fertig zu stellen. Für rund 700 Mio. wurde außerdem Dynetics und wiederum Lockheed Martin mit der Entwicklung einer Überschallwaffe (LRHW) beauftragt. Die Dark Eagle genannte Waffe soll ebenfalls als Prototyp 2023 zur Verfügung stehen und könnte bis zu fünffache Schallgeschwindigkeit bei einer Reichweite von über 2700km erreichen.<sup>29</sup> Auch hier steht die Biden-Regierung für Kontinuität, spielen die Mehrebenen-Operationen in ihrer Ende November 2021 veröffentlichten „Global Posture Review“ doch eine wichtige Rolle – ebenso wie generell die Auseinandersetzungen mit China im Allgemeinen und der Indo-Pazifik im Besonderen.<sup>30</sup>

Augenscheinlich denkt die Biden-Administration auch über die Aufstellung einer ständigen US-Marine-Einsatzgruppe für den Pazifik nach, indem die 1. Flotte reaktiviert werden soll.<sup>31</sup> Allein für den Neubau von Schiffen beantragte die Marine für 2022 \$18,1 Mrd., wobei auch hier der Blick auf China laut einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses die Richtung vorgibt. Es würden perspektivisch weniger große Einheiten wie Flugzeugträger und dafür mehr kleinere Schiffe wie Fregatten oder Korvetten sowie unbemannte Einheiten aufgebaut: „Die Spitzen von Marine und Pentagon sind der Ansicht, dass eine Verlagerung hin zu einer großflächiger verteilten Flottenarchitektur operativ erforderlich ist, um effektiv auf die wachsenden maritimen Fähigkeiten zur Zugangs- und Raumkontrollverweigerung anderer Länder, insbesondere Chinas, zu reagieren.“<sup>32</sup> Diese Flottenarchitektur leitet sich aus den „Expeditionary Advanced Base Operations“ (EABO) ab, die auf agile und weit verstreute Truppen setzen, die für den

Gegner schwer anvisierbar sein sollen. Dies soll es ermöglichen, sich per „Inselhopping“ Schritt für Schritt im Indo-Pazifik vorankämpfen zu können (siehe Abbildung 6).<sup>33</sup>

Als EABO-Übung im großen Stil wurde zum Beispiel die „Large Scale Exercise 2021“ angekündigt<sup>34</sup>: „Die Vereinigten Staaten proben den nächsten Weltkrieg. ‚Large Scale Exercise‘ (LSE) heißt das weltumspannende Manöver, das am 3. August [2021] gestartet worden war [...]. Sein Übungsgebiet erstreckte sich über 17 Zeitzonen. Das Ziel: ‚eine Botschaft an Russland und China zu senden‘, so beschrieb es vor kurzem das US-Militärblatt Stars and Stripes, ‚dass Amerika gleichzeitig Aggressionen an mehreren Fronten beantworten kann‘ [...]; insgesamt nahmen mehr als 25.000 Militärs, 36 Kriegsschiffe und mehr als 50 virtuelle Einheiten teil.“<sup>35</sup>

Insgesamt haben Manöver, in denen verschiedene Facetten im Kontext von Großmachtkriegen eingeübt werden, enorm zugenommen und bilden mittlerweile wieder den Schwerpunkt der US-Übungen.<sup>36</sup> Die indopazifische Region wird hier ganz besonders bedacht, so fand im August 2021 etwa „Talisman Sabre“ mit 17.000 SoldatInnen in Australien statt: „Talisman Sabre 2021 umfasst amphibische Angriffe, die Bewegung von schweren Fahrzeugen, den Einsatz von scharfer Munition sowie den Einsatz von US-Atomschiffen und atomwaffenfähigen Schiffen.“<sup>37</sup> Kurz zuvor, Ende Juli 2021, wurde auf Guam das Landkriegsmanöver „Forager 2021“ mit 4.000 SoldatInnen der US-Armee abgehalten: „Forager 2021 testet die Fähigkeit der Armee, Personal und Ausrüstung schnell zu verlegen, um Macht ‚im pazifischen Raum zu projizieren.“<sup>38</sup>

Um Machprojektion und die schnelle Verlegung großer Truppenkontingente geht es vor allem auch bei „Defender Pacific“, einem seit 2020 jährlich stattfindenden Großmanöver. Die Übung findet abwechselnd in einer großen und kleinen Version statt, wobei „klein“ für die 2020er Variante auch ein relativer Begriff ist. So hatte das Manöver Defender Pacific 2020 seinen Ausgangspunkt zunächst einmal in den USA. Laut Aussagen von John Johnson, damals Kommandeur der US Army Pacific, war es das Ziel, ab September 2020 innerhalb von 30 bis 45 Tagen 12.000 SoldatInnen von den USA nach Ostasien zu verlegen. Was das Szenario anbelangte, gab Johnsons Vorgänger, Robert Brown, noch kurz vor seiner Verrentung an: „Sie [die US-Truppen] werden vor die Herausforderung gestellt, zum Pazifik zu gelangen,

wo die dem Pazifik zugeordneten Einheiten bereits stationiert sind. Und wir werden nicht nach Korea gehen, wir werden tatsächlich in ein Szenario im Südchinesischen Meer gehen, in dem wir uns in der Gegend um das Südchinesische Meer befinden werden.“<sup>37</sup> Für Defender Pacific 2021 wurden dann \$364 Mio. beantragt und es sollten 30.000 SoldatInnen verlegt werden, womit die Pazifikvariante sogar noch ein wenig kostspieliger gewesen wäre als ihr gegen Russland gerichtetes EU-Pendant „Defender Europe“.<sup>39</sup> Allerdings musste das Manöver coronabedingt deutlich abgespeckt werden.<sup>40</sup>

Eine letzte Manöverart sind „Operationen zur Freiheit der Schifffahrt“ – bei diesen FONOPs („Freedom of Navigation Operations“) dringen die USA bewusst und ungefragt in Gebiete ein, in denen China aus seiner Sicht die Hoheit ausübt und Erlaubnis erteilen müsste. Während mit den FONOPs

**„Insgesamt haben Manöver, in denen verschiedene Facetten im Kontext von Großmachtkriegen eingeübt werden, enorm zugenommen und bilden mittlerweile wieder den Schwerpunkt der US-Übungen.“**

bereits unter Obama in noch geringer Zahl begonnen wurde, nahmen sie mit 28 solchen Manövern in der Amtszeit von Donald Trump sprunghaft zu. In den ersten Monaten unter Joseph Biden kamen zwischen Februar und Juli 2021 weitere vier hinzu.<sup>41</sup> Ein Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ bewertet die FONOPs folgendermaßen: „Vor allem wenn sie besonders große oder leistungsfähige Waffensysteme umfassen, wohnt den ‚Freedom of Navigation‘-Operationen eine weitergehende Symbolik inne: Sie sind dann ein Zeichen dafür, dass man grundsätzlich willens und in der Lage ist, militärische Gewalt in einem Maße anzuwenden, dem die andere Seite nicht gewachsen ist.“<sup>42</sup>

Die FONOPs bergen sicherlich mit das größte Eskalationspotenzial unter den zahlreichen US-Militarisierungsmaßnahmen. Sie müssen zudem im Zusammenhang mit der US-Strangulierungsstrategie gesehen werden, da sie dazu gedacht sind, chinesische Gegenmaßnahmen zu durchkreuzen. Selbst sonderlich pro-chinesischer Positionen unverdächtige Personen wie George Friedman, der langjährige Chef des privaten und mit guten Kontakten zur CIA ausgestatteten Nachrichtendienstes „Strategic Forecast“, räumt ein, dass diese US-Ambitionen für China eine ernste Bedrohung darstellen: „Aus militärischer Sicht ist China in einer schwierigen Lage. Es ist eine Handelsnation und benötigt einen Zugang zu den Weltmeeren. Seine wichtigen Häfen sind an seiner Ostküste. Seine wesentliche Befürchtung besteht darin, dass die USA oder irgendeine andere dazu fähige Macht diese Häfen blockiert, dadurch Importe und Exporte unmöglich macht und die Wirtschaft schwer beschädigt. Die Vereinigten Staaten verfügen über die Luft- und Seemacht, um diese Häfen abzuschneiden und sie werden von einer großen Koalition unterstützt: China beabsichtigt keinen großen Krieg, den es verlieren könnte. Aber es braucht einen Hebel, um die USA davon abzuhalten, eine Reihe von Aktionen in Gang zu setzen, die China nicht tolerieren könnte.“<sup>43</sup>

Die USA haben unter anderem damit einen Rüstungswettlauf ausgelöst, den China zumindest in Teilen mitmacht, was wiederum regionale Konflikt-dynamiken befeuert und so das ohnehin bereits hohe Eskalationspotenzial immer weiter vergrößert (siehe Kapitel 7). Es ist daher alles andere als unbedeutend, dass auch Washingtons Verbündete diesen Kurs zunehmend unterstützen, anstatt auf eine Kursänderung zu drängen, wie in den folgenden Kapiteln ausgeführt wird.

1 Zahlen nach der Datenbank des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI.

2 O'Rourke 2021a, S. 15.

3 Tooze, Adam: The new age of American power, New Statesman, 09.09.2021.

4 Sommer, Theo: Der Westen muss eine Haltung zu China finden, Zeit Online, 03.08.2021.

5 Hicks, Kathleen: Remarks on President Biden's Fiscal Year 2022 Defense Budget Request, 28.05.2021.

6 Umstrittener Pentagon-Etatantrag vorgelegt, Europäische Sicherheit & Technik, 20.07.2021.

- 7 Eine ausführliche Liste über Pentagon-Beschaffungen, die im Kontext mit der Konkurrenz zu China stehen, findet sich bei O'Rourke 2021a, S. 12f.
- 8 Lieber, Keir/Press, Daryl: The New Era of Counterforce, in: International Security, Frühjahr 2017, S. 9-49.
- 9 Tucker, Patrick: Estimated Cost of US Nuclear Modernization Jumps During More Expensive Phase, defenseone.com, 24.05.2021.
- 10 Seligman, Lara u.a.: Biden goes 'full steam ahead' on Trump's nuclear expansion despite campaign rhetoric, Politico, 02.06.2021.
- 11 O'Rourke, Ronald: Navy Force Structure and Shipbuilding Plans, CRS, 03.08.2021, S. 7 (zit. als O'Rourke 2021b).
- 12 „In seinem ersten Telefonat mit Chinas Staatschef Xi Jinping hat der neue US-Präsident Joe Biden einen unverändert harten Kurs der USA gegenüber China zu erkennen gegeben. Im Gegenzug warnte ihn Chinas Präsident vor einer ‚Konfrontation‘, ‚die definitiv katastrophal für beide Länder und die Welt ist‘, berichtete die Staatsagentur Xinhua. [...] Biden setzte sich zudem für einen ‚freien und offenen Indo-Pazifik‘ ein.“ (Biden macht China Druck, tagesschau.de, 11.02.2021)
- 13 Mergener, Hans Uwe: Australien: Raus aus französischem U-Bootbauprogramm – rein in AUKUS, Europäische Sicherheit & Technik, 15.09.2021.
- 14 U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific, usni news 15.01.2021.
- 15 U.S. Strategic Framework for the Indo-Pacific, veröffentlicht am 05.01.2021. Auch hier spiegeln sich deutlich die Grundannahmen aus der Defense Planning Guidance von 1992 wider, derzufolge der Aufstieg eines Rivalen am besten durch die Kontrolle seines Hinterhofs verhindert (oder wenigstens gebremst) werden kann. Kritisch dazu Goldstein, Lyle: The Indo-Pacific Strategy Is a Recipe for Disaster, lawfareblog.com, 18.02.2021.
- 16 Soltz, Ingar: Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen Nr. 62, Juni 2020, S. 22ff.
- 17 „Zwischen dem, was zum Beispiel die USA und die ASEAN-Staaten meinen, wenn sie die Bezeichnung ‚Indo-Pazifik‘ gebrauchen, liegen große Unterschiede. Der FOIP der Regierung Trump richtet sich dezidiert gegen den wachsenden Einfluss Chinas in der Region und zielt auf dessen Eindämmung ab, während der AOIP der ASEAN-Staaten China direkt miteinbezieht. [...] Mit Ausnahme der USA ist zudem allen Akteuren gemein, dass sie eine Versicherheitlichung des Indo-Pazifik, vor allem mit Blick auf seine wirtschaftliche Dimension, direkt oder indirekt ablehnen.“ (Heiduk/Wacker 2020, S. 17 und 30). Siehe auch Denisov, Igor: Russia, China, and the concept of Indo-Pacific, in: Journal of Eurasian Studies, Nr. 1/2021, S. 72-85, S. 72.
- 18 About USINDOPACOM: <https://www.pacom.mil/About-USINDOPACOM/>
- 19 Wikipedia: United States military deployments (Stand 21. Juni 2021).
- 20 Dickstein, Corey: \$8.5 billion annual cost to keep US troops in Japan, South Korea ensures regional stability, American security, GAO says, stripes.com, 17.03.2021.
- 21 Bowman, Bradley/Praiswater, Shane: Guam needs Aegis Ashore, warontherocks.com, 25.08.2020.
- 22 Gould, Joe: Eyeing China, Indo-Pacific Command seeks \$27 billion deterrence fund, defenseneews.com, 02.03.2021.
- 23 Mergener, Hans Uwe: Deutschland macht als global agierende Handelsnation ernst: eine Fregatte nimmt Kurs auf den Indo-Pazifik, Europäische Sicherheit & Technik, 03.03.2021.
- 24 Pacific Deterrence Initiative: Department of Defense Budget Fiscal Year (FY) 2022, Office of the Under Secretary of Defense (Comptroller), Mai 2021.
- 25 Trevithick, Joseph: This Is The Pentagon's \$27 Billion Master Plan To Deter China In The Pacific, thedrive.com, 05.03.2021.
- 26 Siehe Wagner, Jürgen: RIP INF. Das Ende des INF-Vertrags und das neue Wettrüsten, in: AUSDRUCK (Oktober 2019), S. 25-26.
- 27 Gould 2021.
- 28 Overhaus, Marco: Die Global Posture Review der Biden-Administration, SWP-Aktuell, Dezember 2021, S. 4.
- 29 Wagner, Jürgen: Die neue Nachrüstung, IMI-Analyse 2021/46.
- 30 Overhaus 2021.
- 31 Als Hauptquartier wird über das australische Darwin spekuliert. Siehe Yumin, Hu: US likely to boost military presence in Indo-Pacific, China Daily, 15.05.2021.
- 32 O'Rourke 2021b, S. 5.
- 33 McLeary, Paul: Historic Marine Plan to Reinvent The Corps, breakingdefense.com, 01.04.2021.
- 34 Eckstein, Megan: Massive 2021 U.S. Naval Drills Will Include Multiple Carriers and Amphibious Ready Groups, USNI NEWS, 03.12.2020.
- 35 Kronauer, Jörg: Planspiel Weltkrieg, junge Welt, 21.08.2021.
- 36 Lee, Connie: U.S. Military Re-Emphasizing Large Warfighting Exercises, ASC NEWS, 12.09.2020.
- 37 Wright, Ann: USA bereitet den Krieg gegen China vor, in: Zeitung gegen den Krieg, Nr. 49/2021.
- 38 Ebd. Vor allem soll es bei Forager darum gegangen sein, Macht von der zweiten zur ersten Inselkette zu projizieren. Siehe Judson, Jen: Army reshapes Defender Pacific to bolster joint focus, defenseneews.com, 11.10.2021.
- 39 Judson, Jen: Humanitarian assistance? Regional security? Whatever the scenario, Defender Pacific isn't a war game, says general, defenseneews.com, 15.10.2019.
- 40 Cole, William: The Army is fanning out across the Pacific to make friends and counter China, taskandpurpose.com, 29.01.2020; Judson, Jen: US Army wants \$364 million for Defender Pacific in FY21, warmilitary.com, o.J.
- 41 Judson, Jen: Army reshapes Defender Pacific to bolster joint focus, defenseneews.com, 11.10.2021.
- 42 O'Rourke 2021b, S. 36ff. Augenscheinlich zählt diese Quelle keine Fahrten durch die Taiwan-Straße dazu, was andere durchaus tun und dadurch auf deutlich mehr FONOPs kommen: „Unterdessen hat ebenfalls diese Woche der US-Lenkwaffenzerstörer ‚USS Benford‘ die Taiwan-Straße zwischen dem Ost- und dem Südchinesischen Meer passiert – sehr zum Missfallen der Staats- und Parteiführung in Peking. Dies war in diesem Jahr bereits der siebente Transit eines US-Kriegsschiffes zwischen den Küsten der Volksrepublik China und der Republik China auf Taiwan.“ (Portugall, Gerd: Deutsche Fregatte läuft in Indo-Pazifik, Behördenspiegel, 30.07.2021)
- 43 Becker, Christian: Große Statussorgen um kleine Inseln: militärische Symbolpolitik im Süd- und Ostchinesischen Meer, SWP-Studie, Februar 2017, S. 13.
- 41 Friedman, George: Speculating on China and Cuba, geopolitical-futures.com, 16.02.2021.

## 4. Die alten Kolonialmächte: Großbritannien und Frankreich

Als „alteingesessene“ Kolonialmächte haben Großbritannien und Frankreich seit eh und je ein großes Interesse an der indopazifischen Region. Doch auch bei diesen beiden Ländern lässt sich in den letzten Jahren eine deutliche Verschärfung in Richtung eines anti-chinesischen Kurses beobachten. Auch hier ist dies alles natürlich nicht uneigennützig, wie unter anderem in der FAZ mit dem Verweis angemerkt wurde, aus diesem Grund müsse sich auch Deutschland mehr engagieren: „Ziel von Briten und Franzosen ist es, von einem Trend der Geopolitik zu profitieren: Der Rückverlagerung des globalen Handels von der westlich-atlantischen Hemisphäre nach Asien, in den Indo-Pazifik. [...] Beide wollen sich den Indo-Pazifik-Staaten als Partnermacht gegen Sicherheitsrisiken empfehlen, vor allem mit Blick auf China. [...] Das dortige Hauptvorhaben der Briten [ist es] mittels mehr sicherheitspolitischen Engagements Handelsvorteile außerhalb der EU zu erlangen.“<sup>1</sup>

### 4.1 Großbritannien: Auf den Spuren des Empire

Mit der Ende der 1960er angeordneten und bis 1971 vollzogenen Schließung einer Reihe von Militärbasen im Mittleren Osten galt nach allgemeinem Verständnis der Untergang des British Empire bzw. seine Ablösung durch die USA als besiegelt. Dieser Stachel sitzt augenscheinlich noch bis heute tief und immer wieder werden Forderungen erhoben, den verlorenen Boden wieder gut zu machen. Eine überaus prominente Stimme in diese Richtung mel-

dete sich mit dem „Royal United Services Institute“ (RUSI) bereits im Jahr 2013 zu Wort, das damals in einem breit in Großbritannien debattierten Papier forderte, der militärische „Fußabdruck“ müsse „östlich von Suez“ wieder vergrößert werden.<sup>2</sup>

Zunehmend prominent wurde diese Forderung unter dem Schlagwort „Global Britain“, mit dem insbesondere nach der Brexit-Entscheidung der britischen Bevölkerung der Ausbau der militärischen Präsenz sozusagen als Flucht nach vorne – und zwar primär in Richtung Ostasien – schmackhaft gemacht werden sollte. Hinter diesen Bestrebungen stehen Motive, die zusammen einen toxischen Mix ergeben, der vor allem die Gefahr von Konflikten mit China deutlich vergrößert. In einem Bericht der „Henry Jackson Society“, die maßgeblich Einfluss auf die Ausgestaltung von Global Britain genommen hat<sup>3</sup>, wird die Notwendigkeit einer umfassenden Militärpräsenz im Indo-Pazifik folgendermaßen begründet: „Erstens, und am wichtigsten, verteidigt das Vereinigte Königreich die Regelbasierte Weltordnung und China scheint der wahrscheinlichste – und fähigste – Kandidat, um sie in einer Weise radikal zu ändern, die nicht im britischen Interesse ist. Und zweitens ist seine [Chinas] Militarisierung des Südchinesischen Meeres, einer zentralen Handelsroute, nicht nur ein Symptom für die Herausforderung dieser Regelbasierten Ordnung; sie kollidiert auch direkt mit britischen Handelsinteressen (etwa 12% des britischen Handels durchquert diese Wasserstraße).“<sup>4</sup>

Im März 2021 wurden schließlich mit dem Bericht „Global Britain in a Competitive Age“ die Er-



gebnisse eines Anfang 2020 begonnenen Überprüfungsprozesses („integrated review“) veröffentlicht, der die Richtung der britischen Außen- und Militärpolitik für die nächsten Jahre vorgeben soll. Schon im Herbst 2020 hatte Premierminister Boris Johnson angekündigt, dem Militärhaushalt von damals 46 Mrd. Pfund innerhalb der nächsten vier Jahre zusätzliche 16,5 Mrd. Pfund zuschustern zu wollen.<sup>5</sup> Nicht von ungefähr sprach dann der Überprüfungsbericht stolz vom „größten Investitionsprogramm seit dem Ende des Kalten Krieges.“<sup>6</sup> Investiert werden soll unter anderem in den Ausbau des Atomwaffenarsenals, indem die Obergrenze der Atomsprengköpfe wieder auf 260 angehoben werden soll.<sup>7</sup> Außerdem soll mit 6,6 Mrd. Pfund ein Großteil des Geldes ähnlich wie in den USA in die Erforschung neuer KI-Kriegstechnologien fließen.<sup>8</sup> Und auch hier stellt China und der Indo-Pazifik eine wesentliche Triebfeder für die britischen Bemühungen dar, wie aus dem Bericht „Global Britain in a Competitive Age“ deutlich wird: „Der internationale Kontext ist geprägt von geökonomischen und geopolitischen Veränderungen, wie Chinas zunehmend forsches Vorgehen und der wachsenden Bedeutung des Indo-Pazifiks; durch Systemkonkurrenz, zwischen Staaten und zwischen demokratischen und autoritären Werten und Regierungssystemen; [und] durch raschen technologischen Wandel. [...] Die weitreichenden Auswirkungen der chinesischen militärischen Modernisierung sowie sein zunehmender Durchsetzungswille in der indopazifischen Region stellen ein wachsendes Risiko für die Interessen Großbritanniens dar.“<sup>9</sup>

Ungeachtet des Teilrückzugs Anfang der 1970er unterhielt Großbritannien ohnehin weiter eine Reihe von Militärbasen rund um den Globus – etwa auf den Falklandinseln, Zypern, Gibraltar und eben auch im Indischen Ozean (Diego Garcia). Deutliche indopazifische Aufrüstungstendenzen zeigten sich dann ab 2018 während der Amtszeit des damaligen Verteidigungsministers Gavin Williamson. Als Begründung nannte er dabei in entlarvender Offenheit den Zusammenhang von ökonomischen Interessen im Indo-Pazifik und ihrer „notwendigen“ militärischen Absicherung: „Wir sind der zweitgrößte Auslandsinvestor in dieser Region. Wenn wir also dort ökonomische Interessen haben, haben wir dort auch

militärische Interessen.“<sup>10</sup> In diesem Sinne hatte der britische Verteidigungsminister bereits Ende 2018 angekündigt, zwei neue Militärbasen, eine in der Karibik und eine im Indo-Pazifik, errichten zu wollen. Als mögliche Standorte nannte er „Singapur oder Brunei im Südchinesischen Meer und Montserrat oder Guyana in der Karibik.“<sup>11</sup>

Schon im Februar und Juni 2018 wurden zudem die britischen Fregatten HMS Sutherland und HMS Argyll zwischenzeitlich ins Südchinesische Meer entsandt. Darüber hinaus kündigte Williamson im Februar 2019 die beschleunigte Anschaffung neuer Schiffe für küstennahe Gefechtsführung („Littoral Strike Ships“) an, die insbesondere für Einsätze in der indopazifischen Region gedacht sind.<sup>12</sup> Im Juli 2021 oblag es dann einem seiner Nachfolger, Ver-

## Als „alteingesessene“ Kolonialmächte haben Großbritannien und Frankreich seit eh und je ein großes Interesse an der indopazifischen Region.

teidigungsminister Ben Wallace, zu vermelden, künftig würden zwei britische Kriegsschiffe dauerhaft im Indo-Pazifik Präsenz zeigen.<sup>13</sup>

Bemerkenswert war darüber hinaus auch schon Williamsons Aussage in einer Grundsatzrede im Februar 2019, die britische Basis Duqm im Oman als Sprungbrett für den Indo-Pazifik – insbesondere für Flugzeugträger – nutzen zu wollen: „Wir werden die Kette unserer globalen Logistikstützpunkte und Militärbasen strategischer nutzen [...], um dauerhaft harte und weiche Macht projizieren zu können. Die Hafenanlagen in Duqm im Oman sind groß genug, um unsere Flugzeugträger unterstützen zu können. [...] Und heute kann ich ankündigen, dass die erste Einsatzmission der HMS Queen Elizabeth das Mittelmeer, den Mittleren Osten und die pazifische Region einschließen wird.“<sup>14</sup> Im Mai 2021 war es dann soweit, als der Stolz der britischen Marine in Richtung Indo-Pazifik ablegte und von Presseberichten wie dem folgenden begleitet wurde: „Vor einem halben Jahrhundert zog sich die Marine Grossbritanniens aus dem Fernen Osten zurück. Nun macht sich aber als Tatbeweis der Neuori-



Quelle: US Navy / flickr.com

Abbildung 7: Der britische Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth im Juli 2021 bei der Betankung im Südchinesischen Meer.

entierung der britischen Sicherheitspolitik erstmals wieder ein Flottenverband der Royal Navy auf den Weg Richtung Asien. [...] Neu ist, dass nun ein grosser Flottenverband wieder in jene Regionen fährt, die Grossbritannien im Rahmen seines Rückbaus der Überseepräsenz („East of Suez“) ab 1967 verlassen hat. Diese Demonstration der Stärke ist nicht nur Ausdruck der neuen Sicherheitspolitik, sondern auch eines neuen Selbstbewusstseins. [...] Die Einsatzfahrt der Kampfgruppe „Queen Elizabeth“ ist ein deutliches Signal an verschiedene Staaten im Mittleren und Fernen Osten und dort vor allem an China. [...] Diese Unterstützung wird auch eine Entlastung für die USA bedeuten, die im Grossraum Indopazifik mit der Siebten Flotte der US Navy ohnehin überdehnt und am Limit ihrer Möglichkeiten sind.“<sup>15</sup>

#### 4.2 Frankreich: EU-Brückenkopf im Indo-Pazifik

Während der Verdacht bei Großbritannien nahe liegt, lässt sich Frankreich bestimmt nicht nachsagen, es würde in seiner China-Strategie pflichtschuldig den USA hinterherhecheln. Dennoch hat

auch Paris seine Gangart in den letzten Jahren deutlich verschärft. Niederschlag findet dies wie überall zunächst einmal im Militärhaushalt, der sich von

**„Auch in Frankreich wird in Sachen Militärausgaben - neben dem Interesse an einer weiteren Kontrolle der Frankophonie - nicht zuletzt auch auf China und die neue Systemkonkurrenz als Triebfeder bzw. Rechtfertigung verwiesen.“**

€39,2 Mrd. 2010 auf €46,2 Mrd. im Jahr 2020 erhöhte<sup>16</sup> und gemäß der Militärplanung bis 2025 auch deutlich weiter steigen soll.<sup>17</sup>

Auch in Frankreich wird in Sachen Militärausgaben – neben dem Interesse an einer weiteren Kontrolle der Frankophonie – nicht zuletzt auch auf China und die neue Systemkonkurrenz als Triebfeder bzw. Rechtfertigung verwiesen. Dabei wird eine besondere Betonung auf die „Verantwortung“ als ehemalige Kolonialmacht und die weiter großen wirtschaftlichen Interessen in der indopazifischen Region gelegt. Als erstes europäisches Land veröffentlichte Frankreich im Mai 2019 ein eigenes Strategiepapier für die Region namens „France and Security in the Indo-Pacific“, dem 2021 die aktualisierte Version „France’s Indo-Pacific Strategy“ folgte. Darin wird in der inzwischen leider üblichen Form einer neuen Systemkonkurrenz das Wort geredet: „Die Vereinigten Staaten und China sind in eine globale strategische Konfrontation verstrickt, bei der der wichtigste Schauplatz im Indo-Pazifik liegt. Während der Schwerpunkt dieser Rivalität anfangs auf Wirtschaft und Technologie lag, hat sie nun auf den militärischen Bereich übergegriffen und wird mittelfristig nahezu alle regionalen strategischen Fragen entscheiden.“<sup>18</sup>

Frankreich selbst könne hier nicht abseits stehen, so der Tenor des Papiers, schließlich beherrsche französisches Hoheitsgebiet von 465.422km<sup>2</sup> ungefähr 1,6 Mio. französische BürgerInnen. Die Strategie hebt weiter auf die große Bedeutung des Indo-Pazifik für die globale Wirtschaft als auch speziell für Frankreich ab: 2019 hatten 18% der französischen Importe ihren Ursprung im Indo-Pazifik, in den das Land 14% seiner gesamten Waren exportierte.<sup>19</sup> Es ist deshalb gut möglich, dass mit einer erhöhten Militärpräsenz auch der Handel mit der Region ausgebaut werden soll, wie manche Beobachter vermuten.<sup>20</sup> Auch den ohnehin schon nicht zu vernachlässigenden französischen Waffenverkäufen dürfte es nicht schaden, wenn sich Paris im Indo-Pazifik als starker Akteur präsentiert. Aussagen des französischen Konteradmirals Jean-Mathieu Rey können jedenfalls in solche Richtungen gedeutet werden: „In einem strategischen Zusammenhang, der sich auf die wachsende Konkurrenz zwischen den USA und China konzentriert, könnte Frankreich dank seines ständigen Sitzes im US-Sicherheitsrat und seiner militärischen Kräfte und

seiner Hoheitsgebiete, die sich permanent im Indo-Pazifik befinden, [...] eine ernsthafte Alternative für viele Länder in Südostasien darstellen.“<sup>21</sup>

Als einziges EU-Land hat Frankreich derzeit etwa 7.000 SoldatInnen permanent in der Region stationiert, hinzu kommen noch 15 Kriegsschiffe und 38 Flugzeuge.<sup>22</sup> Außerdem entsendet Frankreich immer häufiger zusätzliche Kriegsschiffe in die Region, um an diversen Machtdemonstrationen und Manövern teilzunehmen, wie allein eine Liste der ersten Monate des Jahres 2021 zeigt: „Von Ende März bis Anfang Juni dieses Jahres wurde das dortige Aufgebot durch den nuklear angetriebenen

## „Als einziges EU-Land hat Frankreich derzeit etwa 7.000 SoldatInnen permanent in der Region stationiert.“

Flugzeugträger ‚Charles de Gaulle‘ und das Atom-U-Boot ‚Émeraude‘ verstärkt, wie auch durch weitere Kampfflugzeuge (darunter vier Rafale-Jets und ein A330-Tankflugzeug), und die amphibische Operationseinheit ‚Jeanne d’Arc‘, mit dem Hubschrauberträger ‚Tonnerre‘ und der Tarnkappenfregatte ‚Surcouf‘. All diese Einheiten waren an einer Reihe gemeinsamer Militärübungen mit den USA, Australien, Japan und Indien beteiligt.“<sup>23</sup> Diese Manöver deuten in Kombination mit Passagen im aktuellen Indo-Pazifik-Strategiepapier, denen zufolge Frankreich auch mit militärischer Präsenz „auf die Einhaltung internationalen Rechts und die Freiheit der Schifffahrt drängen“ wolle<sup>24</sup>, darauf hin, dass in dieser Frage eine weitreichende Übereinstimmung mit den rechtlichen Auslegungen der amerikanischen und britischen Seite existiert.

Auf der anderen Seite belegen allerdings die schweren Konflikte um das AUKUS-Abkommen im September 2021, dass sich die westlichen „Verbündeten“ durchaus auch als Konkurrenten um Einfluss und Profite in der Region begreifen (siehe Kapitel 6.5). Jedenfalls hatte Frankreich sich bereits zuvor entschieden, sich für die Erarbeitung einer robusteren EU-Indo-Pazifik-Strategie einzusetzen – und ebenfalls bereits zuvor wusste es hier Deutschland mit im Boot.

- 1 Müller, Björn: Europäische Flugzeugträger im Pazifik, FAZ, 28.01.2019.
- 2 Stansfield, Gareth/Kelly, Saul: A Return to East of Suez? UK Military Deployment to the Gulf, RUSI Briefing Paper, April 2013. Siehe dazu ausführlich Wagner, Jürgen: Empire Redux? Großbritannien will erneut die imperiale Bürde „östlich von Suez“ schultern, in: AUSDRUCK (Juni 2013), S. 25-27.
- 3 Siehe zur Rolle der Henry Jackson Society Wagner, Jürgen: Rule Britannia? Brexit, Global Britain und Post-imperiale Hybris, IMI-Studie 2019/02.
- 4 Hemmings, John: Global Britain in the Indo-Pacific, Henry Jackson Society, 22.05.2018.
- 5 Pidd, Helen: UK defence: £16.5bn enough to modernise armed forces, says minister, The Guardian, 19.11.2020.
- 6 Global Britain in a Competitive Age, the Integrated Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy, Presented to Parliament by the Prime Minister by Command of Her Majesty, März 2021, S. 4.
- 7 Ebd., S. 76.
- 8 Ebd., S. 38.
- 9 Ebd., S. 25 und 29.
- 10 We are opening new overseas bases to boost Britain, The Independent, 30.12.2018. Es wurde erwartet, dass mit dem Brexit auch der Handel mit der EU deutlich zurückgehen werde. Der Ausbau der Präsenz in Ostasien soll helfen, dies zu kompensieren. Und in der Tat sank das Handelsvolumen mit der EU bis 2021 um 23 Prozent (woran allerdings auch die Corona-Pandemie einen wichtigen Anteil haben dürfte). Siehe Partington, Richard: China replaces Germany as UK's biggest import market, The Guardian, 25.05.2021.
- 11 We are opening new overseas bases to boost Britain, The Independent, 30.12.2018.
- 12 Ebd.
- 13 Stashwick, Steven: Britain to Keep 2 Warships Permanently in East Asia, The Diplomat, 21.07.2021.
- 14 Defence in Global Britain, Defence Secretary Gavin Williamson gave a speech at RUSI outlining the future direction of the UK Armed Forces, RUSI, 11.02.2019.
- 15 Küsener, Jürg: Die Royal Navy operiert wieder «East of Suez» und sendet damit auch ein Signal an China, NZZ, 23.05.2021.
- 16 Zahlen nach der Datenbank des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI.
- 17 „Bis 2022 werden die Budgetmittel jährlich um 1,7 Mrd. € und 2023 um 3 Mrd. € erhöht.“ (Militärplanung 2019-2025: Frankreich steigert operationelle Fähigkeiten und Verteidigungsausgaben, Französische Botschaft in Deutschland, 15.07.2021)
- 18 Ministry for Europe and Foreign Affairs: France's Strategy in the Indopacific, Paris 2021, S. 10.
- 19 Ebd., S. 27.
- 20 Friedberg, Aaron u.a.: Mind the Gap: National Views of The Free and Open Indo-Pacific, German Marshall Fund, 23.04.2019.
- 21 Rej, Abhijnan: French Joint Commander for Asia-Pacific Outlines Paris' Indo-Pacific Defense Plans, The Diplomat, 13.04.2021.
- 22 4.100 SoldatInnen sind im indischen Ozean und 2.900 im Pazifik stationiert. Siehe Ministry for Europe and Foreign Affairs: France's Strategy in the Indopacific 2021.
- 23 Bulard 2021.
- 24 France's Indo Pacific Strategy, Paris 2019, S. 55.

## 5. Deutschland: Aufbruch zum Indo-Pazifik

Es entbehrt nicht einer bitteren Ironie, dass die Fregatte „Bayern“ und mit ihr das Signal, dass Deutschland auch militärisch im Indo-Pazifik mitmischen möchte, im Sommer 2021 ausgerechnet von Wilhelmshaven aus in See stach. Schließlich erhielt die Stadt ihren Namen von Kaiser Wilhelm I., dessen Nachfolger Wilhelm II. mit seiner berühmten Hunnenrede vom 27. Juli 1900 den aggressiven Imperialismus des Deutschen Reiches nicht zuletzt in Ostasien auf die Spitze trieb (siehe Kasten). Somit ist Deutschland, was die indopazifische Region und speziell China anbelangt, historisch alles andere als unvorbelastet – zum Beispiel durch seine Rolle im Boxeraufstand Anfang des vorigen Jahrhunderts, um nur ein Stichwort zu nennen.<sup>1</sup> Als im Zuge der Debatte um die Entsendung eines Kriegsschiffes in die Region kritisiert wurde, dies zeuge von einem „wilhelminischen Weltbild“<sup>2</sup>, war das für sich genommen deshalb schon überaus besorgniserregend: „Kaiser Wilhelm II. steht für einen der größten Aufrüstungsschübe der deutschen Marine. Unter seiner Herrschaft von 1888 bis 1918 füllten sich die deutschen Häfen mit Kriegsschiffen. [...] Das Deutsche Reich sah sich im Wettbewerb um koloniale Liegenschaften im Hintertreffen und schwenkte mit einem aufgeblasenen Flottenprogramm auf die Militarisierung seiner Außenpolitik ein. Die grausame Geschichte des deutschen Kolonialismus wurde um ein weiteres Kapitel bereichert und leitet über zum Beginn des Ersten Weltkriegs. [...] Die Vision einer deutschen, weltweit einsetzbaren Seemacht wurde nach 1949 scheinbar begraben – eng eingebunden in die NATO-Armee kam

der Bundesmarine in Nord- und Ostsee die Funktion zu, die Seestreitkräfte der Sowjetunion zu binden und auch die Volksmarine der DDR war in diesem Patt gefangen.“<sup>3</sup>

Lange hielt man sich deshalb in der indopazifischen Region ziemlich zurück, doch seit einiger Zeit dreht sich der Wind wieder. Der allgemein verschärfte Ton gegenüber China mündete spätestens seit 2019 in Forderungen nach einer deutschen Mi-

### Die „Hunnenrede“

„Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wo fern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. [...] Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer. [...] Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“ (Kaiser Wilhelm II, 27. Juli 19004)

litärpräsenz im Indo-Pazifik, die sich auch in erstmals verabschiedeten Leitlinien für die Region finden lassen und schließlich im August 2021 zur Entsendung der Fregatte Bayern führten. Spätestens dadurch setzte Deutschland ein Zeichen für seine Bereitschaft, sich auch militärisch gegen China in der Region engagieren zu wollen.

## 5.1 Weltmachtanspruch und Großmacht Konkurrenz

Die Bewertung Chinas hat sich aus deutscher Sicht über die Jahre deutlich gewandelt, so wurden die Beziehungen etwa 2004 noch als „strategische Partnerschaft“ eingestuft.<sup>5</sup> Eine Änderung deutete sich bereits 2009 mit einem vertraulichen Papier des Bundesnachrichtendienstes (BND) an, in dem China unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise als Konkurrent eingestuft wurde. Die BND-Studie sollte den deutschen Eliten als Orientierungshilfe für das künftige Handeln dienen und wurde den „Spitzen der Regierung und dem Bundespräsidenten vorgestellt“, wie es in der einzigen öffentlich zugänglichen Auswertung heißt. In dem BND-Papier wurde vor einem massiven Machtgewinn Chinas und damit einhergehend vor zunehmenden Konflikten gewarnt: „Die Politik sollte sich deshalb nachdrücklich solchen geostrategischen Krisenabwägungen zuwenden. Denn es ist offensichtlich, dass derzeit noch längst nicht alle möglichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise mitgedacht werden. [Besonders] betrifft dies das ideologische Ringen zwischen Demokratien und Autokratien, wer das attraktivere Zukunftsmodell für die Entwicklung von Gesellschaften liefern kann. Eine ganze Generation westorientierter Regierungschefs in Entwicklungsländern könnte in die Defensive geraten, wie ihre Länder trotz schmerzhafter Reformen in wirtschaftliche Turbulenzen stürzen.“<sup>6</sup>

Spätestens ab da wurde auch in Deutschland damit begonnen, die zunehmenden Auseinandersetzungen mit China um Absatzmärkte, Rohstoffe und dergleichen als eine Art „Systemkonflikt“ zu beschreiben. Ein nächster wichtiger Schritt war dann das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“, das von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ sowie vom „German Marshall Fund“ (GMF) geleitet wurde. Es versammelte zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 Mitglieder des sicher-

heitspolitischen Establishments und diente als Vorlage für die Anfang 2014 vor allem vom damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck erhobene Forderung, Deutschland müsse unter anderem durch größere militärische Beiträge eine Weltmacht („Gestaltungsmacht“) werden.<sup>7</sup> Wenn auch primär auf Russland gemünzt, wurde auch China in dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ offen als „Herausforderer“ und potenzieller „Gegner“ eingestuft: „Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deshalb wird es in Deutschlands Beziehungen zu den neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren der Welt unweigerlich auch zu Konkurrenz und Konflikten kommen: um Einfluss, um den Zugang zu Ressourcen, aber auch um die Architektur der internationalen Ordnung sowie um die Geltung der Normen,

## „Der allgemein verschärfte Ton gegenüber China mündete spätestens seit 2019 in Forderungen nach einer deutschen Militärpräsenz im Indo-Pazifik.“

die ihr zugrunde liegen. [...] Manche Herausfordererstaaten könnten in diesem Prozess zu echten Partnern für Deutschland werden; vorstellbar ist aber auch, dass manche sich für die Konfrontation entscheiden.“<sup>8</sup>

Nachdem auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD von 2018 kritische Töne gegenüber China angeschlagen hatte<sup>9</sup>, brachte ein Jahr darauf selbst der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) trotz des immensen Handelsvolumens mit China seine Sorge um die „Architektur der internationalen Ordnung“ zum Ausdruck. Das BDI-Positionspapier „China – Partner und systemischer Wettbewerber“ bemüht ebenfalls das Bild der Systemkonkurrenz, um die Auseinandersetzungen moralisch zu ummänteln: „China entwickelt sich strukturell

kaum mehr in Richtung Marktwirtschaft und Liberalismus, sondern ist im Begriff, sein eigenes politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Modell zu verwirklichen. [...] Nach über vier Jahrzehnten Wirtschaftsreformen und Öffnung stellt Chinas Wirtschaftssystem heute eine Mischform dar, die staatswirtschaftliche und marktwirtschaftliche Elemente vereint. [...] Chinas staatlich geprägtes Wirtschaftssystem steht in vielen Punkten im Widerspruch zu den liberalen und sozialen marktwirtschaftlichen Prinzipien der EU und vieler anderer Länder. Während für Europa der Markt das zentrale Ordnungsprinzip der Wirtschaft ist, scheint China Marktmechanismen als punktuell und graduell einsetzbare Mittel zu betrachten. [...] Zwischen unserem Modell einer liberalen, offenen und sozialen Marktwirtschaft und Chinas staatlich geprägter Wirtschaft entsteht ein Systemwettbewerb.“<sup>10</sup>

Es lässt sich wohl sagen, dass dies ein deutliches Zeichen dafür war, dass auch die deutsche Wirtschaft China wohl endgültig mehr als Konkurrenten und nicht mehr primär als verlängerte Werkbank betrachtet. Auch in den Medien wurde die Berichterstattung immer einseitiger<sup>11</sup> und es dürfte wohl nicht von ungefähr um diese Zeit gewesen sein, dass dann auch Rufe nach einer größeren deutschen Militärpräsenz im Indo-Pazifik immer lauter wurden. Kurze Zeit später machten sich auch höchste politische Stellen die Sprache der Systemkonkurrenz zu eigen. So etwa die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich in einer Grundsatzrede im November 2020 folgendermaßen äußerte: „Die Herausforderungen sind klar erkennbar, der internationale Systemwettbewerb auch. Einige Staaten stellen dem westlichen Modell der offenen Gesellschaft, der Demokratie und des Rechtsstaats ein anderes Modell entgegen, das mit unseren Werten in keiner Weise vereinbar ist.“<sup>12</sup>

Im März 2021 drangen dann die Ergebnisse eines internen BMVg-Planungspapiers an die Öffentlichkeit, in dem vor dem militärischen Potenzial Chinas gewarnt wurde, das Peking zur „Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung internationaler Ordnung entlang eigener Interessen“ nutzen wolle.<sup>13</sup> Die zu diesem Zeitpunkt bereits geplante Entsendung der Fregatte Bayern wurde dabei von der „Welt am Sonntag“, der das interne Papier vorlag, als deutsches Zeichen gewertet, ernsthaft in Konkurrenz mit China treten zu wollen: „Wie ernst mittlerweile die chinesische Aggression in Berlin

gesehen wird, zeigt die geplante Entsendung der Fregatte ‚Bayern‘ im August in den Indopazifik. Es soll ein Statement sein, dass Berlin, ebenso wie Washington, eine Blockade der internationalen Seewege durch China – was für eine Exportnation wie Deutschland von größter Bedeutung wäre – nicht zulassen will.“<sup>14</sup>

## Systemkonkurrenz und Aufmarsch im Indo-Pazifik

„Noch wichtiger ist allerdings, dass sich ein Wettstreit zwischen mindestens zwei Weltordnungsmodellen abzeichnet: Da ist einerseits das westliche Modell einer regelbasierten demokratischen Ordnung, in der die Macht der Gesetze die Macht der Mächtigen einhegt und in welcher der Einzelne jenen Schutz genießt, der in der Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Und da ist andererseits das chinesische Modell, das Präsident Xi Jinping auf dem letzten Parteikongress als das neue Modell der Weltordnung anpries. [...] Diese beiden Modelle werden miteinander konkurrieren, weil sie aus einem einfachen Grund nicht miteinander in Einklang gebracht werden können: Das westliche Modell verspricht individuelle Freiheit, das chinesische Modell tut dies nicht. Daher steht die Welt am Rande eines neuen globalen Wettstreits, der in erster Linie in Asien stattfinden wird. [...] Es ist dieses größere und wirklich globale Bild, vor dessen Hintergrund Europäer die Streitfragen im Südchinesischen Meer betrachten sollten. [...] Die Malakkastraße am Aus- und Eingang zum Südchinesischen Meer ist vermutlich das bedeutendste Nadelöhr des Welthandels, von dem ein recht großer Anteil auf Europa entfällt. [...] Daher sollten einzelne EU-Staaten und zu einem späteren Zeitpunkt die EU insgesamt ihre gelegentliche Marinepräsenz an den Ausgängen des Indischen Ozeans beibehalten. [...] Frankreich und Großbritannien entsenden gelegentlich Schiffe ins Südchinesische Meer, und Deutschland wird sich ihnen hoffentlich in einer nicht allzu fernen Zukunft anschließen.“ (Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses<sup>15</sup>)

## 5.2 Leitlinien: Der Indo-Pazifik im (militärischen) Visier

Einen ersten Versuchsballon in Sachen deutscher Militärpräsenz im Indo-Pazifik ließ der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, im April 2019 steigen, indem er die Sprache der Systemkonkurrenz mit der Forderung unter anderem an die deutsche Regierung verband, sich militärisch stärker in der Region zu engagieren (siehe Kasten S. 39).

Substanziell wurde das Ganze dann in der ersten Grundsatzrede der damaligen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im November 2019, in der sie die Notwendigkeit einer größeren „Präsenz“ in der Region betonte.<sup>16</sup> Im März 2020 kündigte Kramp-Karrenbauer dann die Entsendung einer Fregatte in die Region an, was allerdings coronabedingt um mehr als ein Jahr verschoben werden musste. Der nächste wichtige Schritt stellte im September 2020 die erstmalige Verabschiedung von „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ durch die Bundesregierung dar. Darin heißt es, im Indo-Pazifik sei für Deutschland die „maritime Sicherheit von vitaler Bedeutung“. Auch vom Ausbau der militäri-

schen Präsenz ist in dem Dokument die Rede: „Die Bundesregierung beabsichtigt, sich in Zukunft noch aktiver an Maßnahmen zu [sic] Schutz und Sicherung der regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik [...] zu beteiligen. Ferner beabsichtigt sie, die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation mit Partnern in der Region weiter auszubauen. Diese umfasst [...] einen Ausbau der verteidigungspolitischen Kontakte in der Region selbst. Dies schließt Verbindungsoffiziere, Militärattachés,

**„Auch vom Ausbau der militärischen Präsenz ist in den Leitlinien zum Indo-Pazifik die Rede.“**

stäbe, Hafenbesuche und die Teilnahme an Übungen sowie weitere Formen maritimer Präsenz im indo-pazifischen Raum ein.“<sup>17</sup>

Trotz mancher Kritik konnte das Papier durchaus als eine recht deutliche offizielle Positionierung der Bundesregierung gegen China bewertet werden: „Manche Stimmen kritisierten das deutsche Dokument als übermäßig vorsichtig gegenüber Peking, während China seinerseits Deutschland für die Ver-



Abbildung 8: Geplante Route der Fregatte Bayern.





Quelle: Flickr / Bundeswehr / Sascha Sent

Abbildung 9: Die Fregatte "Bayern" im Indo-Pazifik.

öffentlichung kritisierte. Jedenfalls scheint der Wert des Dokuments weniger in seinem Inhalt als in seiner bloßen Existenz und in den Umständen seiner Veröffentlichung zu liegen: in einer Situation nach Ausbruch der Corona-Pandemie, in der die meisten EU-Staaten Chinas außenpolitische Absichten immer skeptischer betrachten und die weitere Entwicklung ihrer Beziehungen mit Peking infrage stellen, aber noch unentschieden sind, welche Richtung sie letztlich einschlagen sollen.<sup>18</sup>

Obwohl die Passagen zur Militärpräsenz in den Leitlinien noch etwas vage daher kamen, war doch klar, dass eine der „Formen“ maritimer Präsenz auch die Entsendung von Kriegsschiffen umfassen würde, die ja bereits zuvor angekündigt worden war.<sup>19</sup> Die Absicht, ein Kriegsschiff in die Region zu schicken, wurde von Kramp-Karrenbauer denn auch kurz darauf noch einmal verbunden mit recht martialischen Tönen in ihrer zweiten Grundsatzrede im November 2020 wiederholt: „Ich freue mich, dass die Bundesregierung umfassende Leitlinien zum Indo-Pazifik beschlossen hat, die auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst. Die strategische Bedeutung der Region wird damit voll anerkannt. [...] Deutschland wird präsenter, etwa durch mehr Verbindungsoffiziere und im kommen-

den Jahr [...] durch ein Schiff der Deutschen Marine. [...] Wir werden Flagge zeigen für unsere Werte, Interessen und Partner.“<sup>20</sup>

### 5.3 Flagge zeigen! Die „Bayern“ auf großer Fahrt

Am 2. August 2021 war es dann soweit und die Fregatte Bayern legte in Richtung Indo-Pazifik ab – erstmals entsendete Deutschland damit im Zusammenhang mit der neuen Systemkonkurrenz ein Kriegsschiff in die Region.<sup>21</sup> Bis Februar 2022 soll das Schiff eine Reihe von Häfen und auch Inseln mit Militärbasen in der Region ansteuern, darunter Guam und – besonders heikel, doch dazu später mehr – Diego Garcia.<sup>22</sup>

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer<sup>23</sup> schickte das Schiff mit folgenden Worten auf die Reise: „Es ist gut, über unsere Werte zu reden, noch besser ist es, konkret etwas dafür zu tun. Heute läuft die Fregatte ‚Bayern‘ in Richtung Indo-Pazifik aus – ein Zeichen für Stabilität, Wohlstand und eine regelbasierte, multilaterale Ordnung. Wir wollen, dass bestehendes Recht respektiert wird, Seewege uneingeschränkt befahrbar sind, offene Gesellschaften geschützt werden und dass Handel zu fai-

ren Regeln erfolgt. Gemeinsam mit unseren Wertepartnern in der Region zeigt Deutschland mit der Fregatte ‚Bayern‘ Präsenz im Indo-Pazifik und setzt ein Zeichen der Solidarität.“<sup>24</sup>

Kritik kam interessanterweise von Michael Staack von der Bundeswehr-Universität in Hamburg: „Problematisch ist nicht die Entsendung, sondern die flankierende Kommunikation, insbesondere aus Marine und Verteidigungsministerium. Demzufolge soll diese Marinepräsenz der Verteidigung freier Seewege und der militärischen Gegenmachtbildung zu China dienen, ‚Wertepartner‘ in der Region gegen China unterstützen, Deutschland auf ‚maritime Augenhöhe‘ mit den ehemaligen Weltmächten Frankreich und Großbritannien und deren Anspruch auf einen ‚Rang in der Welt‘ bringen sowie einen Beitrag leisten zur Eindämmungs- und Entkopplungspolitik der USA gegenüber China, so Vertreter der Marine im Hintergrundgespräch. [...] Tatsächlich wird die Entsendung der ‚Bayern‘ als ‚Türöffner‘ für eine ständige und möglicherweise auszuweitende Präsenz im Indo-Pazifik gesehen.“<sup>25</sup>

Auch Teile des SPD-Koalitionspartners<sup>26</sup> sprachen sich gegen die Pläne aus und drängten darauf, einige der gegenüber China umstrittensten Aspekte der Reise abzublasen: „Ginge es jedoch nach dem Willen der Verteidigungsministerin, fiele die Botschaft an China klarer, konfrontativer aus. Laut unseren Recherchen konnte sich Kramp-Karrenbauer mit zwei robusten Wünschen gegenüber dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt nicht durchsetzen. Anders als von der Ministerin gewünscht, wird die Bayern nicht die Taiwanstraße passieren. Eine gemeinsame Aktion mit einem britischen Flottenverband, der auf dem Weg in die Region ist, findet nicht statt.“<sup>27</sup>

Aus diesem Grund gab es von Hardlinern ebenfalls Kritik, nämlich dass man zu sanft mit China umspringe: „Wenn sich die Fregatte wie angekündigt an die üblichen Handelsrouten hält und keine ‚Freedom of Navigation‘-Operationen mit den Partnern durchführt, dann unterwirft sich Berlin de facto den von China aufgestellten Regeln“, so etwa Helena Legarda vom Berliner China-Institut Merics. Dennoch bewertete sie die Mission als „großen Schritt“<sup>28</sup> und in der Tat sendete Deutschland hiermit gleich mehrere Signale: „Die Fahrt nach Fernost soll Botschaften an drei Adressaten richten. Sie ist: eine Warnung an China; eine Beistandsbekundung für die Verbündeten in der Region; eine Solidaritätsadresse an die USA:

Im Systemwettbewerb mit China ist Deutschland an der Seite der Amerikaner.“<sup>29</sup>

Unklar ist, ob Berichte zutreffen, denen zufolge die Initiative zur Entsendung der Bayern sogar von den USA ausgegangen sein soll.<sup>30</sup> Allerdings hatte Kramp-Karrenbauer in einer ihrer Reden betont, „beim Thema China“ sei es erforderlich, „eine gemeinsame Agenda Europas mit den USA“ auszuarbeiten.<sup>31</sup> Und so lässt sich zwar zu Recht fragen, wie beeindruckt sich China von einem einzelnen deutschen Kriegsschiff zeigen wird, die damit einhergehende Botschaft dürfte Peking aber durchaus Sorge bereiten: „Der Gedankengang ist eindeutig: Entweder zügelt sich China und hält sich an die Regeln – Regeln, von denen Deutschland bislang deutlich profitiert hat – oder Deutschland wird die USA dabei unterstützten müssen, China einzudämmen.“<sup>32</sup> Zwei der deutschen Marine nahestehende Autoren beschrieben deshalb beim mit der US Navy eng verbandelten „Center for International Maritime Security“ (CIMSEC) den „Wert“ des deutschen Engagements mit folgenden Worten: „Deutschland tut den USA einen weit größeren Gefallen, als es eine Fregatte symbolisieren könnte. Indem es sich in der Region an der Seite der USA beteiligt, werden

## Profiteure: Marine und Rüstungsindustrie

In jüngster Zeit werden die massiven Zuwächse des deutschen Militärhaushaltes wieder vermehrt auch aus der Rückkehr der Großmachtkonkurrenz heraus begründet. So hieß es etwa im „Positionspapier zur Zukunft der Bundeswehr“ vom 9. Februar 2021, das von der Verteidigungsministerin und dem Bundeswehr-Generalinspekteur gezeichnet wurde: „Wir selbst denken nicht in den Kategorien von Machtpolitik und Dominanz, doch andere tun es und handeln danach. [...] China ist von einer aufstrebenden Volkswirtschaft zu einem machtvollen und immer häufiger sichtbar ausgreifenden Akteur geworden. Die Dynamiken im Indo-Pazifik weisen zunehmend in Richtung Macht rivalität und wachsender Konflikte. Das besorgt auch unsere Wertepartner in der Region. [...] Angesichts dieser Gesamtlage stellen wir fest, dass die Bundeswehr trotz erheblicher Zuwächse im Verteidigungshaushalt in den vergangenen Jahren weiterhin unterfinanziert ist.“<sup>35</sup>



Abbildung 10: Marinestandorte in Deutschland.

US-Drohungen glaubwürdig, China wirtschaftlich einzudämmen.<sup>33</sup>

Hier stellt sich natürlich die Frage, inwieweit die neue Konstellation nach den Bundestagswahlen Ende September 2021 zu einem Kurswechsel führen könnte. An der grundsätzlichen Richtung dürfte sich aber wohl wenig ändern, was auch und gerade für die Politik der Europäischen Union gelten dürfte. Dies ist allein aus dem Grund schon von einiger Bedeutung, weil eine der wichtigsten Auswirkungen des deutschen Schwenks zum Indo-Pazifik wohl darin lag, dass sie auch die Positionierung der Europäischen Union beeinflusst hatte. So hatte Deutschland schon in seinen Indo-Pazifik-Leitlinien angekündigt, ein EU-Strategiepapier für die Region auf den Weg bringen zu wollen: „Die Bundesregierung wird sich gemeinsam mit Frankreich für die Erarbeitung einer europäischen Strategie zum Umgang mit dem Indo-Pazifik einsetzen.“<sup>34</sup>

Tatsächlich stieg der deutsche Militärhaushalt ohnehin bereits von €24,3 Mrd. (2000) über €32,5 Mrd. (2014) auf €46,9 Mrd. (2021) sprunghaft an.<sup>36</sup> Besonders auch die Marine wittert hier ihre Chance, im Zuge der neuen Großmacht Konkurrenz an mehr Geld zu gelangen, beispielsweise begründete der Marine-Chef hiermit explizit einen deutlichen finanziellen Mehrbedarf: „Die Deutsche Marine leis-

tet einen einzigartigen und unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der freien Seewege und ist ein wesentlicher Garant unseres Wohlstands. Neben dem Schutz der Seehandelswege und dem internationalen Krisenmanagement erfährt zudem die Landes- und Bündnisverteidigung seit 2014 wieder eine gleichrangige Bedeutung. Diese größte Aufgabenvielfalt ihrer Geschichte erfüllt die Marine mit der

**„Am 2. August 2021 war es dann soweit und die Fregatte Bayern legte in Richtung Indo-Pazifik ab - erstmals entsendete Deutschland damit im Zusammenhang mit der neuen Systemkonkurrenz ein Kriegsschiff in die Region.“**

kleinsten Flotte seit ihrer Gründung – derzeit 46 Einheiten. Es ist daher von Bedeutung, dass wir die eingeleitete Modernisierung und den Aufwuchs der Marine weiter konsequent und mit vollem Einsatz verfolgen, um das breiter gewordene Aufgabenspektrum im vollen Umfang erfüllen zu können.“<sup>37</sup>

Die Pläne jedenfalls sind ambitioniert, neben der Marine selbst reiben sich auch schon die in die-

sem Bereich tätigen großen Rüstungskonzerne die Hände. Dazu gehören unter anderem ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS), die Lürssen Werft (FLW), Blohm + Voss und die Kieler Werft German Naval Yard (GNYK). Aktuell verfügt die Marine neben anderen Einheiten vor allem über zehn Fregatten, fünf Korvetten und sechs U-Boote. Bestellt sind für €6 Mrd. vier weitere Fregatten vom Typ F-126 (früher: Mehrzweckkampfschiff 180), die zwischen 2028 und 2032 zulaufen sollen. Außerdem sollen fünf weitere Korvetten zum Preis von €2,35 Mrd. zwischen 2023 und 2025 die Flotte verstärken. Und auch zwei weitere U-Boote des Typs 212 CD, die mit Norwegen gebaut werden, sind für knapp €2 Mrd. bereits bestellt. „2018 gab das Verteidigungsministerium bekannt, dass die Flotte 2032 auf 25 Kampfschiffe und 8 U-Boote aufwachsen solle. Damals verfügte sie über 14 Kampfschiffe (9 Fregatten und 5 Korvetten) und 6 U-Boote. [...] Das von der Regierung ausgegebene Ziel [...] kann, wenn der Kurs nicht gestoppt wird, beinahe erreicht werden. [...] Der Trend ist klar: Die Zahl der Kriegsschiffe steigt. Sie werden jeweils größer als ihre Vorgänger, ihre Schlagkraft wird gesteigert – und sie werden immer teurer. Die Ziele sind ebenso klar: durchsetzungsfähiger weltweiter Einsatz im mehrdimensionalen Seekrieg – gegen Russland und China. Unklar ist: Wer stoppt diesen verhängnisvollen Trend?“<sup>38</sup>

1 Siehe zur historischen Rolle Deutschlands ausführlich den Artikel Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0, in: Arbeiterstimme, Nr. 212/2021, S. 1-9.

2 Brössler, Daniel/Szymanski, Mike: Reise in die Untiefen der Weltpolitik, Süddeutsche Zeitung, 04.03.2021.

3 Seifert, Andreas: Strategischer Raum Meer, in: AUSDRUCK (September 2021), S. 4-7, S. 4.

4 Penzler, Johannes (Hg.): Die Reden Kaiser Wilhelms II. Bd. 2: 1896-1900. Leipzig o.J., S. 209-12 zu finden auf: [https://ghdi.ghidc.org/sub\\_document.cfm?document\\_id=755&language=german](https://ghdi.ghidc.org/sub_document.cfm?document_id=755&language=german)

5 Taussig, Torrey: Germany's Incomplete Pivot to the Indo-Pacific, in: Stirling, Sharon (ed.): Mind the Gap: Comparing Views of the Free and Open Indo-Pacific, German Marshall Fund, Nr. 9/2019, S. 22-26, S. 23.

6 Rinke, Andreas: Metamorphose der Geopolitik. Wie die Finanzkrise das internationale Kräfteverhältnis verändert, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 38-43, S. 43. Zu den Machtgewinnen Chinas heißt es dort u.a. auch: „Das ebenfalls gigantische Konjunkturprogramm in China könnte dagegen dazu führen, dass sich die technologische Aufholjagd dort sogar noch beschleunigen wird. Die Auswirkung einer so unterschiedlichen Entwick-

lung wäre absehbar: China würde sehr schnell in Asien zur dominierenden Macht aufsteigen, die USA müssten dagegen ihren Aktionsradius schon aus Kostengründen schneller als geplant einschränken. In der Weltpolitik stünden sich letztlich zwei Staaten gegenüber. China könnte mit seiner wirtschaftlichen Potenz die Rolle des Dollar und Euro als Leitwährungen angreifen – erste Ansätze hat es bereits gegeben, den Yuan selbstbewusster ins Spiel zu bringen. Außenpolitisch dürfte Peking in internationalen Gremien sehr offensiv eigene Ideen einbringen und als klare Führungsmacht Asiens auf ein Ende der westlichen Vorherrschaft im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank dringen.“

- 7 Für eine genauere Rekonstruktion des Werdegangs des Papiers und seines Einflusses auf die Gauck-Rede und den sogenannten „Münchener Konsens“ siehe Wagner, Jürgen: Deutschlands (neue) Großmachtambitionen. Von der „Kultur (militärischer) Zurückhaltung“ zur „Kultur der Kriegsfähigkeit“, IMI-Studie 2015/02.
- 8 Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, SWP/GMF, September 2013, S 38 und 33.
- 9 „Chinas Politik und künftige Entwicklung ist auch für uns von großer Bedeutung. Seine geostrategische Rolle wird weiter wachsen. [...] Zugleich werden wir im Dialog mit China angesichts der vielfältigen chinesischen Macht- und Einflussprojektionen die Bedeutung einer regelbasierten internationalen Ordnung für Stabilität und eine funktionierende Weltwirtschaft betonen.“ (Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 153)
- 10 China – Partner und systemischer Wettbewerber. Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um? BDI-Grundsatzpapier China, Januar 2019.
- 11 Siehe dazu die ausführliche Studie von Changbao, Jia u.a.: Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise, RLS-Studien 12/2021.
- 12 Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg, 17.11.2020. Auch die damalige Kanzlerin Angela Merkel betonte kurze Zeit später in ihrer Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2021, China sei ein „systemischer Wettbewerber“, der an „globaler Schlagkraft“ gewinne. Dies bedürfe eines transatlantischen Schulterchlusses, da hier die größten Übereinstimmungen seien, die „Regelbasierte Ordnung“ zu schützen. Dokumentation: Merkel, Biden auf der (virtuellen) Münchner Sicherheitskonferenz, augengeradeaus.net, 19.02.2021.
- 13 Schiltz, Christoph B.: Verteidigungsministerium warnt vor neuen Bedrohungen durch Russland und China, Die Welt, 07.03.2021.
- 14 Ebd.
- 15 Naumann, Klaus: Herausforderungen und Chancen für Europa in Ostasien, in: Sirius, Nr. 3/2019, S. 76-79.
- 16 „Unsere Partner im indopazifischen Raum – allen voran Australien, Japan und Südkorea, aber auch Indien – fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt. Sie wünschen sich ein klares Zeichen der Solidarität. Für geltendes internationales Recht, für unversehrtes Territorium, für freie Schifffahrt. Es ist an der Zeit, dass Deutschland auch ein solches Zeichen setzt, indem wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region zeigen.“ (Annegret Kramp-Karrenbauer, Rede der Ministerin an der Universität der Bundeswehr München, bmvg.de, 07.11.2019)

- 17 Die Bundesregierung: Leitlinien zum Indo-Pazifik, Berlin, September 2020.
- 18 Grare, Frédéric: Startpunkt für eine EU-China-Politik, in: Internationale Politik, 01.11.2020.
- 19 Außerdem scheint vorgesehen zu sein, auch mit der Luftwaffe Präsenz zeigen zu wollen: „Analog zur Marine soll auch die Luftwaffe im indopazifischen Raum Flagge zeigen. Ab 2022 wird die Luftwaffe beginnen, Tank- und Kampfflugzeuge im Rahmen von Langstreckenverlegungen nach Australien zu entsenden. Dies dient nicht allein dem Training der Langstreckenverlegung; vielmehr ist es zu verstehen als Zeichen der Präsenz in der Region, der Abschreckung gegenüber Störern der stabilen Ordnung im Indo-Pazifik und schließlich der Bereitschaft, schlagkräftige Mittel der Luftwaffe einzusetzen.“ (Swistek, Göran: Quadratur des Kreises im Indo-Pazifik. Sicherheitspolitische Umsetzung der Indo-Pazifik-Leitlinien, SWP-Aktuell, März 2021, S. 5)
- 20 Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg, 17.11.2020. Die Begrifflichkeit „Flagge zeigen“ gefiel unter anderem auch Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach, der Inspekteur der Marine, augenscheinlich so gut, dass er kurz vor Missionsbeginn denselben Ausdruck verwendete: „Es geht darum Flagge zu zeigen und vor Ort zu demonstrieren, dass Deutschland auf der Seite seiner internationalen Wertepartner für die Freiheit der Seewege und die Einhaltung des Völkerrechts in der Region eintritt. Das heißt zusammengefasst, wir treffen unsere Partner und trainieren gemeinsam. [...] Damit untermauern wir aktiv und weithin sichtbar unser Bekenntnis zur regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik, zur Umsetzung von VN-Sicherheitsrats-Resolutionen und damit zur Stärkung der VN insgesamt.“ (Fregatte „Bayern“ zeigt Flagge im Indo-Pazifik, bmvg.de, 29.07.2021)
- 21 „Die letzte Reise eines deutschen Verbandes in den Indo-Pazifik liegt 19 Jahre zurück. 2002 nutzte Bundespräsident Johannes Rau den DESEX-Verband mit den Fregatten ‚Mecklenburg-Vorpommern‘ und ‚Rheinland-Pfalz‘ als Kulisse für die neunte Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft in Tokio.“ (Mergener, Hans-Uwe: Das Unternehmen Indo-Pazifik hat für die Marine begonnen, Europäische Sicherheit & Technik, 03.08.2021)
- 22 „Nach der Passage durch den Suez-Kanal wird die Bayern nach jetzigem Stand und unter Vorbehalt der jeweiligen Corona-Regularien folgende Häfen anlaufen: Dschibuti → Karatschi → Diego Garcia → Perth → Guam → Tokio → Incheon → Schanghai → Ho-Chi-Minh-Stadt → Colombo → Mumbai → Dschibuti“ (Reiseroute der Fregatte „Bayern“ durch den Indo-Pazifik, Europäische Sicherheit & Technik, 02.08.2021). Schanghai wurde aus dem Programm genommen, nachdem China die Hafeneinfahrt verweigert hatte.
- 23 Zur zentralen Rolle des Verteidigungsministeriums, vor allem aber von Kramp-Karrenbauer siehe Korbaki, Marina/Repinski, Gordon: Auf maritimer Mission in Fernost, thepioneer.de, 21.07.2021: „Ein Regierungsmitglied treibt die maritime Mission mit besonders großem Elan voran: Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Es ist ihre Mission.“
- 24 Fregatte „Bayern“ startet in den Indo-Pazifik, BMVg-Pressemitteilung, 02.02.2021.
- 25 Staack, Michael: Die Debatte fehlt, in: ZUR SACHE BW, Nr. 1/2021, S. 53-55, S. 54.
- 26 „Die Reise der Fregatte hat gleichwohl zu Ärger geführt, allerdings weniger mit China als unter den deutschen Koalitionspartnern von Union und SPD. So hatte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich (Bundesverteidigungsministerin) Kramp-Karrenbauer zunächst ein ‚wilhelminisches Weltbild‘ vorgeworfen, eine Äußerung, die er jetzt nicht wiederholte. Mützenich sagte aber, es sei angezeigt gewesen, ihr öffentlich zu widersprechen. Und weiter: ‚In einer Region, die von zahllosen Seegebietsstreitigkeiten mehrerer Akteure durchzogen ist, müssen wir zu einem mäßigenden Verhalten aller beitragen.‘“ (Carstens, Peter: Fregatte Bayern als Beistand Deutschlands für Japan und Australien, FAZ, 02.08.2021)
- 27 Korbaki/Repinski 2021.
- 28 Leinen los in hochpolitische Gewässer, zdf.de, 02.08.2021. Ebenfalls sehr kritisch äußerte sich etwa die FDP-Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann: „Das reicht nicht aus, denn China besitzt inzwischen die größte Seeflotte der Welt, der wir mit Symbolpolitik kaum Einhalt gebieten werden.“ (Marti/Kleine-Brockhoff 2021)
- 29 Korbaki/Repinski 2021.
- 30 Marti/Kleine-Brockhoff 2021: „2019 baten die USA Deutschland, sich an ‚Freedom of Navigation Operations‘ im Südchinesischen Meer zu beteiligen.“
- 31 Rede der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg, 17.11.2020: „Wir wollen, dass Europa für die USA starker Partner auf Augenhöhe ist und kein hilfsbedürftiger Schützling. Der neue amerikanische Präsident Joe Biden muss sehen und spüren, dass wir genau das anstreben. Ich halte es für wichtig, dass wir Europäer der kommenden Biden-Administration daher ein gemeinsames Angebot, einen New Deal, vorlegen. Für mich sind aus der Sicht der deutschen Verteidigungspolitik drei Eckpunkte dabei besonders wichtig: Dass wir unsere Fähigkeiten in der Verteidigung ausbauen und dafür die Verteidigungshaushalte auch in der Corona-Zeit zuverlässig stärken. Dass Deutschland sich zu seiner Rolle in der nuklearen Teilhabe in der NATO bekennt. Dass beim Thema China dort, wo es mit unseren Interessen vereinbar ist, eine gemeinsame Agenda Europas mit den USA möglich und gewollt ist.“
- 32 Wullers, Dominik: Pacific Germany, warontherocks.com, 28.05.2021.
- 33 Brake, Moritz/Bruns, Sebastian: Frigate Bayern in the Pacific: The Return of German Gunboat Diplomacy? CIMSEC, 20.07.2021.
- 34 Leitlinien zum Indo-Pazifik, Berlin, September 2020, S. 11.
- 35 Kramp-Karrenbauer, Annegret/Zorn, Eberhard: Positionspapier: Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft, Berlin, 09.02.2021.
- 36 Rüstung, IMI-Factsheet, September 2021.
- 37 Krause, Andreas: Vorwort, in: Marinekommando: Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2019.
- 38 Henken, Lühr: Volle Kraft voraus auf fremde Küsten. Marine-rüstung in Deutschland, in: AUSDRUCK (September 2021), S. 8-12.

## 6. EU-Strategie: Im Boot der Großmachtkonkurrenz

In einem Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ wurden vor dem Hintergrund der wachsenden sino-amerikanischen Konflikte diverse Positionierungsoptionen für die Europäische Union benannt: möglich sei eine Äquidistanz zwischen beiden Kontrahenten, eine eigenständige machtpolitische Agenda oder eine Annäherung an die USA.<sup>1</sup> Faktisch hat man sich für eine Kombination der beiden letzten Optionen entschieden, während die erste Möglichkeit derzeit zumindest mehrheitlich abgelehnt wird, wie zum Beispiel diese, ganz typische Sichtweise zum Ausdruck bringt: „Eine Äquidistanz zwischen den USA und China ist für Europa allerdings keine realistische Option. Trotz aller Differenzen mit den USA bleiben die Fundamente der transatlantischen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft bestehen, während der Gegensatz zu Chinas autoritärem Regime fundamental ist. [...] Europa wird mittel- und langfristig nicht neutral bleiben können.“<sup>2</sup>

So verhärtet sich auch der Kurs der Europäischen Union immer weiter und auch hier wird zunehmend mehr auf die militärische Karte gesetzt. Ausgehend von einer wegweisenden Kommissionsmitteilung aus dem Jahr 2019, in der China erstmalig auch als Systemrivale titulierte wurde, wurden im April und September 2021 eigens der Region gewidmete Strategiepapiere veröffentlicht, von denen eine hohe Signalwirkung ausgeht: Einerseits nähert sich Brüssel mit ihnen den USA und ihrem anti-chinesischen Ansatz für die Region an, was allerdings nicht heißt, dass sich die EU von einem stärkeren Engagement nicht auch einen größeren

eigenen machtpolitische Einfluss versprechen würde. Und auf der anderen Seite wird faktisch eine unter EU-Flagge orchestrierte militärische Dauerpräsenz von der Ostküste Afrikas bis zum Westpazifik ins Auge gefasst. Hinzu kommt noch, dass selbst die NATO inzwischen Ambitionen zeigt, die Region künftig stärker ins Visier nehmen zu wollen, allerdings zeigt sich zum Beispiel anhand der Auseinandersetzungen um das AUKUS-Bündnis, dass sich die westlichen „Verbündeten“ durchaus auch als Rivalen um Einfluss im Indo-Pazifik begreifen.

### 6.1 Partner - Konkurrent - Systemrivale?

Wie bereits angedeutet, gilt die gemeinsame Mitteilung der EU-Kommission und des EU-Außenbeauftragten „EU-China – Strategische Perspektiven“ vom März 2019 als wichtiger Wendepunkt hin zu einer dezidiert konfrontativeren EU-China-Politik: „China ist in verschiedenen Politikbereichen ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele verfolgt, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Interessenausgleich finden muss, sowie zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung und ein Systemrivale, der alternative Governance-Modelle propagiert.“<sup>3</sup>

Auch wenn China hier durchaus auch noch als Partner bezeichnet wird, werteten die meisten Beobachter die bewusste Beschwörung einer Systemrivalität als deutliches Zeichen für eine Kursände-

rung. Das immense Handelsvolumen habe lange vor allem Deutschland von einer härteren Gangart abgehalten, dies sei nun aber nicht mehr länger der Fall, so der Tenor. Als weiteres Signal dafür wird auch die Übermittlung einer Verbalnote im September 2020 bewertet, in der Deutschland und Frankreich (zusammen mit Großbritannien) den chinesischen Gebietsansprüchen in der indopazifischen Region eine deutliche Absage erteilten.<sup>4</sup> Da hier die beiden selbsterklärten EU-Führungsmächte nun weitgehend an einem Strang ziehen, scheinen sich eine Reihe kleiner und mittlerer EU-Staaten, die aus wirtschaftlichen Gründen auf eine pro-chinesischere Haltung drängen, kaum mehr Gehör verschaffen zu können.<sup>5</sup>

Jedenfalls stellte auch ein im April 2021 veröffentlichter Fortschrittsbericht noch einmal klar, dass in der Europäischen Union die Weichen für einen härteren Kurs gegenüber China gestellt zu sein scheinen. Der Bericht sollte die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen seit Veröffentlichung der Kommissionsmitteilung aus dem März 2019 beurteilen, in der von China erstmals als Systemrivalen die Rede war. Seither hat sich nach Einschätzung der EU nichts zum Besseren gewendet – im Gegenteil: „Weil sich die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China ‚in absehbarer Zukunft‘ nicht verbessern dürften, werben EU-

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell für ‚weitere, robuste Maßnahmen‘ und ein enges Bündnis mit den USA. In einem Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU schreiben sie, dass unter Präsident Xi Jinping die ‚autoritäre Verschiebung‘ in der Innenpolitik weitergehe, während China seine politischen und wirtschaftlichen Interessen weltweit ‚immer bestimmter‘ durchsetze.“<sup>8</sup>

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell macht sich ohnehin seit Jahren dafür stark, die EU müsse sich zu einem ernsthaften geopolitischen Akteur mausern und dafür die „Sprache der Macht“ erlernen (siehe Kasten). Gleichzeitig unterstreicht er immer wieder, dass in diesen Überlegungen auch eine militärische Präsenz in der indopazifischen Region eine wesentliche Rolle spielt: „Wenn wir ein geopolitischer Akteur sein wollen, müssen wir dort [im Indo-Pazifik] als politischer und sicherheitspolitischer Akteur wahrgenommen werden, nicht nur als ein Partner in der Entwicklungszusammenarbeit, beim Handel oder bei Investitionen.“<sup>9</sup>

## 6.2 EU-Strategie für den Indo-Pazifik

Mit Blick auf Ostasien fordern nicht einmal die kühnsten Hardliner eine militärische Rolle der Eu-

### Europa, China und die Sprache der Macht

„Angesichts der geopolitischen Umwälzungen, die wir gegenwärtig erleben, ist es für die Europäische Union umso dringlicher, ihren Platz in einer Welt zu finden, die zunehmend von reiner Machtpolitik bestimmt ist. [...] Um zu vermeiden, dass wir zu den Verlierern des Wettbewerbs zwischen den USA und China werden, müssen wir die Sprache der Macht neu erlernen und uns selbst als geostrategischen Akteur der obersten Kategorie begreifen. [...] Ob durch den Einsatz der europäischen Handels- und Investitionspolitik [...] oder durch die stärker werdenden Sicherheits- und Verteidigungsinstrumente – wir haben viele Ansatzpunkte, um Einfluss zu nehmen. Das Problem Europas ist nicht die fehlende Macht. Das Problem ist vielmehr der mangelnde politische Wille, diese Machtfaktoren zu bündeln, um ihre Kohärenz sicherzustellen und ihre Wirkung zu maximieren.“ (Josep Borell, EU-Außenbeauftragter<sup>6</sup>)

„Das 21. Jahrhundert könnte ein pazifisches werden, mit China und den USA als den beiden Polen. Ausgemacht ist eine sino-amerikanische Bipolarität jedoch nicht. Eine EU mit Weltmachtqualität könnte einen dritten Pol bilden. [...] Europa ist erst voll souverän, wenn es sich selbst verteidigen kann. [...] Europa braucht robuste nicht-nukleare Fähigkeiten für zwei Hauptzwecke: zur Verteidigung und zur Intervention. [...] Verteidigungspolitische Autonomie erfordert eine eigenständige nukleare Abschreckungsfähigkeit. [...] Dies würde Deutschland und seiner »Kultur der militärischen Zurückhaltung« einiges abverlangen: bei Verteidigungsausgaben, Einsätzen und Rüstungsexporten. Dafür braucht es eine tabulose Debatte über die Rolle des Militärischen [...]“ (Eckhard Lübke, ehemaliger Botschafter unter anderem in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in einer SWP-Studie mit dem Titel „Europa schaffen mit eigenen Waffen?“<sup>7</sup>)

ropäischen Union bei möglichen Landkriegen. Schon länger kursieren in der EU allerdings geopolitische Raumkonstrukte, bei denen die Kontrolle der Seewege nach Ostasien als eine wesentliche Bedingung für einen relevanten weltpolitischen Einfluss deklariert wurden.<sup>10</sup> Vor diesem Hintergrund und angesichts der stetigen Zunahme des Handelsvolumens mehrten sich bereits seit Jahren die Stimmen, die auf der „Notwendigkeit“ einer verstärkten militärischen Seepräsenz zum „Schutz“ der Handelswege von und nach Ostasien pochten. So schrieb die Stiftung Wissenschaft und Politik bereits im Jahr 2013: „Die für Europas Wirtschaft wichtigen Warentransporte auf See machen vor den europäischen Außengrenzen nicht halt. [...] Zu berücksichtigen sind für die Handelschiffahrt bedeutsame Seegebiete außerhalb des europäischen Seeraums, beispielsweise am Horn von Afrika und im Golf von Guinea, die von Schiffen unter europäischer Flagge befahren werden oder durch die strategische und für das Funktionieren der europäischen Wirtschaft maßgebliche Ströme verlaufen, wie die Straße von Malakka in Südostasien.“<sup>11</sup>

Diese Forderung wurde dann sowohl in der „Maritimen Sicherheitsstrategie“ der EU von 2014<sup>12</sup> als auch im bis heute ranghöchsten EU-Strategiedokument, der Globalstrategie vom Juni 2016, aufgegriffen, in der nachzulesen war: „Im Zusammenhang mit dem Interesse der EU an einem offenen und fairen Wirtschaftssystem besteht die Notwendigkeit von weltweitem Wachstum und weltweiter Sicherheit im Seeverkehr, wodurch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung sind, und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. [...] Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei auf ihre Erfahrungen im Indischen Ozean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen.“<sup>13</sup>

Im Anschluss machte man sich unter anderem daran, eine EU-Strategie für den Indo-Pazifik zu entwerfen, mit der recht eng gefasste Interessen wie die Kontrolle von Schifffahrtsrouten in einen allgemeinen Zusammenhang einer postulierten

Systemrivalität gebracht werden sollten. Als deutscher Außenminister schrieb Heiko Maas dazu im April 2021: „Geopolitische Rivalitäten bedrohen freien Handel. Pandemiebekämpfung mutiert zum Systemwettbewerb zwischen Demokratie und Autoritarismus. [...] Für Deutschland heißt das: Wir müssen mehr in diese Region investieren – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. [...] Um

## „Die gemeinsame Mitteilung der EU-Kommission und des EU-Außenbeauftragten „EU-China - Strategische Perspektiven“ vom März 2019 gilt als wichtiger Wendepunkt hin zu einer dezidiert konfrontativeren EU-China-Politik.“

diese Interessen durchzusetzen, braucht es das Gewicht eines geeinten Europas. Deshalb haben wir gemeinsam mit Frankreich und den Niederlanden die Arbeit an einer europäischen Strategie für den Indo-Pazifik angestoßen.“<sup>14</sup>

Den Anstoß für eine EU-Regionalstrategie gaben diese drei Länder bereits im Herbst 2020, indem sie ein Non-Paper in die Debatte einspeisten.<sup>15</sup> Der nächste wichtige Schritt bestand dann in der Verabschiedung der „EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum“ mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 16. April 2021.<sup>16</sup> Hier steckten die Staats- und Regierungschefs erstmals den sicherheitspolitischen Rahmen der EU-Politik in der Region ab, der als Vorgabe für eine dann offiziell als EU-Indo-Pazifik-Strategie bezeichnete Gemeinsame Mitteilung von Kommission und Außenbeauftragtem diente, die am 16. September 2021 erschien.<sup>17</sup>

Die EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum beklagt die „Dynamik“ und den „intensiven geopolitischen Wettbewerb“ im Indo-Pazifik, durch den die „regelbasierte internationale Ordnung“ und „freie und offene Seeschiffahrtsversorgungswege“ bedroht seien. Auffällig ist dabei besonders die offizielle Übernahme des Indo-Pazifik-Begriffs, die eine Annäherung an die USA



und ihre Ambitionen zur militärischen Eindämmung Pekings nahelegt.<sup>18</sup> Ferner sticht die weitgefaste räumliche Definition ebenso ins Auge wie die klare Ansage, die dortige EU-Militärpräsenz ausbauen zu wollen.

### 6.3 Von Ostafrika bis zum Westpazifik: Koordinierte Maritime Dauerpräsenz

In den USA reicht der Indo-Pazifik bis zur Westgrenze Indiens, dagegen ist das in ihrem Strategiepapier zum Ausdruck gebrachte Verständnis der Europäischen Union noch einmal deutlich ausufernder: „Der Rat ist sich darin einig, dass durch die Strategie der EU für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum, die sich auf das geografische Gebiet von der Ostküste Afrikas bis zu den Pazifik-Inselstaaten erstreckt [...] eine neue Dynamik entstehen wird.“<sup>19</sup> Hiermit übernahm die EU das geografische Verständnis Frankreichs<sup>20</sup>, woraus sich auch Ambitionen ableiten, Aktivitäten in Ostafrika mit denen im Pazifischen Ozean zu verknüpfen und so in Richtung einer flächendeckenden auch mili-

tärischen Präsenz zu denken.<sup>21</sup>

Dies soll einmal über eine Erweiterung und Anbindung des ATLANATA-Einsatzes der EU am Horn von Afrika erreicht werden: „Im Rahmen eines gestärkten Mandats und eines erweiterten Einsatzgebiets der EUNAVFOR Atalanta begrüßt der Rat die Beiträge der Marine-Streitkräfte der asiatischen Partnerländer zur Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias und fordert mehr gemeinsame Übungen und Hafenaufenthalte in diesem Gebiet.“<sup>22</sup> Ursprünglich 2008 als erster maritimer EU-Einsatz überhaupt offiziell zur Pirateriebekämpfung gestartet, ging es bei Atalanta immer primär um die Kontrolle der wichtigen Handelsrouten in der Region.<sup>23</sup> Aktuell sind im Rahmen von ATALANTA meist drei bis vier Kriegsschiffe mit rund 1.000 SoldatInnen im Operationsgebiet präsent, das den südlichen Teil des Roten Meers, den Golf von Aden und „einen großen Teil des Indischen Ozeans“ fast bis zur indischen Westgrenze umfasst, insgesamt 8,7 Mio. Quadratkilometer.<sup>24</sup>

Augenscheinlich wird hier zumindest perspektivisch eine militärische Dauerpräsenz entlang der

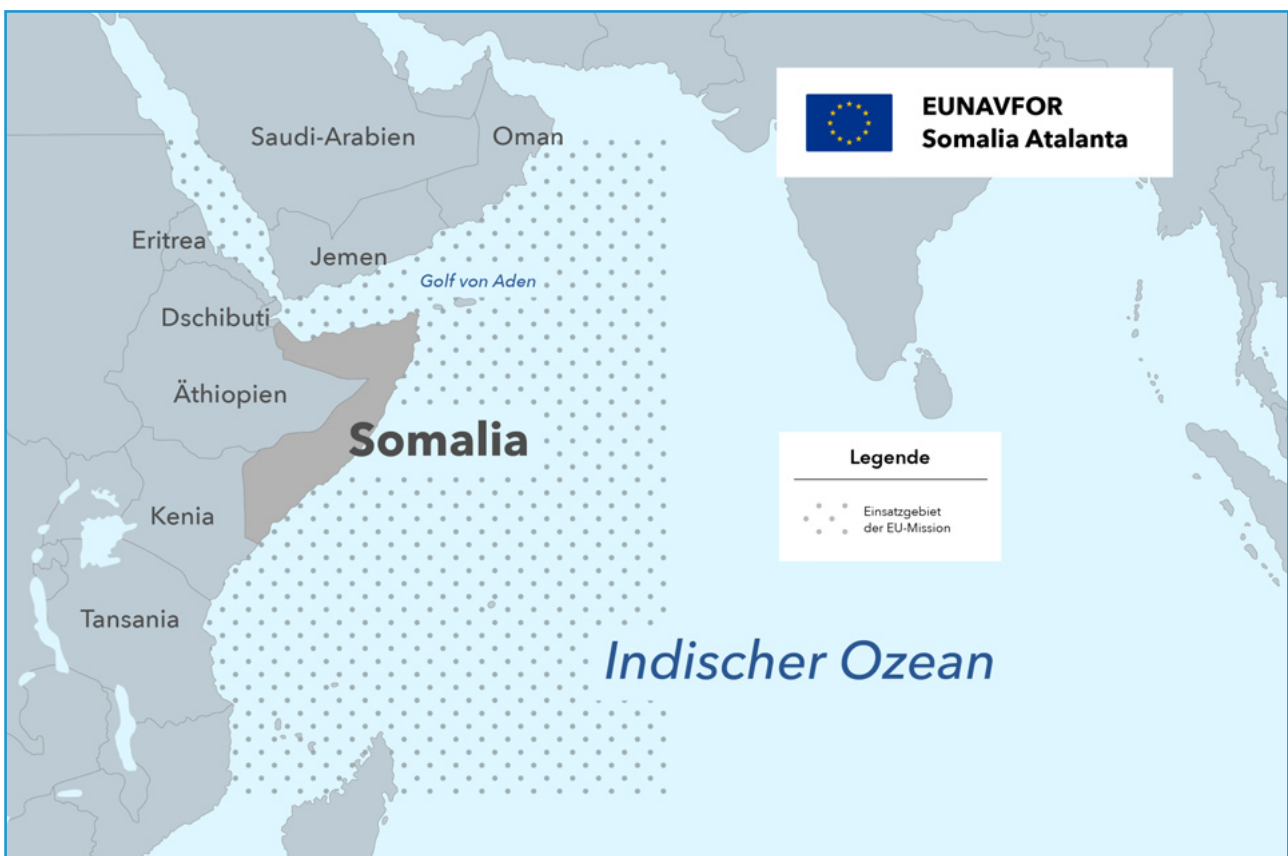


Abbildung 11: ATALANTA: Einsatzgebiet im Indischen Ozean.

gesamten Schifffahrtsrouten von Ostasien bis nach Europa ins Auge gefasst, wie von hochrangigen Politikern vereinzelt bereits vor einiger Zeit gefordert wurde.<sup>25</sup> Als zentrales Mittel hierfür soll wohl das neue Instrument einer „Koordinierten Maritimen Präsenz“ („Coordinated Maritime Presence“, CMP) dienen. Hiervon verspricht sich die EU eine wesentliche „Verbesserung“ ihres globalen maritimen Fußabdrucks und ihres Einflusses auf den Weltmeeren.<sup>26</sup> Der Mechanismus sieht vor, dass in Regionen, die von der EU als Gebiete vorrangigen Interesses gebrandmarkt wurden, die maritime Präsenz der Einzelstaaten fortan unter dem offiziellen Dach der EU koordiniert und systematisiert wird: „Anwendung findet er in jedem Seegebiet der Welt, das vom Rat der EU als maritimes Interessengebiet festgelegt wird. [...] Mithilfe des Mechanismus will die EU eine dauerhafte maritime Präsenz in einem Gebiet von speziellem maritimen

[sic] Interesse abbilden. Unterhalb der Schwelle einer Operation (oder Mission) soll zwischen den ohnehin präsenten, jedoch unabhängig voneinander operierenden EU-Mitgliedsstaaten Synergie hergestellt werden.“<sup>27</sup>

Als Pilotprojekt wurde hierfür im Januar 2021 der Golf von Guinea auserkoren und obwohl die Ergebnisse eigentlich erst in einem Jahr für weitergehende Schlussfolgerungen evaluiert werden sollten, zeichnete es sich schnell ab, dass der Indo-Pazifik hier bald folgen wird. In den Schlussfolgerungen des Rates zum Indo-Pazifik heißt es dazu: „Die EU wird prüfen, ob es zweckmäßig ist, Meeresgebiete von Interesse im indopazifischen Raum zu schaffen.“<sup>28</sup> Unterhalb der Schwelle eines offiziellen Militäreinsatzes im Rahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) soll dies dennoch eine dauerhafte Militärpräsenz unter EU-Flagge in der Region ermöglichen.

## Maritime EU-Rüstungsprojekte

Auch wenn teils argumentiert wird, zusammengekommen hätten die EU-Einzelstaaten eine der mächtigsten Flotten der Welt<sup>30</sup>, offenbarte eine Untersuchung des renommierten „International Institute for Strategic Studies“ (IISS) im Jahr 2019 massive Kapazitätsdefizite (zumindest angesichts der gesteckten Ziele) für eine Reihe möglicher Szenarien. Dazu gehörte auch „Operation NEMO“, bei der die benötigten Fähigkeiten zur Kontrolle von Schifffahrtsrouten unter anderem im Indo-Pazifik untersucht wurden. Dabei wurden Defizite insbesondere in den High-End-Bereichen Flugzeugträger, Unter- und Überwasserkampfschiffe, Anti-Minen-Fähigkeiten, Patrouillenschiffen und noch einigem anderen mehr festgestellt.<sup>31</sup>

Zwar ist die Schließung solcher Kapazitätsdefizite weiterhin primär Angelegenheit der Einzelstaaten, die Europäische Union verfügt aber seit Kurzem erstmals auch über nennenswerte Finanzmittel und auch neue Strukturen, um hier steuernd einzuwirken. Dabei ist die „Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung“ („Coordinated Annual Review on Defence“, CARD) für die Identifizierung wichtiger Rüstungsprojekte zuständig. Umgesetzt werden sollen derlei Projekte vor allem im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ („Permanent Structured Cooperation“, PESCO), die wiederum über den „Europäischen

Verteidigungsfonds („European Defence Fund“, EDF) mitfinanziert werden.<sup>32</sup> Im jüngsten CARD-Prozess, der im Dezember 2020 abgeschlossen war, wurden 55 vorrangige Projekte identifiziert, von denen 12 ganz explizit den maritimen Bereich betreffen und eine ganze Reihe weiterer mit ihm in Beziehung stehen (v.a. Fähigkeiten im Weltraum).<sup>33</sup> Bei den PESCO-Projekten sind es derzeit sechs von 46, die direkten Bezug zum maritimen Bereich haben (und wiederum stehen indirekt eine Reihe weiterer damit in Verbindung).<sup>34</sup> Das wichtigste derzeitige maritime PESCO-Projekt dürfte die „European Patrol Corvette“ (EPC) darstellen. Sie wird entwickelt von Italien, Spanien, Griechenland und Frankreich, wobei Paris die EPC wohl auch als Langstreckenschiff in seinen Überseegebieten einsetzen möchte. Die Anbahnung derartiger länderübergreifender EU-Rüstungsprojekte soll durch die Möglichkeit versüßt werden, ihre Entwicklung mit bis zu dreißig Prozent über den neuen EDF finanzieren zu lassen, der zwischen 2021 und 2027 mit insgesamt €7,95 Mrd. befüllt ist. Obwohl in Fachkreisen davon ausgegangen wird, dass eine EDF-Förderung der EPC noch beantragt wird, unterblieb dies bislang. Dafür fanden sich in der ersten EDF-Ausschreibung für das Jahr 2021 nun unter anderem auch über €100 Mio. zur Steigerung maritimer Kampffähigkeiten.<sup>35</sup>

Dies legt jedenfalls folgende Formulierung in den Ratsschlussfolgerungen zum Indo-Pazifik nahe: „Das Konzept unterscheidet sich zwar von GSVP-Missionen und -Operationen, könnte aber zur Bewältigung der bestehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region beitragen. Die Mitgliedstaaten erkennen an, wie wichtig eine bedeutende europäische Marinepräsenz im indopazifischen Raum ist.“<sup>29</sup>

Nahezu identische Forderungen erhob auch die als Indo-Pazifik-Strategie bezeichnete Gemeinsame Mitteilung von Kommission und EU-Außenbeauftragtem vom 16. September 2021. Bereits einen Tag zuvor hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ähnlich der Formulierungen, die sie bereits vor Jahren auf der Münchner Sicherheitskonferenz gewählt hatte, von einer „Ära verstärkter Konkurrenz“ gesprochen und die Indo-Pazifik-Strategie als „Meilenstein“ gelobt.<sup>36</sup>

In der Indo-Pazifik-Strategie wird gewarnt: „In den letzten Jahren hat die geopolitische Dynamik im indopazifischen Raum zu einem intensiven Wettbewerb geführt, der nicht ohne Spannungen in Bezug auf umstrittene Gebiete und Meereszonen geblieben ist.“<sup>37</sup> Darauf soll mit einer Doppelstrategie reagiert werden, die von der Nachrichtenagentur AFP folgendermaßen beschrieben wird: „Die EU will mit weiteren Handels- und Partnerschaftsabkommen, aber auch mit ‚verstärkten Marine-Einsätzen‘ ihren Einfluss im Indopazifik ausbauen.“<sup>38</sup> Weiter ist in der Indo-Pazifik-Strategie die Rede davon, mit dieser Marinepräsenz „sichere Seeverkehrsverbindungen“ schaffen zu wollen, wozu die FAZ schreibt: „Übersetzt heißt das: Die EU will alles dafür tun, um die Schifffahrtsverbindung durch das Südchinesische Meer, über die dreißig Prozent des europäischen Handels mit Asien abgewickelt werden, auch militärisch zu sichern.“<sup>39</sup>

Zwar beeilte sich der EU-Außenbeauftragte Josep Borell zu versichern, die EU-Strategie sei „eine der Zusammenarbeit, nicht der Konfrontation“ mit China<sup>40</sup>, das nehmen ihm allerdings nicht einmal westliche Beobachter ab. So steht die Europäische Union in ihrer Rolle als militärischer Akteur in der Region zwar allenfalls am Anfang – aber der ist eben gemacht. Dass es überhaupt gelang, alle 27 Mitgliedsstaaten, von denen einige durchaus zögerlich gegenüber einer allzu konfrontativen EU-

China-Politik sind, hinter die EU-Strategie für den Indo-Pazifik zu bekommen, wird für sich schon als großer Schritt bewertet.<sup>41</sup> Der Insiderdienst Bruxelles2 sieht in der Indo-Pazifik-Strategie sogar das Gegenstück zur richtungsweisenden US-Hinwendung nach Ostasien unter Barack Obama: „Diese ‚gemeinsame Mitteilung‘ ist vergleichbar mit dem von den USA vor genau zehn Jahren [...] beschlossenen Schwenk nach Asien.“<sup>42</sup>

## „So steht die Europäische Union in ihrer Rolle als militärischer Akteur in der Region zwar allenfalls am Anfang – aber der ist eben gemacht.“

Ungeachtet des dennoch stattfindenden Fingerhakelns mit den USA um Einfluss im Indo-Pazifik signalisiert die EU damit dennoch eine deutliche Annäherung an die auf der anderen Seite des Atlantiks vorherrschende Sicht- und Herangehensweise. Und das wiederum ist ein Signal, dessen Relevanz trotz der bislang noch überschaubaren militärischen EU-Pläne nicht zu unterschätzen ist: „Das chinesische Militär verfügt über rund 350 Schiffe, mehr als die USA aufbieten und lediglich ein paar europäische Schiffe werden das nun China begünstigende militärische Kräfteverhältnis nicht verrücken. Dennoch argumentieren SicherheitsexpertInnen in Asien und Europa, dass davon auszugehen ist, dass die Handlungen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands dabei helfen, dem chinesischen Militär auf mindestens zwei Arten etwas entgegenzusetzen: Erstens, nachdem die Europäer ihre Fähigkeiten und ihre Bereitschaft unter Beweis gestellt haben, maritime Macht im Indo-Pazifik ausüben zu wollen, hat China überhaupt keine andere Wahl als seine Operationspläne für Taiwan und das Südchinesische Meer anzupassen. Selbst falls Großbritannien, Frankreich und Deutschland nicht direkt an einem Kampf teilnehmen, könnten sie die US-Truppen indirekt unterstützen, sagte Nicolas Regaud, der bis 2019 eng in die Indo-Pazifik-Strategie im französischen Verteidigungsministerium involviert war. ‚Sollte China militärische Handlungen gegen die USA im Indo-

Pazifik ergreifen [...] wird Europa wohl kaum zuschauen und nichts tun. [...] Zweitens, sollten die Briten und Franzosen fortfahren, Schiffe in den Indo-Pazifik zu entsenden, würde dies zu einem neuen von den USA angeführten maritimen Kooperationsnetzwerk in der Region führen. [...] Die europäischen Länder präsentieren keine einheitliche Front gegen China. [...] Aber, auf lange Sicht, wird Europa sehr wahrscheinlich eine härtere Gangart gegenüber China einlegen. Ein NATO-Bericht, der am 1. Dezember [2020] veröffentlicht wurde, bezeichnet China als Bedrohung.“<sup>43</sup>

Vor dem Hintergrund sich zumindest teils annähernder Positionen auf beiden Seiten des Atlantiks stellt sich somit in der Tat die Frage, inwieweit sich dies auch auf die NATO auswirkt.

#### 6.4 NATO: Auch dabei?

Eigentlich sollte der Indo-Pazifik für das nordatlantische Militärbündnis geografisch außerhalb des Beuteschemas liegen. Dennoch mehren sich auch hier Forderungen nach einer stärkeren Rolle in der Region, wobei die aktuelle NATO-Strategie aus dem Jahr 2010 – vorsichtig formuliert – nicht mehr ganz aktuell ist. Von China war darin noch überhaupt keine Rede, stattdessen beherrschte noch der ab 2001 begonnene und von der NATO ab 2003 übernommene Krieg in Afghanistan (sowie der ab 2003 geführte US-Krieg im Irak, an dem sich zahlreiche NATO-Verbündete beteiligten) die Überlegungen. Unter dem Eindruck des sich abzeichnenden Scheiterns dieser Kriege widmete sich das 2010er-Konzept deshalb pri-

mär der Frage, wie derlei Interventionen künftig „erfolgreicher“ durchgeführt werden könnten.“<sup>44</sup>

Über die Jahre beschlich nicht nur die USA unter Donald Trump, sondern auch immer mehr Verbündete das Gefühl, die NATO sei keineswegs für die kommenden Aufgaben gerüstet. Richtige Schockwirkungen entfalteten in diesem Zusammenhang im November 2019 Aussagen des französischen Premiers Emmanuel Macron, die allgemein als ernst zu nehmendes Krisensymptom gewertet wurden: „Was wir derzeit erleben, ist der Hirntod der Nato. [Es gibt] keinerlei Koordination bei strategischen Entscheidungen zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten. Wir finden uns das erste Mal mit einem amerikanischen Präsidenten wieder, der unsere Idee des europäischen Projekts nicht teilt.“<sup>45</sup>

Alarmiert war augenscheinlich auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der dies zum Anlass nahm, beim NATO-Gipfel im Dezember 2019 in London einen „Reflektionsprozess“ anzustoßen, in dessen Folge im April 2020 eine von ihm handverlesene ExpertInnengruppe mit der Anfertigung eines Berichts zur Re-Vitalisierung der Allianz beauftragt wurde. Als Vorsitzende der 10köpfigen Runde fungierten der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière sowie Aaron Weiss Mitchell, der ehemalige US-Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten, die Ende 2020 den Bericht „NATO 2030: United for a New Era“ vorlegten. Der Zeitpunkt unmittelbar nach der Abwahl von Donald Trump dürfte wohl kein Zufall gewesen sein, erhofft man sich doch von seinem Nachfolger Joseph Biden, dass er die transatlanti-

### Indo-Pazifik als NATO-Existenzberechtigung

„Will die NATO nicht einen großen Teil ihrer Existenzberechtigung verlieren, wird sie ihre geografische Orientierung ebenfalls deutlich ändern und ausweiten müssen. [...] Eine Hinwendung der Nordatlantischen Allianz in Richtung Asien könnte sich in mehreren Stufen und Intensitäten gestalten. Der erste Schritt wäre, dass die NATO mehr Interesse an der Region zeigen und auch als Allianz die Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum zur Kenntnis nehmen würde. [...] Ein zweiter Schritt würde eine deutlich größere Bereitschaft Europas zu einer fairen Lastenteilung mit den USA hinsichtlich Asien erfordern. [...] Langfristig werden

die großen europäischen Staaten allerdings, sofern sich der chinesisch-amerikanische Bilateralismus realisiert, nicht umhinkommen, in einem dritten Schritt ihrerseits Fähigkeiten zur weitreichenden Machtprojektion vor allem im maritimen Bereich aufzubauen. Das gilt nicht nur aus der Perspektive der NATO, sondern auch aus der Sicht der EU, wenn diese ihrem eigenen Anspruch des ‚global Player‘ gerecht werden will.“ (Karl-Heinz Kamp, bis 2019 Leiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und seither Sonderbeauftragter des Politischen Direktors im BMVg<sup>46</sup>)

schen Reihen wieder schließen wird, auch wenn nicht zuletzt der Eklat um den AUKUS-Pakt derlei Hoffnungen zumindest einen kleinen Dämpfer verpasst haben dürfte (siehe Kapitel 6.5).

Ziel des NATO-2030-Berichts ist es jedenfalls, das Bündnis künftig gegen Russland und inzwischen auch – und das ist neu – gegen China noch aggressiver in Stellung zu bringen. In dem Papier wird explizit bemängelt, dass das aktuelle Strategische Konzept aus dem Jahr 2010 dringend überarbeitet werden müsse, wofür es sich als Ideengeber versteht: „Die NATO muss ihr Strategisches Konzept von 2010 erneuern. [...] Die NATO muss sich an die Erfordernisse herausfordernderer strategischer Rahmenbedingungen anpassen, die durch die Rückkehr systemischer Rivalitäten, einem unablässig aggressiven Russland, den Aufstieg Chinas und die wachsende Bedeutung neuer Technologien geprägt werden. [...] Die Welt der NATO wird in den nächsten 10 Jahren anders sein als die, die sie sowohl während des Kalten Krieges als auch in den Jahrzehnten unmittelbar danach bewohnte. Sie wird eine Welt konkurrierender Großmächte sein, in der aggressive autoritäre Staaten mit revisionistischen außenpolitischen Agenden darauf abzielen, ihre Macht und ihren Einfluss auszuweiten.“ Zwar wird auch Russland ausführlich „gewürdigt“, aber China wird in NATO 2030 weitaus prominenter als in früheren Jahren ins Visier genommen: „Die NATO muss den von China ausgehenden Sicherheits Herausforderungen mehr Zeit, politische Ressourcen und Aktivitäten widmen. [...] Das Bündnis sollte die Herausforderung durch China in alle existierenden Strukturen einfließen lassen und es in Betracht ziehen, ein beratendes Gremium ins Leben zu rufen, um dort alle Aspekte der sicherheitspolitischen Interessen der Verbündeten vis-à-vis China zu diskutieren.“ Schon länger wird in diesem Zusammenhang eine stärkere NATO-Präsenz insbesondere im Indo-Pazifik gefordert, um China verstärkt entgegenzutreten. In dasselbe Horn bläst auch der ExpertInnenbericht: „Schaut man auf das Jahr 2030, dann sollte die NATO ihre engen Beziehungen in einer Zeit zunehmender geostrategischer Konkurrenz und globaler Bedrohungen nicht nur in der unmittelbaren Nachbarschaft, sondern auch weiter draußen im Indo-Pazifik nutzen.“<sup>47</sup>

Der Bericht NATO 2030 diente auch als Vorlage für die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels im Juni 2021. Zwar war China bereits zuvor schon ein-

mal in einem offiziellen Dokument namentlich erwähnt worden<sup>48</sup>, nun hatte sich aber auch hier der Ton deutlich verschärft: „Wir sehen uns vielfacher Gefahren und systemischer Konkurrenz von energisch auftretenden Mächten gegenüber.“<sup>49</sup> Weiter heißt es dort: „Die selbsterklärten Ambitionen Chinas und sein forsches Auftreten stellen systemische Herausforderungen der regelbasierten internationalen Ordnung dar und das in Gegenden, die für die Sicherheit der Allianz wichtig sind.“<sup>50</sup> Und schließlich: „Wir sind entschlossen, unseren technologischen Vorsprung zu bewahren.“<sup>51</sup>

Zwar geht auch aus der Gipfelerklärung eindeutig hervor, dass Russland innerhalb des NATO-Kontextes weiter als Hauptgegner wahrgenommen wird – gegenüber 63 Erwähnungen brachte es China „nur“ auf deren 10. Auf der anderen Seite sollte nicht unterschätzt werden, dass sich die Allianzmitglieder damit in einem offiziellen Dokument auf China als Rivalen und Bedrohung verständigt haben.<sup>52</sup> Ende Oktober 2021 folgte dann der Beschluss, einen NATO-Fonds mit einer Milliarde Euro zur Förderung militärischer Hochtechnologien auszuloben, für den China wohl die Hauptmotivation darstellte.<sup>53</sup> Ob dies alles für die NATO mit ihrem eigentlich nordatlantischen Fokus tatsächlich auch bedeutet, künftig militärisch direkt im Indo-Pazifik Präsenz zeigen zu wollen, ist gegenwärtig noch offen, gerade weil sich die USA und die EU durchaus auch als Konkurrenten um Einfluss in der Region betrachten.

## 6.5 EU vs. AUKUS?

Dass die transatlantischen Beziehungen auch unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden nicht zwingend in deutlich ruhigere Fahrwasser geraten könnten, zeigte sich bereits anhand der Probleme um den Truppenabzug aus Afghanistan. Noch deutlicher wurde dies Mitte September 2021, als die USA, Großbritannien und Australien recht überraschend ein AUKUS genanntes Bündnis ankündigten, auf das vor allem Frankreich, aber auch andere EU-Staaten, hochgradig verärgert reagierten. Geharnischte Pressemitteilung wurden veröffentlicht, Treffen auf Ministerebene abgesagt und nicht zuletzt die französischen Botschafter zwischenzeitlich aus den USA und Australien abgezogen. Es handele sich um eine „einseitige, brutale und unvorhersehbare Entscheidung“, polterte zum Beispiel der fran-

zösische Außenminister Jean-Yves Le Drian. „Ich bin wütend. So etwas macht man nicht unter Verbündeten.“<sup>54</sup>

Tatsächlich hat das AUKUS-Abkommen den Franzosen ein riesiges Geschäft vermässelt, bei dem es um eine 2016 vertraglich beschlossene Lieferung von zwölf konventionellen U-Booten an Australien ging. Ursprünglich war dabei die Rede von einem Volumen von rund 31 Mrd. Euro, das sich zuletzt aufgrund diverser Probleme aber auf 56 Mrd. Euro aufgebläht hatte.<sup>55</sup> Ein Aspekt des AUKUS-Pakts besteht aus der Unterstützung Australiens beim Bau von acht nuklearbetriebenen U-Booten, was gleichbedeutend mit der Aufkündigung des Vertrages mit Frankreich ist. Natürlich geht es hier um erhebliche Summen<sup>56</sup>, doch erklärt dies wohl dennoch nicht allein die Schärfe, mit der sowohl Frankreich als auch andere EU-Akteure reagierten: „Was dort entschieden worden ist und die Art und Weise, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist, ist irritierend. Und es ist ernüchternd nicht nur für Frankreich“, äußerte sich etwa Außenminister Heiko Maas.<sup>57</sup> Und auch die EU sprang Paris in Form von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Seite: „Einer unserer Mitgliedstaaten wurde auf eine Weise behandelt, die inakzeptabel ist.“<sup>58</sup>

Viel wurde daraufhin zunächst einmal über die Details gestritten, nämlich ob Frankreich tatsächlich „überrumpelt“ wurde, wie vielfach zu hören war. Dem wurde entgegengehalten, dass es bereits im Januar 2021 Berichte gab, denen zufolge sich Australien wegen mannigfaltiger Probleme, unter anderem massiven Verzögerungen und Kostensteigerungen, nach Alternativen umsehe.<sup>59</sup> Allerdings berichtet unter anderem Telepolis darüber, Frankreich sei bis zuletzt offiziell versichert worden, alles laufe bestens: „Am 15. September, am Tag der Bekanntgabe von Aukus, habe man noch ein offizielles Schreiben aus Australien bekommen, wonach man in Canberra zufrieden mit dem Vertrag sei und bereit für die nächste Stufe, so der Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums, Herve Grandjean.“<sup>60</sup> In jedem Fall scheinen die Verbündeten nicht im Vorfeld über das AUKUS-Bündnis informiert worden zu sein: „Wir wurden nicht konsultiert“, beschwerte sich etwa der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.<sup>61</sup>

Auch über militärisch-technische Argumente wurde gestritten, wenn etwa der australische Premierminister Scott Morrison in seiner zentralen

Pressekonferenz am 16. September 2021 als Begründung seiner Entscheidung vor allem auf die längere Reichweite und höhere Geschwindigkeit nukleargetriebener U-Boote verwies.<sup>62</sup> Das ist einerseits richtig: Während konventionelle U-Boote laut einer Studie des „Center for Strategic and Budgetary Assessments“ primär für küstennahe Operationen gedacht seien, weil sie nur 11 Tage im Südchinesischen Meer operieren könnten, seien atombetriebene U-Boote dazu mehr als zwei Monate in der Lage.<sup>63</sup> Mit dieser Befähigung werden derlei U-Boote also für militärische Planungen gegen China nutzbar, woraus sich unter anderem das australische (und amerikanisch-britische) Interesse erklären dürfte.<sup>64</sup> Allerdings wäre auch Frankreich in der Lage gewesen, Atom-U-Boote zu liefern. Mehr noch, denn wie ein Artikel der FAZ betont, seien die für Australien vorgesehenen U-Boote extra auf einen konventionellen Antrieb umkonstruiert worden, weil „Frankreich seinerzeit von Washington unter Druck gesetzt worden war, keine [...] atomgetriebenen Boote an Australien zu verkaufen.“<sup>65</sup>

Frankreich hatte sich von dem U-Boot-Geschäft die Basis für eine langfristige strategische Partnerschaft für die Sicherung und den Ausbau seines Einflusses in der Region versprochen, wie der französische Strategieexperte Bruno Tertrais erläuterte: „Für Frankreich war der Vertrag Teil der größeren Logik einer langfristigen strategischen Partnerschaft – eine fünfzigjährige Vermählung.“<sup>66</sup> Daher war man in Paris sichtlich stolz darauf, mit Australien einen traditionell engen Verbündeten der USA und Großbritanniens vermeintlich auf seine Seite gezogen zu haben – umso verschnupfter ist man deshalb, dass sich diese Hoffnung als trügerisch herausgestellt hat: „Australien ist eindeutig in der angelsächsischen, amerikanischen und britischen Welt verankert, vor allem durch Geheimdienstabkommen. Das Abkommen mit Frankreich war eine Art Einbruch in diese geopolitische Achse mit historischen Wurzeln. Wir erleben also das Erstarken des Fünferblocks (USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Australien, Neuseeland), auf den Europa reagieren muss, wenn es wirklich bestehen will.“<sup>67</sup>

Hier dürfte die eigentliche Tragweite des AUKUS-Paktes liegen, schließlich wurde immer wieder auf die ein oder andere Weise über die Perspektiven einer „Asiatischen NATO“ nachgedacht. Dabei wurde häufig argumentiert, Ausgangspunkt hierfür



Quelle: US Embassy and Consulates in Australia

Abbildung 12: US-Präsident Joseph Biden mit den angeschlossenen Staatsoberhäuptern Australiens und Großbritanniens bei der Bekanntgabe des AUKUS-Paktes.

könnte der „Quadrilateral Security Dialogue“ (QUAD) zwischen Amerika, Australien, Indien und Japan sein.<sup>68</sup> Nun könnte der AUKUS-Pakt einer solchen Entwicklung zusätzlichen Schub verleihen, schließlich geht das Abkommen weit über die Frage von U-Booten hinaus. Vereinbart wurde unter anderem auch eine enge Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen der KI-High-Tech-Rüstung. Außerdem wird schon darüber spekuliert, dass auch andere Länder dem Pakt beitreten könnten, genannt werden Kanada, Indien, Japan, Taiwan und Südkorea.<sup>69</sup> Auffällig ist dabei, dass sich unter den möglichen Kandidaten kein EU-Land befindet. Aus der Sicht des Geopolitik-Experten und früheren Chefs des privaten Nachrichtendienstes „Strategic Forecast“, George Friedman, dürfte hier der Grund für die scharfen Reaktionen Frankreichs aber auch der EU liegen: „Der wichtigste Punkt besteht darin, dass ein sehr reales internationales Bündnissystem im Entstehen begriffen ist, das sich auf die Meere konzentriert. Die NATO gibt es weiterhin, aber ihre Aufgaben und Fähigkeiten im Falle eines Krieges sind unklar. Die englischsprachige Allianz bewegt sich schrittweise voran. Wir müssen die Zurückweisung des französischen Vertrages in diesem Licht betrachten. Und womöglich hat der französische Zorn, der weit über einen zweifellos lukrativen Vertrag hinausgeht, etwas damit zu tun.“<sup>70</sup>

Unklar ist auch, ob das rüde Vorgehen der USA schlicht diplomatischer Inkompetenz geschuldet war oder ob es sich um einen gezielten Affront gegen Frankreich und damit aber auch die EU-Indo-Pazifik-Strategie handelte. In jedem Fall wirft das US-Vorgehen Fragen auf, nicht zuletzt auch deshalb, weil Washington bekannt gewesen sein dürfte, dass die Veröffentlichung der EU-Indo-Pazifik-Strategie pikanterweise ursprünglich am selben Tag hätte erfolgen sollen, an dem der AUKUS-Pakt zumindest in Teilen den EU-Ambitionen in der Region einen Strich durch die Rechnung machte.<sup>71</sup> Der gesamte Vorgang, aber auch nicht zuletzt die Terminierung wurde auch hierzulande teils als demütigend wahrgenommen: „Die Frage ist [...] was mehr zu bewundern ist: Die glasklare Bereitschaft Australiens, sich an der Seite der USA in eine unauflösbare Konfrontation mit China zu begeben – trotz aller nachteiligen wirtschaftlichen Auswirkungen; oder die Chuzpe, mit der die USA Frankreich als wichtigen Verbündeten in Europa vor den Kopf stoßen – dies auch noch am Tag der Veröffentlichung einer EU-Pazifik-Strategie, die Brüssels außenpolitische Ambitionen als Sandkastenspielerei entlarvt. Für die EU und nebenbei auch für Deutschland ist dies ein blamabler Augenblick.“<sup>72</sup>

Als Konsequenz wird der AUKUS-Pakt nicht nur in Frankreich als eine Art „Weckruf“ interpretiert,

sich als EU auch gegenüber den USA eine noch stärkere machtpolitische Beinfreiheit – „Strategische Autonomie“ – erarbeiten zu müssen. So war einer gemeinsamen Erklärung des französischen Verteidigungs- und Außenministeriums folgende Lektion zu entnehmen: „die Notwendigkeit, die Frage der europäischen strategischen Autonomie laut und deutlich anzusprechen. Es gibt keinen anderen glaubwürdigen Weg, unsere Interessen und Werte in der Welt zu verteidigen, auch nicht im indopazifischen Raum.“<sup>73</sup> Und auch in Deutschland wurden unmittelbar nach dem AUKUS-Eklat ähnlich Rufe laut: „Wenn die EU-Partner so vereint Verteidigungspolitik machen würden, wie sie jetzt jammern, dann hätte es das Australien-Debakel vielleicht gar nicht gegeben. Dieses Versäumnis betrifft besonders Deutschland. [...] Die EU hat nur in Ansätzen eine Strategie für den Indopazifik, und vor allem lässt sie kaum Bereitschaft erkennen, Europa robust als globalen sicherheitspolitischen Akteur zu positionieren. Wenn jemand diesen Anspruch verfolgt, dann die Franzosen. Als Großmannssucht einer Ex-Weltmacht belächeln die Deutschen diese Ambitionen gern. Dabei könnte Europa viel effizienter Sicherheitspolitik betreiben, wenn nur die Deutschen endlich ihre Scheu davor verlören. Das ist die große außenpolitische Herausforderung der nächsten Bundesregierung.“<sup>74</sup>

Zwar hatten sich die Wogen nach dem „Versöhnungstelefonat“ der Staatschefs Macron und Biden einige Tage nach dem AUKUS-Eklat wieder ein wenig geglättet.<sup>75</sup> Dass dadurch aber auch längerfristig etwas nachhallen wird, ist nicht auszuschließen: „Etwas ist zerbrochen in den transatlantischen Beziehungen“, sagte etwa EU-Industriekommissar Thierry Breton. Deshalb sei es „eine gute Idee“, über die „Neuorientierung der Partnerschaft“ nachzudenken.<sup>76</sup> Wie tief der Riss aber tatsächlich geht, ist schwer abzuschätzen, allerdings wäre ein grundlegendes Umdenken in der Tat sehr wünschenswert, nämlich in der Form, dass sich die Europäische Union von der aggressiven China-Politik der USA distanzieren würde. Stattdessen scheint aber auch hier aus dem AUKUS-Pakt die Lehre gezogen zu werden: „Wenn Du Verbündete (und Einfluss) im Indo-Pazifik willst, rüste dich für den Krieg.“

- 1 Heiduk/Wacker 2020, S. 6.
- 2 Walkenhorst 2021.
- 3 EU-China – Strategische Perspektiven, Gemeinsame Mitteilung JOIN(2019) 5 final, Straßburg, 12.03.2019, S. 1.
- 4 Kluth, Andreas: Europe Just Declared Independence From China, Bloomberg, 05.09.2020.
- 5 Diab, Ahmed: A New European Strategy for the Indo-Pacific: Drivers and Constraints, EPC Policy Brief, 28.09.2020.
- 6 Borell, Josep: Embracing Europe’s Power, project-syndicate.org, 08.02.2020.
- 7 Lübckemeier, Eckhard: Europa schaffen mit eigenen Waffen? Chancen und Risiken europäischer Selbstverteidigung, SWP-Studie, September 2020, S. 12ff.
- 8 Kolb, Matthias: Bericht ohne Fortschritte, Süddeutsche Zeitung, 28.04.2021.
- 9 Borell, Josep: Why I went to Jakarta and why the Indo-Pacific matters for Europe, eead, 05.06.2021.
- 10 Haydt, Claudia/Wagner, Jürgen: Die Militarisierung der EU – Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht, Berlin 2018, Kapitel I.
- 11 Harder, Markus: Anforderungen an eine Europäische Maritime Sicherheitsstrategie, SWP-Aktuell, Juli 2013, S. 3.
- 12 Für einen offenen und sicheren globalen maritimen Bereich: Elemente einer Strategie der Europäischen Union für maritime Sicherheit, Gemeinsame Mitteilung JOIN(2014) 9 final, Brüssel, 06.03.2014.
- 13 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, 28.06.2016, S. 35.
- 14 Wir brauchen eine europäische Strategie für den Indo-Pazifik, Handelsblatt, 11.04.2021.
- 15 Wacker, Gudrun: Europe and the Indo-Pacific: comparing France, Germany and the Netherlands, ARI, Nr. 29/2021, S. 3.
- 16 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum – Schlussfolgerungen des Rates, 16.04.2021.
- 17 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum, Gemeinsame Mitteilung JOIN(2021) 24 final, Brüssel, 16.09.2021.
- 18 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum – Schlussfolgerungen des Rates, 16.04.2021, Ziffer 4.
- 19 Ebd., Ziffer 6.
- 20 Wacker 2021, S. 21.
- 21 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum – Schlussfolgerungen des Rates, 16.04.2021, Ziffer 6.
- 22 Ebd.
- 23 Allerdings ist die Bundesregierung darum bemüht, dies lediglich als einen (erwünschten) Nebeneffekt darzustellen: „Die Bundeswehr hat in den vergangenen zehn Jahren keine Einsätze, Manöver, Fahrten oder andere Aktivitäten unternommen, die ausschließlich der Sicherung von Handelswegen gedient hätten. Die Beteiligung an mandatierten Marineeinsätzen, etwa an EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA, mit dem Kernmandat des Schutzes von Seetransporten der Vereinten Nationen sowie der Pirateriebekämpfung, führt auch für die Handelsschifffahrt zu einer verbesserten Sicherheitslage.“ (Sicherung von Handelswegen durch die Bundeswehr, Drucksache 19/32669, 11.10.2021)
- 24 Horn von Afrika – EUNAVFOR Somalia Operation Atalanta, bmvg.de, o.J.



- 25 „Im Jahr 2016 überraschte der damalige französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian seine europäischen Amtskollegen mit der Idee, im Südchinesischen Meer eine regelmäßige und sichtbare Präsenz europäischer Seestreitkräfte aufzubauen.“ (Heiduk/Wacker 2020, S. 40)
- 26 Latici 2021, S. 6.
- 27 Golf von Guinea wird Seegebiet von europäischem Interesse, Marineforum, 25.01.2021.
- 28 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum – Schlussfolgerungen des Rates, 16.04.2021, Ziffer 6.
- 29 Ebd.
- 30 Latici 2021, S. 1.
- 31 Barry, Ben u.a.: Defending Europe: scenario-based capability requirements for NATO's European members, IISS Research Papers, 10.05.2019, S. 11ff.
- 32 Haydt/Wagner 2018, Kapitel II.
- 33 Fiott, Daniel: Naval Gazing? EUISS Brief, Nr. 16/2021, S. 6.
- 34 Latici 2021, S. 7f.
- 35 Fiott 2021, S. 6.
- 36 Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union, 15.09.2021.
- 37 EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum, Gemeinsame Mitteilung JOIN(2021) 24 final, Brüssel, 16.09.2021, S. 2.
- 38 EU will ihren Einfluss im Indopazifik ausbauen, AFP, 16.09.2021.
- 39 Gutschker, Thomas: Doppelbödiges Signal an China. EU stellt neue Indo-Pazifik-Strategie vor, FAZ, 14.09.2021.
- 40 EU will ihren Einfluss im Indopazifik ausbauen, AFP, 16.09.2021.
- 41 Pejsova, Eva: The EU's Indo-Pacific Strategy in 10 Points, The Diplomat, 20.04.2021.
- 42 Gros-Verheyde, Nicolas: L'Europe veut renforcer sa présence en Indo-Pacifique. Dialogue politique et diplomatie navale à la clé, Bruxelles2, 16.09.2021.
- 43 Hiroyuki, Akita: European navies hold stronger China deterrent than first appears, asia.nikkei.com, 05.03.2021.
- 44 Strategic Concept 2010, Nato.int, 19.11.2010.
- 45 Macron nennt die Nato „hirntot“ – Merkel hält Kritik für „nicht nötig“, Handelsblatt, 07.11.2019.
- 46 Kamp, Karl-Heinz: Das strategische Langfrist-Problem der NATO, in: Sirius, Nr. 2/2019.
- 47 NATO 2030: United for a New Era, 25.11.2020.
- 48 Londoner Erklärung, veröffentlicht durch die Staats- und Regierungschefs der NATO bei ihrem Treffen in London, 3.-4. Dezember 2019, London, 04.12.2019.
- 49 Brussels Summit Communiqué, Brüssel, 14.06.2021, Ziffer 3.
- 50 Ebd., Ziffer 55.
- 51 Ebd., Ziffer 37.
- 52 Nouwens, Meia: What next for NATO and China? IISS Analysis, 18.06.2021.
- 53 Eine Milliarde für neue Technologie, tagesschau.de, 22.10.2021.
- 54 Borutta, Julia: Frankreich ruft Botschafter zurück, tagesschau.de, 18.09.2021.
- 55 Meister, Martina: Bidens Ohrfeige für Frankreich ist auch eine Kampfansage an die EU, Die Welt, 20.09.2021.
- 56 Der Hauptauftragnehmer Naval Group kündigte später auch an, auf Ausfallzahlungen drängen zu wollen. Siehe U-Boot-Bauer Naval schickt Australien Rechnung für geplatzten Deal, Die Presse, 23.09.2021.
- 57 „Irritierend“ und „ernüchternd“ – Maas und EU-Kollegen über neue AUKUS-Allianz, snanews.de, 21.09.2021.
- 58 Von der Leyen nennt Behandlung Frankreichs „inakzeptabel“, Spiegel Online, 20.09.2021.
- 59 Newdick, Thomas: Australia Reportedly Looking At An Alternative To Its Costly New French-Designed Submarines, thedrive.com, 19.01.2021.
- 60 Pany, Thomas: U-Boot-Streit: Wie viel traut sich Europa gegenüber den USA zu? Telepolis, 22.09.2021.
- 61 Kühl, Christiane: Europas neue Strategie zu China: Überschattet vom umstrittenen U-Boot-Deal – „nicht akzeptabel“, Merkur, 23.09.2021.
- 62 Press Conference – Prime Minister, Transcript, Canberra, ACT, 16.09.2021.
- 63 Thomas, Jim u.a.: Gateway to the Indo-Pacific: Australian Defense Strategy and the Future of the Australia-U.S. Alliance, CSBAO, 09.11.2013. Aufgrund des Alters der Studie wird darauf hingewiesen, dass neuere konventionelle U-Boote eine leicht verbesserte Reichweite haben dürften, die Grundtendenz aber unverändert bleibe. Siehe dazu Duchâtel, Mathieu: Australia And The Future of Deterrence Against China, institutmontaigne.org, 22.09.2021.
- 64 Siehe zum militärischen „Nutzen“ nuklearer australischer U-Boote gegen China ebd.
- 65 Ein Deal entzweit den Westen, FAZ, 16.09.2021.
- 66 Tertrais, Bruno: France, America and the Indo-Pacific after AUKUS, institutmontaigne.org, 20.09.2021.
- 67 La France prise à revers par l'alliance anglo-saxonne dans le Pacifique. Les Européens oseront-ils répliquer? Bruxelles2, 17.09.2021.
- 68 Neues Gegengewicht für China und Russland, FAZ, 09.03.2021.
- 69 Lucas, Edward: J'AUKUS (J'accuse), Center for European Policy Analysis (CEPA), 20.09.2021.
- 70 Friedman, George: Why Australia Spurned France, geopolitical-futures.com, 21.09.2021.
- 71 Die Veröffentlichung der EU-Indo-Pazifik-Strategie wurde recht kurzfristig um einen Tag auf den 16. September verschoben, um nicht mit der Rede zur Lage der Union von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Konflikt zu geraten.
- 72 Kornelius, Stefan: Der neue Kalte Krieg, Süddeutsche Zeitung, 16.09.2021.
- 73 La France prise à revers par l'alliance anglo-saxonne dans le Pacifique. Les Européens oseront-ils répliquer? Bruxelles2, 17.09.2021.
- 74 Böhmer, Daniel Dylan: Deutschland trägt eine Mitschuld am U-Boot-Debakel, Die Welt, 18.09.2021.
- 75 „Kleines mea culpa, Verpflichtung zur Konsultation der Verbündeten, Betonung der europäischen Verteidigung, der Rolle in der Sahelzone und im indopazifischen Raum - das gemeinsame Kommuniqué, das aus der Diskussion zwischen dem amerikanischen und dem französischen Präsidenten hervorging, ist einen Blick wert.“ (Les présidents Biden et Macron enterrent la hache de guerre. Washington adoube la défense européenne, Bruxelles2, 23.09.2021)
- 76 Meister, Martina: „Etwas ist zerbrochen in den transatlantischen Beziehungen“, Die Welt, 21.09.2021.

## 7. Doppelmoral: Von der Heuchelei zur Eskalation?

Vorwürfe an China, es verletzte die sogenannte Regelbasierte Ordnung, kommen zumeist mit einem weit erhobenen moralischen Zeigefinger daher. „Peking teilt unsere Werte nicht“, damit begründete beispielsweise NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Kursverschärfung des Bündnisses und verwies dabei auf die Unterdrückung der Uiguren und der Proteste in Hongkong sowie auf Drohungen gegenüber Taiwan.<sup>1</sup> Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass die ganze Sache mit den Regeln und Werten bei weitem nicht so simpel ist, wie das vom Westen suggeriert wird. Im Indo-Pazifik sind es besonders die chinesischen Territorialansprüche, die die Gemüter erhitzen. Allerdings verletzt der Westen dieselbe viel beschworene Regelbasierte Ordnung bedenkenlos überall dort, wo sie seinen eigenen Interessen im Weg steht. Mit dem Streit um das Chagos-Archipel, auf dem sich auch der zentrale Militärstützpunkt Diego Garcia befindet, liegt sogar ein solcher Fall vor, der unmittelbar mit den Geschehnissen im Indo-Pazifik zusammenhängt und der das instrumentelle Verhältnis deutlich vor Augen führt, das hier vom Westen an den Tag gelegt wird. Nichtsdestotrotz beharren vor allem die USA, aber auch Großbritannien und Frankreich darauf, mittels den Manövern zur Freiheit der Schifffahrt die Handelswege in der Region offen – oder aus chinesischer Sicht: unter Kontrolle – zu halten. Im Zuge dieser Manöver steigt in der zunehmend aufgeheizten Situation die Gefahr, dass es zu einer Eskalation kommt, die sich aufgrund des stattfindenden regionalen wie globalen Rüstungswettlaufs auch schnell ausbreiten könnte.

### 7.1 Chagos-Inseln: Die Sache mit den Regeln

Eine ganze Reihe von AutorInnen haben herausgearbeitet, dass die viel gerühmte Regelbasierte Ordnung vor allem auch ein Mittel darstellt, um zuvor häufig gewaltsam geschaffene Macht- und Ausbeutungsverhältnisse rechtlich zu kodifizieren.<sup>2</sup> Aus Beschreibungen geht hervor, dass es nachvollziehbar ist, wenn auch in China allein schon aus eigener Erfahrung heraus eine derartige Sicht geteilt wird: „Die Krise von 2008 hatte neben anderen Dingen gezeigt, dass das westliche Wirtschaftsmodell nicht in der Lage ist, mit fairer Konkurrenz umzugehen, wenn es nicht durch militärische Vorherrschaft abgesichert ist. Von der liberalen Handels- und Wirtschaftsordnung profitierten vornehmlich diejenigen, die ihre Regeln auf Grundlage ihrer militärischen und maritimen Überlegenheit entworfen haben, zuerst das Vereinigte Königreich, dann die Vereinigten Staaten. Ihre überlegenen Waffen und Kriegsschiffe machten es neben einer effizienten militärischen Organisation möglich, Kolonien auszuplündern und Handelsregeln zu diktieren. Das plastischste Beispiel hierfür ist die Reihe von Kriegen im 19. Jahrhundert, die China zwangen, sich am Opiumhandel mit Britisch Indien zu beteiligen, der sich für Großbritannien als überaus erfolgreich erwies, aber große Teile der chinesischen Gesellschaft vergiftete und ihren Ruin beschleunigte.“<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund fällt das britische Gebaren rund um die Regelbasierte Ordnung noch einmal besonders unangenehm auf. Der Grund sind

nicht zuletzt die Vorgänge um den Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 25. Februar 2019 im Falle der Chagos-Inseln. Die einzig bewohnte Insel des Atolls ist Diego Garcia, wo einige britische und mehrere tausend amerikanische SoldatInnen stationiert sind und die von erheblicher Bedeutung für die Machtprojektion gegen China ist (siehe Kasten). „Die USA haben den Stützpunkt allerdings von Großbritannien nur gepachtet, das sich die Chagos-Inseln wegen seiner strategischen Lage 1965, kurz vor der Unabhängigkeit der britischen Kolonie Mauritius 1968, gesichert hatte. [...] Im Hintergrund standen bereits die USA, die hier ebenfalls einen Stützpunkt einrichten wollten. Es kam zu einem Vertrag, der den USA die Nutzung bis 2016 garantiert hatte und dann auf 2036 verlängert wurde.“<sup>4</sup>

### Diego Garcia: Zentraler Militärstützpunkt

Die USA nutzten ihre Militärbasis auf Diego Garcia im Indischen Ozean unter anderem als Startpunkt für Luftangriffe im Irak-Krieg 20035 und betrieben dort auch ein „Gefangenenlager, in dem mutmaßliche Terroristen gefangen gehalten, verhört und gefoltert wurden. Bis zur Aufdeckung durch Medienrecherchen 2003 war das Lager anders als zum Beispiel Guantanamo Bay komplett geheim.“<sup>6</sup>

Aber auch für die Machtprojektion in Richtung China gilt der Stützpunkt schon lange als unentbehrlich: „Der Stützpunkt liege in relativer Nähe ,zu nahezu allen Meerengen, wesentlichen maritimen Kommunikationslinien und potentiellen chinesischen Marinebasen in der Region‘, erklärt Michael McDevitt, Konteradmiral a. D. der U.S. Navy, 2020 in einem Kommentar auf der Militärwebseite ‚War on the Rocks‘. [...] Diego Garcia liegt darüber hinaus im Zentrum eines entstehenden Netzwerks von Stützpunkten, die Verbündete der Vereinigten Staaten unterhalten und das faktisch den gesamten Indischen Ozean abdeckt. Im Osten des Meeres ist vor allem Australien mit seinen Stützpunkten im Westen und im Norden des Landes sowie auf den Kokosinseln präsent; dort wird derzeit eine neue Landebahn gebaut. Im Norden befindet sich zusätzlich zu den Einrichtungen auf dem indischen Festland unter anderem Port Blair auf den Andamanen; im Westen wiederum baut Indien militärische Einrichtungen auf den Seychellen und auf den zu Mauritius gehörenden Agalega-Inseln. Frankreich unterhält eigene Militärstützpunkte in seinen Übersee-Départements Réunion und Mayotte. Mayotte übrigens ist im Zuge der Entkolonialisierung von den Komoren getrennt worden, zu denen es eigentlich gehört; die Komoren fordern die Inseln bis heute zurück. Die Situation wird immer wieder mit derjenigen des Chagos-Archipels verglichen.“<sup>7</sup>

Um den Stützpunkt unter Kontrolle zu bringen, wurden etwa 2.000 ChagossianerInnen zwangsweise umgesiedelt, die sich seit vielen Jahren um eine Entschädigung und ein Rückkehrrecht bemühen. Das Ganze ging an den IGH, der schließlich einen bahnbrechenden Spruch fällte: „[Am 25. Februar 2019] verkündete der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung, die mehrheitlich 13:1 zustandekam, nur der britische Richter stimmte dagegen. Danach ist die Annexion der Chagos-Inseln völkerrechtlich illegal. Die britische Regierung wird aufgefordert, die Inseln schnell wieder an Mauritius zurückzugeben.“<sup>8</sup> Im Lichte des Schiedsspruches demonstrierte Großbritannien mit Unterstützung oder zumindest stillschweigender Billigung seiner westlichen Verbündeten, wie weit es mit der Regelbasierten Ordnung im Ernstfall her ist: „Das britische Außenministerium machte schon einmal Widerstand deutlich. Die Meinung sei kein Urteil. Man werde sie sich genau ansehen, aber sie sei rechtlich nicht verbindlich. Und der Stützpunkt auf dem Bri-

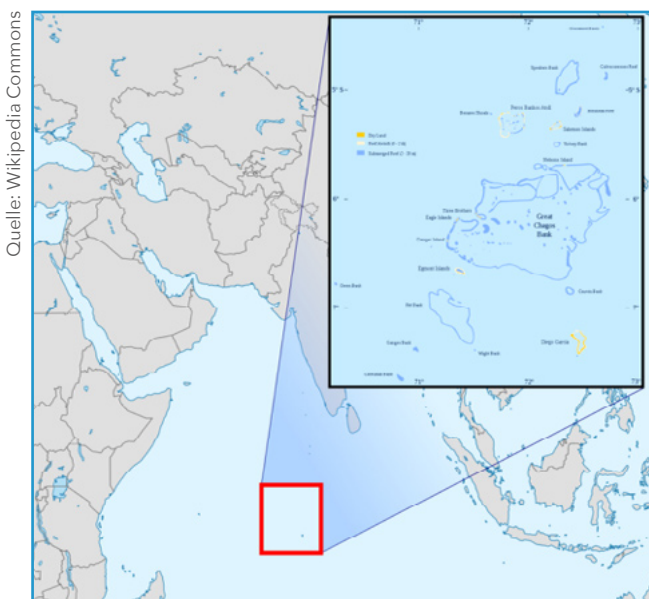


Abbildung 13: Das Chagos-Archipel mit dem Militärstützpunkt Diego Garcia.

Quelle: Wikipedia Commons

tish Indian Ocean Territory sei notwendig, um ‚die Menschen in Großbritannien und auf der ganzen Welt von terroristischen Bedrohungen, organisierter Kriminalität und Piraterie zu schützen.‘<sup>9</sup>

Aber auch bildlich ließ Williamson fast keine Anspielung aus – für seinen zentralen Aufschlag, das Interview im Independent Ende Dezember 2018, ließ er sich abbilden mit:

- dem Union Jack neben sich;
- einem Churchill-Bild im Hintergrund; und
- einem auf alt gemachten Globus am Rand.<sup>11</sup>

Doch damit war die Angelegenheit noch nicht vom Tisch: „Am 22. Mai 2019 forderte die UN-Vollversammlung Großbritannien in der Resolution 73/295 auf, die Kontrolle binnen sechs Monaten an Mauritius abzutreten. 116 Staaten stimmten für die Resolution und sechs dagegen. Dagegen stimmten neben dem Vereinigten Königreich die Vereinigten Staaten, Ungarn, Israel, Australien und die Malediven. 56 Länder enthielten sich, darunter Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Portugal, Polen und Rumänien. Andere europäische Staaten wie Österreich, die Schweiz, Irland, Spanien, Schweden und Griechenland stimmten dafür. Die Abstimmung

wurde vielfach als schwere diplomatische Niederlage des Vereinigten Königreichs bewertet. Die Frist verstrich im November 2019, ohne dass es zu einer Rückgabe kam. Am 25. Januar 2021 sprach der Internationale Seegerichtshof die Chagos-Inseln Mauritius zu und bestätigte damit die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom Februar 2019.“<sup>12</sup>

Mit seiner Enthaltung zur Resolution der UN-Generalversammlung hat auch Deutschland sein instrumentelles Verhältnis zur Regelbasierten Ordnung unter Beweis gestellt. Untermauert wird dies auch dadurch, dass die deutsche Fregatte Bayern auf ihrer Indo-Pazifik-Tour ausgerechnet auch in Diego Garcia halt machte. Selbst aus der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ kam hierzu deutliche Kritik: „Bleibt es bei der geplanten Route, ließe sich mit Blick auf die Verteidigung der regelbasierten Ordnung und des internationalen Rechts eine gewisse Doppelmoral kaum von der Hand weisen. Aus der offenen Weigerung Londons, der UN-Resolution und dem IGH-Urteil Folge zu leisten, folgt, dass durch Besuche des Archipels der völkerrechtlich mindestens problematische Status quo wenn nicht offen unterstützt, so doch de facto akzeptiert würde. Ein derartiges Vorgehen würde sowohl der IGH-Stellungnahme wie auch dem ISGH-Urteil zuwiderlaufen. Zudem würde dem chinesischen Narrativ einer selektiven Auslegung der aus Sicht Pekings ohnehin westlich-dominierten internationalen Ordnung Vorschub geleistet. In einer Zeit, in der im Kontext der sich weiter verschärfenden sino-amerikanischen Großmächterivalität internationale Normen und Regeln zunehmend in Frage gestellt werden, ist all dies sicherlich nicht im strategischen Interesse Deutschlands.“<sup>13</sup>

Ob es tatsächlich im strategischen Interesse Deutschlands ist, die Regelbasierte Ordnung auch dann zu beachten, wenn dies eigene Interessen beeinträchtigen sollte, sei einmal dahingestellt – wünschenswert wäre es in jedem Fall.

## 7.2 Eskalationspotenzial: Mit FONOPs auf Kollisionskurs

China hat allein im ersten Halbjahr 2021 20 Seemanöver in der indopazifischen Region durchgeführt – im Vorjahr waren es zum selben Zeitpunkt noch 13 gewesen.<sup>14</sup> Die Gefahr, dass es dabei zu Zusammenstößen mit westlichen Kriegsschiffen kommt, nimmt stetig weiter zu, schließlich weiten

### Großbritannien: Reminiszenzen ans Empire

Ausgerechnet das in Sachen Diego Garcia mehr als vorbelastete Großbritannien verweist forsch darauf, eine größere Militärpräsenz im Indo-Pazifik sei für den Schutz der Regelbasierten Ordnung erforderlich. Völlig irrwitzig wird es aber dadurch, dass die zentralen Auftritte Ende 2018 und Anfang 2019 von Verteidigungsminister Gavin Williamson mit einer Wort- und Bildsprache garniert wurden, die von Anspielungen auf das Britische Imperium nur so wimmelte. Ein Beitrag im Independent wies darauf hin, in welchen Kontext sich Williamson sprachlich stellte: „Die Sprache, die Verteidigungsminister Gavin Williamson bei der Ankündigung neuer Stationierungen [von Kriegsschiffen] verwendete, war voll von Anspielungen auf vergangene Herausforderungen, Tapferkeit und Triumphe – er beschwor den Raj und das ‚Große Spiel‘ herauf, den Zweiten Weltkrieg, Churchill und die ‚dunkelsten Stunden‘ sowie ‚östlich von Suez.‘“<sup>10</sup>



Quelle: IMI

Abbildung 15: Eigene Rekonstruktion der Utensilien, mit denen sich Verteidigungsminister Gavin Williamson umgab, als er eine größere britische Militärpräsenz im Indo-Pazifik ankündigt.

auch diese ihre diesbezüglichen Aktivitäten in den letzten Jahren immer weiter aus. Neben den USA haben inzwischen auch Großbritannien, Frankreich und auch die Niederlande FONOPs im Indo-Pazifik durchgeführt, während Deutschland – noch – auf derlei Manöver verzichtet. Aus chinesischer Sicht überdehnen die westlichen Staaten das, was unter der Freiheit der Meere verstanden werden kann, mit ihren Militärmanövern erheblich. Weil sie von

## „Aus chinesischer Sicht überdehnen die westlichen Staaten das, was unter der Freiheit der Meere verstanden werden kann, mit ihren Militärmanövern erheblich.“

China außerdem als ernste Bedrohung eingestuft werden, handelt es sich bei derlei Übungen um ein Spiel mit dem Feuer: „Solche Fahrten bergen allerdings immer die Gefahr einer Gegenreaktion und können Anlass für Zwischenfälle auf See und in der Luft sein. Auch dies muss in die Risikobetrachtung vor einer Entsendung einfließen. [...] Die durch amerikanische Schiffe seit Jahrzehnten regelmäßig

durchgeführten ‚Freedom of Navigation‘-Einsätze haben vor allem in den letzten Jahren im Zeichen sich anbahnender Großmachtrivalitäten im Indo-Pazifik den Beigeschmack amerikanischer Machtprojektion gegenüber China bekommen.“<sup>15</sup>

China reagiert hierauf wiederum mit Maßnahmen, die das Risiko weiter erhöhen: „Auf derart provozierende Manöver der US-Marine antwortet das chinesische Militär, die Volksbefreiungsarmee (PLA), in der Regel herausfordernd mit eigenen Schiffen und Flugzeugen. Im südchinesischen Meer geschieht auch dies regelmäßig, wenn die US-Marine in Gewässern nahe jener von China beanspruchten (und manchmal gebauten) Inseln operiert, von denen einige in kleine Militärstandorte umgewandelt wurden, sogenannte ‚Freedom of Navigation Operations‘ (FONOPs, „Freiheit der Seefahrt“-Operationen). Häufig entsendet die chinesische Seite ein oder mehrere eigene Schiffe, die das amerikanische Schiff – um die Sache so höflich wie möglich zu gestalten – aus dem Gebiet herauseskortieren. Diese Begegnungen haben sich manchmal als äußerst gefährlich erwiesen, insbesondere wenn die Schiffe nahe genug aneinander gerieten, als dass es zu einem Kollisionsrisiko kam.“<sup>16</sup>

Dass derlei Kollisionen nicht auszuschließen sind, zeigte sich bereits im April 2001, als ein chinesisches Kampfflugzeug mit einem US-Spionageflugzeug vom Typ Lockheed P-3 zusammenstieß.<sup>17</sup>

Die darauf folgende Krise konnte damals zwar beigelegt werden, ob das in der heutigen aufgeheizten Atmosphäre aber erneut gelingen würde, ist durchaus fraglich. Dies macht es umso problematischer, dass die Kontrahenten mittlerweile in schöner Regelmäßigkeit an einer Katastrophe vorbeischrämen, etwa als 2018 ein chinesischer Zerstörer fast mit der USS Decatur zusammenstieß: „Was wäre passiert, wenn der Kapitän der Decatur seinen Kurs nicht geändert hätte? Bei diesem Anlass hatte die Welt noch einmal Glück: Er handelte schnell und

vermied Gefahren. Doch was geschieht das nächste Mal, jetzt, da die Spannungen im Südchinesischen Meer und in Taiwan noch weitaus höher sind als im Jahr 2018? Ein solches Glück könnte ausbleiben. Die Folge könnte eine Kollision oder der Einsatz von Waffen sein, um diese zu vermeiden, was wiederum sofortige militärische Aktionen auf beiden Seiten auslösen könnte, gefolgt von einem möglicherweise unvorhersehbaren, eskalierenden Zyklus von Gegenschlägen, die in ihren Folgen unabsehbar sind.“<sup>18</sup>

## Krieg um Taiwan?

Neben der Beschuldigung, China plane Blockaden der Handelswege in der Region, stellt vor allem die Behauptung, es habe vor, Taiwan militärisch zu erobern, die zweite Rechtfertigung für eine weitere Militarisierung der Region dar. Unter anderem zunehmende chinesische Luftraumverletzungen werden dabei als Zeichen für eine wachsende Bereitschaft gewertet, die Insel, deren Unabhängigkeit von China nie anerkannt wurde, unter Umständen gewaltsam einzunehmen.<sup>21</sup> Im März 2021 schlug der INDOPACOM-Chef deutlich vernehmbar Alarm, indem er vor einem Angriff auf Taiwan und andere Inseln warnte: „Die Volksrepublik China, die die Inselgruppe Taiwan als Teil ihres Territoriums betrachtet, könnte schon bald einen militärischen Überfall auf Taiwan planen. Bis zum Jahr 2027 sei ein Angriff zu erwarten, wie das US-Militär die Lage [...] in einem Ausschuss des US-Senats eingeschätzt hat: ‚Die Bedrohung besteht eindeutig in diesem Jahrzehnt, um klar zu sein, in den nächsten sechs Jahren‘, sagte der für den Asien-Pazifik-Raum zuständige Admiral Philip Davidson. [...] Admiral Davidson forderte die Senatoren auf, der Installation von Raketenabwehranlagen auf Guam zuzustimmen. China solle zu spüren bekommen, dass die Kosten seiner Expansionspolitik ‚zu hoch‘ seien. Er befürchte, dass China bis 2050 die USA aus ihrer Führungsrolle in der ‚geregelten internationalen Ordnung‘ verdrängen wolle, sagte Davidson. Guam müsse verteidigt und auf Bedrohungen vorbereitet werden, die ‚in der Zukunft bevorstehen‘.“<sup>22</sup> Ein solches Schreckgespenst dient nicht nur dazu, immer mehr Gelder für die US-Aufrüstung im Indo-Pazifik einzufordern, damit werden auch die umfassenden Waffenlieferungen an Taiwan begründet: Zu-

letzt genehmigte die Biden-Regierung im August 2021 Waffenexporte im Umfang von \$750 Mio.<sup>23</sup> Die im Oktober 2021 bekannt gewordene Tatsache, dass die USA anscheinend schon seit Monaten mit einem kleinen Kontingent zur Ausbildung taiwanesischer Truppen auf der Insel präsent sind, trägt dabei ebenso wenig zu Beruhigung der Lage bei.<sup>24</sup>

Allerdings sind die US-Aussagen hier mehr als widersprüchlich: So gab etwa der stellvertretende Vorsitzende des US-Generalstabs, John Hyten, im Juli 2021 zu Protokoll, die USA seien aktuell nicht in der Lage, einen chinesischen Angriff auf Taiwan zurückzuschlagen.<sup>25</sup> Dagegen betont John Aquilino, der im April 2021 den Posten als INDOPACOM-Chef von Davidson übernahm, die USA hätten dazu sehr wohl die Fähigkeiten (allerdings vergaß er nicht zu betonen, dass kräftig investiert werden müsse, damit dies auch so bleibe).<sup>26</sup> Und im Juni 2021 erklärte dann der US-Generalstabschef, das alles sei viel Lärm um nichts – selbstredend läuft die US-Aufrüstung in der Region aber dennoch munter weiter: „Der amerikanische Generalstabschef Mark Milley geht nach eigenem Bekunden davon aus, dass China derzeit weder die militärischen Fähigkeiten noch die Absicht hat, Taiwan zu erobern. ‚Ich glaube, China ist noch weit davon entfernt, die wirklichen Fähigkeiten für eine Militäroperation zur Einnahme der ganzen Insel Taiwan zu entwickeln‘, sagte der ranghöchste amerikanische Soldat [...] vor einem Senatsausschuss. Er sehe zudem auf Chinas Seite keine Motivation, eine Vereinigung mit Taiwan militärisch zu erzwingen. ‚Es gibt keinen Grund, das militärisch zu tun, und das wissen die.“<sup>27</sup>

Vor diesem Hintergrund sollten die FONOPs umgehend beendet werden, zumal von China, anders als vom Westen behauptet, überhaupt keine Gefahr für die Handelsrouten in der Region ausgeht – die Manöver also ihren offiziellen Sinn verfehlen. Mit erfrischender Deutlichkeit gibt Michael Staack von der Bundeswehr-Universität in Hamburg dazu an: „China ist weiterhin an der Offenheit seiner sogenannten maritimen Seidenstraße interessiert: Das heißt also, seitens Chinas gibt es eigentlich überhaupt keine Gründe, warum eine Unterbrechung der Seewege erfolgen sollte.“<sup>19</sup> Die FONOPs sind aber nicht nur unnötig, sie sind auch kontraproduktiv: „Auch wenn FONOPs das Verlangen ‚etwas zu tun‘ scheinbar befriedigen, so bleiben sie doch ein Säbelrasseln und sind gegen Chinas ‚Salamitaktik‘ und Maßnahmen im Graubereich zwischen Diplomatie, Außenwirtschaftspolitik und niederschwelliger Gewaltanwendung unwirksam. Im Gegenteil: reine Machtdemonstrationen verstärken die Spannungen weiter. Sie machen chinesische Entscheidungsträger nicht nur entschlossener, ihr Kerninteresse um jeden Preis zu verteidigen, sondern sie steigern auch die allgemeine Unsicherheit und erhöhen damit wiederum die Erwartungen dritter Staaten an die USA, durch Abschreckung für militärische Stabilität zu sorgen.“<sup>20</sup>

### 7.3. Rüstungsspirale & Spiel mit dem Feuer

Aus Sicht des ehemaligen singapurischen Diplomaten Kishore Mahbubani ist der Glaube abwegig, „Chinas wirtschaftliche und technologische Macht ließe sich mit militärischen Mitteln einschränken.“ Die einzige Möglichkeit sei es, die Realitäten anzuerkennen: „Die USA müssen lernen zu teilen.“<sup>28</sup> Dazu scheinen sie nicht bereit zu sein – und weil damit das Risiko schwerer Auseinandersetzungen steigt, wird in den USA gerne argumentiert, ein verheerender Krieg ließe sich am besten dadurch vermeiden, indem man bestmöglich dafür gerüstet sei, siegreich aus ihm hervorzugehen („si vis pacem, para bellum“). Auch der eingangs erwähnte frühere NATO-Oberkommandierende James Stavridis scheint dieser Auffassung anzuhängen: „Natürlich ‚gewinnt‘ niemand wirklich einen großen Krieg. Aber die beste Möglichkeit zu vermeiden überhaupt

in den Krieg ziehen zu müssen besteht darin, deinen potenziellen Rivalen davon zu überzeugen, dass er dabei fast sicher als der größere Verlierer dastehen würde.“<sup>29</sup>

Es lässt sich aber ebenso gut argumentieren, dass der Einsatz von Gewalt umso wahrscheinlicher wird, je überlegener eine Seite ist – das jedenfalls dürfte die Sorge Pekings und der Grund sein, weshalb es versucht mit erheblichen eigenen Rüstungsanstrengungen dagegenzuhalten. Denn aus chinesischen Einschätzungen der amerikanischen Strategiepapiere geht klar hervor, dass dort davon ausgegangen wird, Washington versuche gezielt eine militärische Dominanz und die Fähigkeit zu

**„Entscheidend ist, dass beide Seiten dabei sind, eine Rüstungsspirale zu befeuern, die enormes Eskalationspotenzial in sich birgt.“**

erreichen, China entlang der ersten Inselkette blockieren zu können.<sup>30</sup> Kein gutes Gefühl hinterlassen auch die – durchaus nachvollziehbaren – Bewertungen der USA im aktuellen chinesischen Verteidigungsweißbuch: „Die internationale strategische Konkurrenz nimmt zu. Die USA haben ihre nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategien angepasst und unilaterale Politiken angenommen. Sie haben die Rivalitäten unter den großen Staaten provoziert und intensiviert, ihre Verteidigungsausgaben deutlich erhöht sowie auf neue Kapazitäten im Atombereich, dem Weltall, Cyberraum und Raketenabwehr gedrängt und die globale strategische Stabilität untergraben.“<sup>31</sup>

China sieht sich vor diesem Hintergrund genötigt und auch berechtigt, seinerseits aufzurüsten.<sup>32</sup> Das betrifft unter anderem die stetigen Aufwüchse des Militärhaushaltes, auf die bereits hingewiesen wurde (siehe Kapitel 3.1). Dieses Geld fließt unter anderem in den – bislang immerhin noch moderaten – Ausbau des Atomwaffenarsenals<sup>33</sup>, in Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie in den massiven Ausbau der Flotte<sup>34</sup> oder auch in gezielte Rüstungsmaßnahmen für den Ausbau der militärischen Schlagkraft im Indo-Pazifik.<sup>35</sup> Dabei sind die einen

Beobachter der Auffassung, zumindest die regionalen Kräfteverhältnisse seien bereits zugunsten Chinas gekippt<sup>36</sup>, andere sehen dagegen die USA noch weit im Vorteil.<sup>37</sup> Allerdings ist diese Frage zweitrangig: entscheidend ist, dass beide Seiten dabei sind, eine Rüstungsspirale zu befeuern, die enormes Eskalationspotenzial in sich birgt.

Dies trifft umso mehr zu, weil nicht einmal die noch aus dem Kalten Krieg bekannten Notfallmaßnahmen zur Vermeidung einer Eskalation existieren, wie selbst der Rüstungsfan Stavridis bemängelt: „Um eine Eskalation zu verhindern, brauche es mehr Kommunikation zwischen den Großmächten, mahnt Stavridis. ‚Wir haben heute beispielsweise keine ‚Hotline‘ mehr, wie sie die Sowjetunion und die USA im Kalten Krieg hatten,‘ sagte der 66-Jährige. ‚Es gibt auch kein formales Abkommen darüber, wie wir Zwischenfälle auf hoher See regeln.‘ Das Personal an Bord dieser Schiffe sei oft sehr jung, viele seien ‚nur 20, 30 Jahre alt.‘ Da brauche es für brenzlige Situationen ‚Grenzen und Kontrollen.‘“<sup>38</sup>

Hier ist es an beiden Seiten, jede Möglichkeit in Richtung Vertrauensbildung und Deeskalation zu ergreifen, die sich bietet. Berichten zufolge tut sich in dieser Angelegenheit aber auch unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden leider herzlich wenig.<sup>39</sup> Obwohl er durchaus bei den USA die Hauptschuld sieht, nimmt der Politikprofessor Michael Klare hier beide Seiten in die Verantwortung: „Die Führungen Chinas und der Vereinigten Staaten streben sicherlich keinen Krieg miteinander an. Sowohl für die Biden-Regierung als auch für das Regime des chinesischen Präsidenten Xi Jinping sind ökonomische Innovation und Wachstum die Hauptziele. Beide sind sich bewusst, dass jeder Konflikt zwischen ihnen, selbst wenn er auf Asien beschränkt und mit nichtnuklearen Waffen geführt wird – regionale Schäden katastrophischen Ausmaßes verursachen und die Weltwirtschaft möglicherweise in die Knie zwingen könnte. Daher hat keine Seite die Absicht, einen Krieg zu beginnen. Jede ist jedoch fest entschlossen, die eigene Kriegsbereitschaft zu beweisen, wenn sie provoziert wird, und tendiert daher dazu, sich auf militärische Spielchen in den Gewässern (und im Luftraum) vor den Küsten Chinas einzulassen. So macht jede Seite den Ausbruch eines Krieges, wiewohl unbeabsichtigt, immer wahrscheinlicher.“<sup>40</sup>

- 1 China, Russland, Verteidigungsausgaben: Die Baustellen der NATO, Deutschlandfunk, 14.06.2021.
- 2 Siehe zB Anghie, Anthony: *Imperialism, sovereignty, and the making of international law*, Cambridge 2005.
- 3 Karaganov, Sergei/Suslov, Dmitry: *A new world order: A view from Russia*, in: *Russia in Global Affairs*, 04.10.2018.
- 4 Rötzer, Florian: *Der amerikanisch-britische Stützpunkt Diego Garcia verstößt gegen das Völkerrecht*, Telepolis, 26.02.2019.
- 5 *Illegal besetzte Inseln*, german-foreign-policy.com, 03.08.2021.
- 6 Heiduk, Felix: *Eine heikle Mission: Die Fregatte »Bayern« zeigt Flagge im Indopazifik*, SWP Kurz gesagt, 12.08.2021.
- 7 Kronauer, Jörg: *Basis für US-Bomber. Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean: Größte Bedeutung für US-Militär – vor allem gegen China*, junge Welt, 02.09.2021.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Sengupta, Kim: *Williamson's military manoeuvres can't make up for Britain's weak hand post-Brexit*, The Independent, 11.02.2019.
- 11 *We are opening new overseas bases to boost Britain*, The Independent, 30.12.2018.
- 12 Wikipedia: *Chagos-Archipel*.
- 13 Heiduk 2021.
- 14 Huang, Kristin: *South China Sea: Beijing ramps up drills and tests its ability to seize an island*, South China Morning Post, 09.09.2021.
- 15 Swistek 2021, S. 5 und 7.
- 16 Klare, Michael T.: *In den Krieg hineinstolpern?* in: *Luxemburg*, Mai 2021.
- 17 *US-Flugzeug samt Mannschaft in chinesischer Hand*, Spiegel Online, 02.04.2001.
- 18 Klare 2021.
- 19 Sommer, Jerry: *Der Indo-Pazifik – bald Operationsgebiet der Bundeswehr?* NDR, 12.11.2020. Siehe auch Rudolf 2019, S. 22: „China hat insofern großes Interesse an ungehindertem Schiffsverkehr. Die chinesische Seite befürchtet, die USA könnten in einer Krise die Straße von Malakka abriegeln und so die chinesische Energieversorgung empfindlich treffen.“
- 20 Wirth/Schatz 2020, S. 7.
- 21 Sevastopulo, Demetri/Hille, Kathrin: *US fears China is flirting with seizing control of Taiwan*, Financial Times, 27.03.2021.
- 22 *US-Militär warnt vor Überfall Chinas auf Taiwan – Peking kritisiert „Einmischung“*, Frankfurter Rundschau, 10.03.2021.
- 23 Capaccio, Anthony: *First Taiwan Arms Sale in Biden Administration Is Approved*, Bloomberg, 04.08.2021.
- 24 *US-Spezialkräfte bilden Truppen in Taiwan aus*, FAZ, 08.10.2021. Außerdem sorgten auch Ende Oktober 2021 getätigte Aussagen Bidens für Verwirrung, die klangen, als hätte er Taiwan eine militärische Beistandserklärung für Taiwan abgegeben, was bislang Verbündeten Japan und Südkorea vorbehalten war. Allerdings schränkte das Weiße Haus darauf umgehend ein, dies bedeute keinen Kurswechsel, sodass nicht ganz klar ist, wie die Aussagen zu bewerten sind. Siehe Biden sagt Taiwan militärische Unterstützung zu tagesschau.de, 22.10.2021.
- 25 Copp, Tara: *‘It Failed Miserably’: After Wargaming Loss, Joint Chiefs Are Overhauling How the US Military Will Fight*, defenseone.com, 26.07.2021.



- 26 "The US is ready", stripes.com, 06.08.2021.
- 27 Böge, Friederike: „China hat nicht die Absicht, Taiwan zu erobern“, FAZ, 18.06.2021.
- 28 Bulard 2021.
- 29 Stavridis 2021.
- 30 Chinese Assessment of New U.S. Naval Strategy, USNI News, 19.02.2021.
- 31 China's National Defense in the New Era, The State Council Information Office of the People's Republic of China, Juli 2019.
- 32 Scobel 2021, S. 16.
- 33 Zumindest deuten neu entdeckte Silos auf einen Ausbau des chinesischen Atomwaffenarsenals hin: „Vergangene Woche enthüllten Forscher des James Martin Center for Nonproliferation Studies im kalifornischen Monterey den Bau von 119 Silos für Interkontinentalraketen im Nordwesten Chinas. Diese hatten sie mit Hilfe von kommerziellen Satellitenbildern ausfindig gemacht.“ (Loss, Rafael: Chinas geheimes Hütchenspiel mit 119 Atom-Silos, Tagesspiegel, 13.07.2021)
- 34 Kernstück sind aktuell zwei Flugzeugträger, ein dritter befindet sich im Bau. Auch der Rest der Flotte wird ständig ausgebaut: „Unter chinesischer Flagge versammelt sich heute eine Flotte von 360 Kriegsschiffen. Ihr Kern besteht aus 130 modernen Zerstörern, Fregatten und Korvetten. Sie werden ergänzt von 62 U-Booten, davon ein Fünftel mit atomarem Antrieb, wovon vier wiederum mit Nuklearwaffen ausgerüstet sind.“ (Speckmann, Thomas: Die Seemacht des 21. Jahrhunderts, Cicero, 31.02.2021)
- 35 So wurde etwa die Reichweite der Kurzstreckenrakete DF-11 von 300 auf 700 Kilometer erweitert. Vizcaino, Maria Elena/Lei, George: China's Biggest Fears Are Giving Dollar All the Support It Needs, Bloomberg, 23.08.2021.
- 36 Beech, Hannah: China's Sea Control Is a Done Deal, 'Short of War With the U.S.', New York Times, 20.09.2018.
- 37 Schätzungen des „Centers for International Maritime Security“ zufolge ist die US-Marine derzeit immernoch doppelt so stark wie die chinesische. Siehe Chinesische Militärpräsenz im Indo-Pazifik – Bedrohung für die Region? Streitkräfte & Strategien, 04.07.2021. Siehe auch: „Eine militärische Vormachtstellung im Indischen Ozean bleibt für China innerhalb der nächsten Jahrzehnte ausser Reichweite. [...] Die USA werden bis auf Weiteres die mit Abstand dominierende Militärmacht im Indischen Ozean bleiben.“ (Lieberherr 2021, S. 3)
- 38 „Wir müssen verhindern, dass wir in einen großen Krieg hineinschlittern“, focus.de, 14.04.2021.
- 39 „So hieß es etwa nach dem jüngsten Treffen der stellvertretenden US-Außenministerin Wendy Sherman mit ihrem chinesischen Amtskollegen Xie Feng Ende Juli [2021] in Tianjin, zwar seien sich beide Seiten einig gewesen, keinen Krieg zu wollen; doch habe es keine Übereinstimmung bezüglich der Frage gegeben, wie man ihn vermeiden könne. Es gebe zwar ‚keine Anzeichen für eine mögliche Verbesserung‘ der Beziehungen, doch viel ‚Raum für eine weitere Verschlechterung‘, wurde Willy Lam von der Chinese University in Hongkong zitiert. Vor allem ‚aktive und ehemalige US-Offiziere‘ seien ‚äußerst besorgt‘, äußerte Orville Schell, Direktor des Center on US China Relations an der New Yorker Asia Society.“ (Zum Feind erklärt, german-foreign-policy.com, 11.08.2021)
- 40 Klare 2021.

## Fazit: Europas Gretchenfrage

Bereits im Juli 2019 erschien in der „Washington Post“ ein Brief mit dem Titel „China ist nicht der Feind“, der von weit über 100 mit China befassten ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik, Militär und Wirtschaft unterzeichnet worden war. Ohne China von sämtlicher Kritik auszusparen, wurde darin scharf mit der US-Politik ins Gericht gegangen: „Wir sind tief besorgt über die zunehmende Verschlechterung der US-Beziehungen mit China [...]. Und wir sind sehr besorgt über Chinas jüngstes Verhalten, das eine starke Reaktion erfordert. Wir glauben ebenfalls, dass viele US-Handlungen zur Abwärtsspirale in den beiderseitigen Beziehungen beigetragen haben.“ Die militaristische US-Politik basiere auf einer Reihe falscher Annahmen, so die Kernbotschaft des Briefes. Die UnterzeichnerInnen seien „nicht der Ansicht, dass China ein wirtschaftlicher Feind oder eine existenzielle Bedrohung der nationalen Sicherheit“ darstelle, gegen den „auf jeder Ebene“ auf Konfrontation gesetzt werden müsse. Ferner sei die Angst, China werde die USA als globale Führungsmacht ersetzen, „stark übertrieben“. Außerdem stehe Peking weiter vor „immensen Hürden, will es als global dominante militärische Macht operieren.“ Vor diesem Hintergrund appellieren die UnterzeichnerInnen für eine realistischere und unaufgeregttere China-Politik, was aber unter Donald Trump ungehört verhalte und nun auch bei der Regierung von Joseph Biden auf taube Ohren stößt.<sup>1</sup>

Angesichts dessen wäre die Europäische Union aufgerufen, sich dafür stark zu machen, der Vernunft wieder mehr Gehör zu verschaffen. Das Frie-

densgutachten etwa sieht sie hierfür bestens positioniert: „Verglichen mit dem amerikanisch-chinesischen Verhältnis, das durch tiefgreifendes, beiderseitiges Misstrauen geprägt ist, existieren zwischen der EU und China größere Spielräume für

**„Verglichen mit dem amerikanischchinesischen Verhältnis, das durch tiefgreifendes, beiderseitiges Misstrauen geprägt ist, existieren zwischen der EU und China größere Spielräume für Kooperation, die Europa nutzen sollte, um friedenspolitische Impulse in der Großmachtrivalität geben zu können.“**

Kooperation, die Europa nutzen sollte, um friedenspolitische Impulse in der Großmachtrivalität geben zu können.“<sup>2</sup>

Vieles spricht für die Annahme, dass die konfrontative US-Politik auf Dauer angelegt sein wird, schließlich genießt sie auch im Kongress eine große

Unterstützung sowohl von Demokraten wie auch Republikanern.<sup>3</sup> Deshalb stellt sich umso mehr die von Camilla Sørensen, Professorin an der Königlich Dänischen Verteidigungsakademie, formulierte Gretchenfrage: Ist die Europäische Union bereit, ihr Potenzial als Mittlerin zu verspielen und „sich Washingtons oberstes Ziel zu eigen zu machen, nämlich seine Dominanz im indopazifischen Raum zu wahren?“ Und hält die EU „das Vorgehen der USA für richtig, angesichts der Herausforderungen durch China auf Konfrontation zu setzen?“<sup>4</sup>

Bislang scheint dies der Fall zu sein, wobei abzuwarten bleibt, ob es wenigstens zu kleinen Verbesserungen unter der neuen Bundesregierung nach den Wahlen Ende September 2021 in Deutschland kommen wird – allzu viel sollte man sich davon allerdings nicht versprechen. Wird der Kurs aber nahezu unverändert fortgesetzt, werden auch die Aussichten auf regionale Lösungsansätze immer weiter verbaut. Dies ist umso tragischer, weil eine Reihe von Anrainerstaaten dem aggressiven US-Ansatz mit großer Skepsis gegenüberstehen. Aus diesem Grund wird sich der angestrebte Ausbau der europäischen Militärpräsenz sogar kontraproduktiv auswirken, wie auch Michael Staack von der Bundeswehr-Universität in Hamburg unterstreicht: „Es wird die Beziehungen zu China weiter komplizieren. Was allerdings wichtiger ist: es wird insgesamt die diplomatischen Beziehungen und die diplomatischen Bemühungen um Lösungen im Sinne der kooperativen Sicherheit gemeinsam mit dem südostasiatischen Staatenverband ASEAN erheblich schwieriger machen.“<sup>5</sup>

Damit trägt die Europäische Union eine erhebliche Mitschuld daran, dass die Welt derzeit mit beängstigendem Tempo wieder auf längst überwunden geglaubte Zeiten zusteuert: „Viel wird darüber geschrieben und gestritten, ob die Großmachtrivalität zwischen den USA und China ein ‘zweiter Kalter Krieg’ sei. [...] Carnegie-Experte Tong Zhao berichtet, ein führender chinesischer Nuklear-Experte habe kürzlich in einer öffentlichen Diskussion gesagt, die Vereinigten Staaten und China seien in ihrem nuklearen Wettrüsten heute ungefähr dort angelangt, wo die USA und die Sowjetunion in den früheren Sechzigerjahren gewesen seien. Wem fiel da nicht sofort die Kuba-Krise ein, und damit die Furcht vor der atomaren Apokalypse? Einen zweiten Kalten Krieg, ein zweites Kuba – nichts braucht die Welt weniger.“<sup>6</sup>

**“Damit trägt die Europäische Union eine erhebliche Mitschuld daran, dass die Welt derzeit mit beängstigendem Tempo wieder auf längst überwunden geglaubte Zeiten zusteuert”**

1 China is not the Enemy, Washington Post, 03.07.2019.

2 Europa kann mehr, Friedensgutachten 2021, S. 6.

3 Rudolf 2019, S. 33.

4 Bulard 2021.

5 Sommer 2020.

6 Naß, Matthias: Wettrüsten wie einst mit den Sowjets, Zeit Online, 11.08.2021.

GUE/NGL  
**THE LEFT**   
IN THE  
EUROPEAN  
PARLIAMENT

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT